



ORDENTLICHE
MITGLIEDERVERSAMMLUNG
DER JUSOS MÜNSTER

Beschlussbuch
07. Januar 2018

Inhalt

A1 Arbeitsprogramm der Jusos Münster 2017 – Wenn jemand fragt, wohin es geht, sag: Sozialismus!	3
A2 Für die Gleichwertigkeit der Bildungswege – oder: Warum das Problem nicht Akademisierungswahn heißt.....	15
A3 Kinder- und Jugendpartizipation auf kommunaler Ebene	21
A4 Pfand gehört daneben.....	25
A5 Ein schwarz-gelbes Trauerspiel – Die Hochschulpolitik der neuen Landesregierung in NRW..	26
A6 Gerechte Studienzulassung jetzt! – Unsere Anforderungen an eine Neuregelung des Vergabesystems der Medizinstudienplätze.....	34
A7 Wehret den Anfängen! – Antisemitismus-Beauftragte*r für die Bundesregierung	38
A8 Antrag zur Positionierung der Jusos Münster bezüglich der Menschenrechtsverletzungen in Myanmar	42
A9 Der Kampf gegen HIV im 21. Jahrhundert	44
A10 SPD MS erneuern! – Klare Forderungen für eine organisatorische Erneuerung der Münsteraner SPD	48
A11 Wem gehört die Stadt? – Impulse zur Kommunalwahl 2020	56
A12 Verkehrspolitik ist Umweltpolitik! – Für eine konsequente Bevorzugung des Schienenverkehrs.....	68
A13 Mein Körper, meine Entscheidung, mein Recht auf Information – § 219a StGB abschaffen!	72
I1 Wenn jemand fragt, wofür du stehst, dann sag Europa.	76
I2 Nieder mit der islamischen Republik! Solidarität mit den progressiven und demokratischen Kräften im Iran!.....	83
I3 Solidarität mit Sharon! Antisemitismus und Rassismus der AfD entlarven!	84

A1 Arbeitsprogramm der Jusos Münster 2017 – Wenn jemand fragt, wohin es geht, sag: Sozialismus!

1 *„Lieber mit Traum als ohne Traum nach Hause gehen.“*

2 Wir, die Jungsozialist*innen in Münster, verstehen uns nicht nur als sozialistischer, feministischer,
3 antifaschistischer und internationalistischer Richtungsverband innerhalb der SPD Münster. Darüber
4 hinaus sind wir ein eigenständiger linker Jugendverband, der über die Partei hinauswirkt. Freiheit,
5 Gerechtigkeit und Solidarität – das sind die Grundwerte, die unsere alltägliche politische Arbeit
6 bestimmen und mit denen wir immer wieder aufs Neue zeitgemäße Antworten finden wollen auf die
7 zentrale Frage, wie wir leben wollen. Der demokratische Sozialismus ist für uns dabei nicht irgendeine
8 Vision, die wir uns ab und zu mal leisten. Als dezidierten Gegenentwurf gegen das kapitalistische
9 Herrschaftssystem nehmen wir ihn als Hauptantwort ernst. Wir wollen eine Gesellschaft der Freien
10 und Gleichen, in der jede*r sich ohne Unterdrückung und Ausbeutung entfalten und am
11 gesellschaftlichen Zusammenleben verantwortlich teilhaben kann und in der der Reichtum gerecht
12 verteilt ist.

13 Auf dem Weg dahin bekämpfen wir gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen Ungerechtigkeiten,
14 wo immer sie auftreten – sei es aufgrund des ausbeuterischen Wirtschaftssystems, des weit
15 verbreiteten Rassismus' oder des nach wie vor vorhandenen Patriarchats. Stattdessen kämpfen wir für
16 progressive Positionen und die können nur von Links kommen! Zu diesem Zweck setzen wir uns
17 intensiv theoretisch mit den gesellschaftlichen Verhältnissen und ihren Mechanismen der
18 Unterdrückung auseinander, um unsere Schlussfolgerungen und Forderungen anschließend lautstark
19 auf die Straße zu tragen.

20 Wir wissen, wie wir leben wollen und wir werden nicht damit aufhören, die Menschen von unserer
21 Vision zu überzeugen, bis die große Idee des demokratischen Sozialismus erreicht ist!

22 I. Unsere inhaltliche Arbeit

23 Als eigenständiger Jugendverband haben wir einen klaren politischen Gestaltungsanspruch, für dessen
24 Realisierung es unerlässlich ist, unsere bestehenden Positionen immer wieder zu aktualisieren und
25 neue Positionen kontinuierlich zu erarbeiten. Zur Erfüllung dieser Aufgabe wollen wir besonders im
26 kommenden wahrscheinlich wahlkampffreien Jahr in möglichst vielen Themenbereichen tiefgreifende
27 Debatten führen. Wir wollen dabei zum einen ergründen, inwieweit die klassisch sozialdemokratische
28 Verteilungsfrage fruchtbar gemacht werden kann, um zum Beispiel identitätspolitische Aspekte

1 zusammenzuführen. Die Betrachtung und Analyse einzelner gesellschaftlicher Gruppen und der
2 Diskriminierung, der sie ausgesetzt sind, war und bleibt ein wichtiger Teil unserer politischen Arbeit.
3 Wir wollen aber einen Schritt weitergehen und die Ergebnisse dieser Betrachtungen unter der Frage
4 nach der Verteilung von Chancen, Privilegien und Reichtum zu einer neuen Erzählung
5 zusammenführen.

6 Im Anschluss daran müssen wir uns zum zweiten mit der Frage auseinandersetzen, wie wir für diese
7 neu gefundene Erzählung auch diejenigen begeistern können, die auf die Frage, warum es ihnen
8 dreckig geht, eine Antwort gefunden haben, die nicht die unsere ist (z.B. eine rassistische). Das setzt
9 ein Verlassen der Comfort Zone voraus verbunden mit der Hoffnung, dass sich diese allmählich
10 vergrößert. Dabei sind einfache oder gar populistische Antworten, verkürzte Kapitalismuskritik,
11 unreflektierte Heimat-Begriffsrhetorik sowie vermeintliche Leitkulturdebatten unsere Sache nicht.

12 **a) Unsere Themenbereiche**

13 **Antifaschismus und Kommunales**

14 Auch im nächsten Jahr gibt es die Themenbereiche Antifa und Kommunales beim PoliTisch wieder im
15 Doppelpack. Beiden wollen wir angemessen gerecht werden, hat doch die Bedeutung insbesondere
16 der antifaschistischen Arbeit im letzten Jahr noch zugenommen. Aber auch in der Kommune warten
17 Probleme auf uns: Die ewige Leier vom knappen und teuren Wohnraum in Münster hat sich unter
18 Oberbürgermeister Lewe und der schwarz-grünen Koalition nicht erledigt.

19 Im kommende Jahr steht der PoliTisch Kommunales ganz im Zeichen des
20 Kommunalwahlprogrammprozesses, den wir als Jusos prägend mitgestalten wollen. Für 2020 gilt es,
21 ein linkes Programm für die Bürger*innen und somit eine gerechtere und solidarischere Alternative
22 zum schwarz-grünen Ratsbündnis zu entwickeln. Dabei werden wir uns mit den dringenden Themen
23 wie Wohnraum oder Verkehr beschäftigen. Wir fordern eine gerechte Stadt, in der jeder Mensch, egal
24 welchem Milieu zugehörig, einen Platz in der Gesellschaft finden kann. Es soll also weiterhin die Frage
25 gestellt werden: „Wem gehört diese Stadt?“. Zusätzlich werden wir uns bemühen, erneut mit
26 Mitgliedern unserer Ratsfraktion in Kontakt zu treten, sind es doch gerade diese Diskussionen, die
27 Kommunalpolitik beleben und spannend machen.

28 Auch der PoliTisch Antifa sieht sich mit wichtigen gar zukunftsweisend Themen konfrontiert. Nicht
29 erst die jüngste Entscheidung der amerikanischen Regierung, die US-Botschaft in Israel von Tel Aviv
30 nach Jerusalem zu verlegen hat bewiesen, dass der Themenbereich Antifaschismus wieder unserer
31 vollsten Aufmerksamkeit bedarf.

1 In Berlin brennen im Jahr 2017 Davidsterne auf den Straßen, die Tagesschau erklärt den Begriff
2 „Intifada“ in einer Weise, die nur als Gewaltverharmlosung bezeichnet werden kann und im Bundestag
3 sitzen mit Abgeordneten der AfD offene Antisemit*innen. Die Auseinandersetzung mit dem
4 grassierenden Antisemitismus in Deutschland wird im Jahr 2018 unausweichlich sein. Dem Hass gegen
5 Jüdinnen und Juden wollen wir Solidarität entgegensetzen. Dazu möchten wir Kooperationsformate
6 mit jüdischen Gruppen ausloten. Denkbar wäre der Kontakt zur Studierendgruppe Hillel oder
7 Genoss*innen in Israel.

8 Doch nicht nur Antisemitismus wird uns beschäftigen. Der politische Diskurs hat sich in den letzten
9 Jahren Zusehens nach rechts verschoben. So fordern rechte Landesverbände der CDU, wie in Sachsen,
10 dass man härter gegen Linksextremisten (sic!) vorgehen soll, sind aber gleichzeitig auf dem rechten
11 Auge gänzlich blind. Neue Rechte, PEGIDA und AfD beweisen täglich, dass Antifaschismus notwendig
12 ist für eine offene Gesellschaft, die wir uns als Jungsozialist*innen vorstellen. Durch stetige
13 Bildungsarbeit wollen wir unseren Teil dazu beitragen, dass rechte Strukturen erkannt und offengelegt
14 werden. Dazu gehört natürlich auch die aktive Teilnahme an antifaschistischen und antirassistischen
15 Demonstrationen sowie Gedenktagen, um so ein starkes Signal gegen jegliche Form von
16 Menschenhass zu setzen.

17 **Bildung**

18 Bildung ist natürlich auch im Jahr 2018 ein wichtiger Schlüssel, um die gesellschaftliche Teilhabe eines
19 jeden Menschen unabhängig von seiner sozio-ökonomischen Herkunft zu gewährleisten. Deshalb
20 werden wir weiter ausarbeiten, wie für uns als Jungsozialist*innen eine progressive und gerechte
21 Bildungspolitik von der Kindertagesstätte bis ins hohe Alter ausgestaltet sein muss. Von den
22 Unzulänglichkeiten des bestehenden Systems ausgehend, werden wir erneut die Grundfrage
23 diskutieren, wie wir unserem emanzipatorischen Bildungsanspruch gerecht werden können.

24 Doch wir werden uns auch spezifischeren Fragen und Problemen innerhalb des breiten Feldes der
25 Bildungspolitik widmen. Im Bereich der frühkindlichen Bildung wollen wir uns damit beschäftigen,
26 welche Rolle die Familie in unseren jungsozialistischen Visionen noch spielen soll. Braucht es diesen
27 Grundpfeiler des konservativen Verständnisses von Erziehung und frühkindlicher Bildung überhaupt
28 noch, wenn die Kindertagesstätten endlich so gut und inklusiv sind, wie wir sie uns wünschen? Und
29 wenn Familien doch noch gebraucht werden, wie werden sie dann in das gemeinsame Lernen in der
30 KiTa eingebunden?

31 Die Landtagswahlkämpfe im letzten Jahr haben gezeigt, dass vielen Menschen gerade das Thema
32 Inklusion bei der schulischen Bildung unter den Nägeln brennt. Daher wollen wir uns diesem widmen

1 und darüber diskutieren, wie Inklusion an den Regelschulen funktionieren müsste und warum die
2 Beibehaltung von Förderschulen nicht die Lösung des Problems sein kann.

3 Bei den Hochschulen fokussieren wir uns oft auf die „klassischen Universitäten“. Deshalb schauen wir
4 uns im kommenden Jahr einmal die unterschiedlichen anderen Hochschulmodelle an. Kritisch werden
5 wir dabei beleuchten, wo Fachhochschulen, ihre Studierenden und ihre Lehrenden bei Ressourcen und
6 Rechten gegenüber Universitäten benachteiligt werden, wie es mit der demokratischen
7 Mitbestimmung an diesen Hochschulen aussieht und was die Universitäten nicht vielleicht alles noch
8 von ihnen lernen können.

9 Nach der Ausbildung oder dem Studium würden viele den Bildungsweg für beendet erklären, wir
10 wollen uns im Gegensatz dazu auch mit der Weiter- und Fortbildung bis ins hohe Alter
11 auseinandersetzen. Hierbei spielen besonders Fragen der aktuellen Zugangshürden und des
12 notwendigen Ausbaus der aktuellen Angebote eine Rolle.

13 Der PoliTisch Bildung soll darüber hinaus auf die tagespolitischen Themen und Entwicklungen im
14 kommenden Jahr reagieren und diese in die Bildungsarbeit aufnehmen. Um verschiedene Perspektiven
15 und spannende Diskussionen auf unseren PoliTischen zu gewährleisten, versuchen wir die JSAG, die
16 Juso-Hochschulgruppe und weitere Bündnispartner*innen an Vorbereitung und Durchführung zu
17 beteiligen.

18 **Europa und Internationales**

19 Unsere Forderung nach einer solidarischen Gesellschaft der Freien und Gleichen endet nicht an
20 irgendwelchen Grenzen. Wir verstehen und als internationalistischer Richtungsverband und möchten
21 uns deswegen auch im nächsten Jahr mit europäischen und internationalen Themen und
22 Fragestellungen beschäftigen.

23 Der Brexit und der allgemeine Rechtsruck zeigen deutlich, dass die Idee eines vereinten Europas von
24 vielen Seiten angegriffen wird. Gleichzeitig zeigt die Europäische Union angesichts vieler zentraler
25 gesellschaftlicher Handlungsfelder etwa im Bereich Flucht und Migration, wachsender sozialer
26 Ungleichheiten und Prekarisierung sowie beim Klimawandel oftmals nicht die Wirkung und gibt nicht
27 die Antworten, die wir uns wünschen. Wenn die zurzeit scheinbar einzigen Impulse zur Zukunft
28 Europas von einem neoliberalen Präsidenten stammen, zeigt das, wie dringend die Sozialdemokratie
29 für ein soziales und progressives Europa gebraucht wird. Wir wollen uns deswegen damit beschäftigen,
30 wie Europa seinen Weg aus der Krise finden kann. Zudem gilt es auch insbesondere angesichts der
31 2018 anstehenden Europawahl unsere Visionen und aktuellen politischen Forderungen für Europa zu

1 formulieren und diese in die SPD und die Gesellschaft zu tragen. Dabei wollen wir uns auch mit der
2 kontroversen Frage um eine mögliche gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik beschäftigen.

3 Weltweit erleben wir statt mehr globaler Gerechtigkeit und Frieden extreme Ungleichheit, Armut und
4 Ausbeutung sowie Aufrüstung, Terrorismus und Kriege. Unzählige Menschen befinden sich nach wie
5 vor auf der Flucht. Dem wollen wir uns weiterhin widmen und dabei vor allem auch die Situation von
6 geflüchteten und fliehenden Menschen außerhalb von Europa in den Blick nehmen. Angesichts der
7 vielen internationalen Krisen wollen wir uns auch damit beschäftigen, welche Rolle die Vereinten
8 Nationen bei der Lösung globaler Konflikte spielt. Wie kann über Grenzen hinweg für eine bessere Welt
9 gestritten werden? Wir wollen uns in diesem Zusammenhang auch kritisch mit aktuellen Formen der
10 Entwicklungszusammenarbeit auseinandersetzen.

11 Es gibt also genügend Anknüpfungspunkte für die Auseinandersetzung mit europäischen und
12 internationalen Fragen. Dabei wollen wir auch aktuelle tagespolitische Themen mitaufgreifen.

13 **Gleichstellung**

14 Weil wir Feminismus als Querschnittsthema aller Bereiche verstehen, kommt auch im nächsten Jahr
15 wieder eine Menge spannender Grundlagenarbeit auf uns zu, in der wir unseren feministischen
16 Anspruch stärken, inhaltlich unterfüttern und gerade auch neuen Mitgliedern nahebringen wollen.

17 Genauso spannend wird aber auch die Betrachtung spezifischer feministischer Themengebiete.

18 Ein Hauptaugenmerk soll dabei zunächst darin liegen, die Rolle der Frau* im digitalen Kapitalismus und
19 das Verhältnis von Lohnarbeit zur Care-Arbeit und Reproduktionsaufgaben unter den gegebenen und
20 evtl. zukünftigen Umständen zu beleuchten.

21 Ein Blick in die eigene Partei darf natürlich auch nicht fehlen. Wie kann die SPD eigentlich weiblicher
22 werden? Und warum ist sie es nicht längst? Wir werden die Strukturen und die Verankerung
23 feministischer Themen in der SPD kritisch beleuchten aber auch über Handlungsmöglichkeiten der
24 Zukunft diskutieren und uns mit der Rolle von Frauen* in der heutigen Politik generell
25 auseinandersetzen.

26 Das ausgehende Jahr hat mit der #MeToo-Debatte das Thema Sexismus und Gewalt gegen Frauen*
27 wieder weiter in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Und auch wir haben uns bereits ausführlich mit
28 der Kampagne beschäftigt. Hier wollen wir anknüpfen und tiefer in die Diskussion einsteigen. Dabei
29 werden wir vor allem untersuchen, wie sich die strukturellen Gegebenheiten in der Medienindustrie
30 darstellen und inwieweit diese Strukturen und ihre multimediale Reproduktion auch Einfluss auf das

1 gesamtgesellschaftliche Bild der Frau* und das Thema Sexismus und sexualisierte Gewalt nimmt. Ob
2 und wie #MeToo zu einer längerfristigen Awareness und eventuell auch zu nachhaltigen
3 gesellschaftlichen Veränderungen führen kann, werden wir dabei besonders aufmerksam beobachten.

4 2017 wurde ein echter Meilenstein erreicht: die Ehe für Alle. In der Folge werden wir einen Blick darauf
5 werden, was sich seit der rechtlichen Gleichstellung homosexueller Partnerschaften getan hat, wo
6 vielleicht noch immer rechtliche oder faktische Hürden im Familienrecht zu finden sind und inwieweit
7 gesellschaftliche Ressentiments der rechtlichen Gleichstellung noch immer gegenüberstehen. Hierbei
8 wird auch ein internationaler Vergleich nicht fehlen dürfen.

9 Zuletzt wird es interessant, im Umgang mit der Neuen Rechten auch über deren reaktionäres
10 Frauen*bild zu sprechen, die Bündnisstrukturen und inhaltlichen Verflechtungen auch mit
11 vermeintlich bürgerlichen Aktivist*innen zu untersuchen und zu beleuchten, inwieweit Sexismus,
12 Homo- oder Transphobie usw. auch in der „Mitte“ der Gesellschaft zu finden sind und dort zum
13 Nährboden rechter Agitation werden.

14 **Wirtschaft und Soziales**

15 Für das Jahr 2018 haben wir im Bereich Wirtschaft & Soziales ebenfalls viele Themen vor uns.

16 Neben Themen wie der Sozialversicherung und der Rente wollen wir uns besonders mit Vermögen und
17 dessen Einfluss auf unsere Gesellschaft beschäftigen.

18 Wie schaffen wir es, eine Vermögenssteuer durchzusetzen und als allgemein akzeptiert zu etablieren?
19 Wie erreichen wir, dass jedes Unternehmen in dem Staat oder Land oder der Stadt, in welchem es
20 seine Filiale/n hat, Steuern zahlt. Dies ist Ungerechtigkeit, die es zu beheben gilt.

21 Im Gegensatz dazu wollen wir ebenso das Thema Armut und hier besonders die Kinderarmut ins
22 Zentrum unserer politischen Arbeit stellen.

23 Wie kann es sein, dass in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik Kinderarmut derart verbreitet
24 ist? Welche Maßnahmen gilt es zu treffen, um Chancengleichheit von Beginn an zu ermöglichen trotz
25 der ungleichen Verteilung von Vermögen? Was sind unsere jungsozialistischen Anforderungen an
26 einen starken Sozialstaat?

27 Ein weiterer Fokus wird das Thema Arbeit sein.

28 Wie gelingt uns in einer Gesellschaft, die zunehmend von einer Entgrenzung der Arbeit gekennzeichnet
29 ist, die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie zu gestalten und vor allem zu verbessern. Dies muss aus
30 verschiedenen Blickwinkeln geschehen. Wie können wir die typischen Care-Berufe aufwerten? Warum

1 gibt es im gleichen Jobprofil unterschiedliche Löhne? Wie schaffen wir es, mehr unbefristete Stellen
2 zu generieren um Menschen so eine Perspektive geben zu können? Wie können wir Ausbildungsberufe
3 attraktiver machen?

4 Auch werden wir uns dieses Jahr mit dem Thema Flucht beschäftigen. Dazu gehören Ursachen wie
5 auch Auswirkungen. Eine Ursache, die bei diesem Prozess immer mehr zum Thema werden wird, ist
6 die Umweltflucht. Wir müssen uns mit der Verteilung und dem Verbrauch von Ressourcen
7 beschäftigen, lokal und global. Wie können wir unsere Umwelt so schonen und schützen, dass
8 Lebewesen nicht gezwungen sind ihre gewohnte Umgebung zu verlassen?

9 Dies sind viele Fragen, die es zu klären gilt. Auch hängen all diese Themen eng miteinander zusammen.
10 Wir werden versuchen, Antworten zu finden. Während dieses Prozesses werden wir uns mit anderen
11 wie Gewerkschaften, Umweltverbänden etc. austauschen, um differenzierte Lösungen und Ansätze
12 finden zu können.

13 **b) Seminare**

14 Ein zentraler Bestandteil unserer politischen Bildungsarbeit werden auch im kommenden Jahr unsere
15 Seminare sein, die wie kein anderes Format die Möglichkeit bieten, sich gemeinsam vertieft mit
16 ausgewählten Themen auseinanderzusetzen und diese ausführlich zu diskutieren. Im vergangenen
17 Jahr haben wir beispielsweise erfolgreich die Bereiche Arbeit, Antisemitismus/verkürzte
18 Kapitalismuskritik und Europa bearbeitet und die dort entwickelten Ergebnisse werden uns auch
19 weiterhin begleiten. In diesem Jahr wollen wir vor allem die Themenfelder Soziale Frage sowie
20 Feminismus beleuchten.

21 Nach Möglichkeit sollen zwei der insgesamt vier angestrebten Seminare wieder jeweils möglichst über
22 ein Wochenende und außerhalb von Münster stattfinden.

23 **II. Unsere Arbeitsweise**

24 Wir können als Jusos Münster zufrieden auf das vergangene Jahr zurückblicken, was unser Engagement
25 auf den verschiedenen Partei- und Verbandsebenen betrifft. Ob Landeskongress, Bundeskongress
26 oder die Parteitage hier vor Ort – auf allen Ebenen waren wir nicht nur personell, was sowohl
27 Delegationen als auch Vorstände angeht, sehr präsent. Mit starken eigenen Anträgen und engagierten
28 Redebeiträgen haben wir außerdem unseren postulierten Gestaltungsanspruch auf den verschiedenen

1 Ebenen unter Beweis gestellt. Diese gute Vertretung auch im vor uns liegenden Jahr fortzusetzen, muss
2 unser Anspruch sein.

3 **a) Der PoliTisch**

4 Der PoliTisch als wöchentliches Treffen hat sich nicht nur bewährt, sondern ist ein ganz entscheidender
5 Grund dafür, dass wir personell und inhaltlich so gut aufgestellt sind, weil er es einerseits schafft,
6 neuen Mitgliedern und Interessierten einen niedrigschwelligen Einstieg in unsere Arbeit zu
7 ermöglichen und andererseits durch kontinuierlich spannende Diskussionen nichts an Attraktivität zu
8 verlieren. Es bleibt daher dabei: Wir werden uns weiterhin jede Woche donnerstags zusammenfinden,
9 um unsere Themenbereiche in alphabetischer Reihenfolge zu diskutieren.

10 Eine Ausnahme von dieser Regel stellt unser „PoliTisch Organisatorisch“ dar, für den wir stets den
11 ersten Donnerstag im Monat reserviert haben. Wir verstehen diesen PoliTisch als offene
12 Vorstandssitzung, auf welcher wir zum Beispiel die Planung von Veranstaltungen etc. gemeinsam
13 angehen sowie uns gegenseitig Bericht von den unterschiedlichen Parteiebenen erstatten wollen.
14 Dabei sehen wir es als berechtigten Anspruch an, dass diejenigen, die wir für verschiedene Funktionen
15 nominiert haben, auch nach ihrer Wahl anwesend sind, um uns von ihrer Arbeit zu berichten. Wir
16 wollen auch bezüglich der Berichte im kommenden Jahr evaluieren, inwiefern wir besonders diesen
17 PoliTisch noch attraktiver hinsichtlich der Beteiligung von Mitgliedern, die keine Parteifunktion
18 innehaben, gestalten können. Die Einführung einer politischen Viertelstunde war diesbezüglich ein
19 gewinnbringender Schritt. Auch an der feministischen Viertelstunde wollen wir gemäß unserem
20 Selbstverständnis festhalten.

21 Ganz grundsätzlich ist uns in der Frage nach der Beteiligung aller an den PoliTischen wichtig, auch
22 weiterhin dafür zu sorgen, dass sich jede*r bei uns wohlfühlt. Dazu braucht es neben einer allgemein
23 respektvollen Gesprächskultur auch ein Bewusstsein aller dafür, eine Sprache zu verwenden, die
24 niemanden ausschließt.

25 Als besonders gewinnbringend haben sich im zurückliegenden Jahr immer wieder auch PoliTische mit
26 externen Referent*innen herausgestellt, die häufig weniger zur Diskussion denn zur Information
27 genutzt wurden. Dies soll uns als Anregung dienen, die jeweilige Ausgestaltung der PoliTische von Zeit
28 zu Zeit zu variieren und neue Formate auszuprobieren.

1 **b) Vorstandsarbeit**

2 Wir sind als Jusos Münster vor allem deshalb so stark, weil wir auf die genannte breite Beteiligung aller
3 setzen. Dies muss sich auch in der Vorstandsarbeit niederschlagen und deshalb wollen wir weiterhin
4 alle wichtigen organisatorischen oder inhaltlichen Entscheidungen gemeinsam mit allen Mitgliedern
5 auf unserer offenen Vorstandssitzung, dem „PoliTisch Organisatorisch“, treffen.

6 Den Vorstandsmitgliedern kommt dabei die Aufgabe zu, die getroffenen Entscheidungen als Team
7 umzusetzen. Von ihnen kann daher ein herausragendes Maß an aktiver Beteiligung und Engagement
8 erwartet werden. Dies soll sich nicht nur in der Zuständigkeit für einen bestimmten Themenbereich
9 samt der hauptverantwortlichen Betreuung des zugehörigen PoliTischs niederschlagen, darüber
10 hinaus wird jedem Vorstandsmitglied ein weiterer Arbeitsbereich, darunter beispielsweise politische
11 Bildungsarbeit und Neumitgliederbetreuung, zu eigen sein. Schließlich wird von den
12 Vorstandsmitgliedern die aktive Teilnahme an allen Veranstaltungen der Jusos Münster erwartet,
13 sofern nicht begründete Entschuldigungen vorliegen.

14 **c) #Machneu – Die Erneuerung der Partei auf allen Ebenen**

15 Als Jusos Münster waren wir im vergangenen Jahr von Anfang an ein Teil der Speerspitze für eine echte
16 Erneuerung der Partei. Direkt nach der Landtagswahl haben wir uns den Mund abgeputzt und waren
17 eine der wahrnehmbarsten Stimmen, die eine Erneuerung der NRWSPD eingefordert haben. Dieses
18 Engagement hat sich nach der Bundestagswahl nur verstärkt und egal ob Bundes-, Landes- oder
19 Unterbezirksebene: wir haben einen langen Atem und wir werden solange für unsere Forderungen
20 eintreten, bis wir sie verwirklicht sehen. Wir tun dies, weil wir von der jungsozialistischen Idee
21 überzeugt sind und weil wir in ein paar Jahren keine Partei vorfinden wollen, die sich entweder
22 inhaltlich vollkommen von dieser entfernt hat oder nur noch ein verwalteter Trümmerhaufen ist.

23 Die bisherigen Bestrebungen zur Erneuerung geben uns wenig Anlass zur Hoffnung. Zu sehr wirkt es
24 wie alter Wein in alten Schläuchen. Auf Unterbezirksebene konnte man zuletzt sehen, wie ernst man
25 es mit der Forderung nach einer weiblicheren und jüngeren Partei meint, als der Vorstand der
26 Forderung nach einem stimmberechtigten Juso-Posten in den Präsidien und Gremien der Partei
27 mehrheitlich eine Absage erteilte. Bei der NRWSPD wurde ein „Leitbildprozess“ initiiert, aus welchem
28 bisher wenig Ergebnisse bekannt wurden. Zu sehr fühlt man sich an frühere Beteiligungsprozesse
29 erinnert und hofft doch, dass es anders kommen wird. Auf Bundesebene war zunächst eine
30 Vielfältigkeit der Erneuerungsstimmen zu hören mit teilweise abstrusen Vorschlägen.
31 Bemerkenswerterweise hatten besonders diejenigen, die seit Jahren Verantwortung tragen, am
32 schnellsten Papiere zur Erneuerung parat, ohne dabei jedoch ihre eigene Rolle zu reflektieren.

1 Mittlerweile überschattet die Kontroverse um eine mögliche Regierungsbeteiligung die so wichtige
2 Erneuerungsdebatte. Wir können das nicht nur nicht hinnehmen, tatsächlich gehören für uns beide
3 Debatten zusammen, denn eine wirkliche Erneuerung gibt es nur außerhalb einer Großen Koalition.

4 Kurzum: Es ist an uns Jusos, der zentrale Motor für eine Erneuerung der Partei auf allen Ebenen zu
5 sein, wobei wir auch unseren eigenen Verband selbstkritisch überprüfen. Wir sind dabei entschlossen,
6 auch dann nicht zu weichen, wenn der Wind von vorne kommt. Damit in Zukunft Juso-Forderungen
7 eine größere Chance auf Mehrheiten im Unterbezirksvorstand haben, werden wir die Kommunikation
8 und Vernetzung im Vorfeld von Sitzungen unter den Juso-Mitgliedern im UBV stärken und verbessern,
9 also zwischen jenen Mitgliedern, die mit unseren Nominierungen die Wahl angetreten haben.

10 **d) Kooperationen und Bündnisarbeit**

11 Für unseren alltäglichen politischen Kampf für gesellschaftliche Veränderungen ist die Kooperation mit
12 anderen Gruppen innerhalb unserer Partei sowie die Arbeit in Bündnissen unerlässlich.

13 Eine besondere Rolle kommt dabei der Juso-Hochschulgruppe zu und insofern ist es selbstverständlich,
14 dass auch im neuen Vorstand ein*e Vertreter*in unserer Hochschulgruppe sitzt. Denn den Kontakt zu
15 und die Zusammenarbeit mit ihr wollen wir im nächsten Jahr noch verstärken. Dies soll in dreierlei
16 Weise passieren. Zum einen wollen wir stärker als bisher die Wahlkämpfe an der Hochschule
17 unterstützen. Zum zweiten soll die erfolgreiche Kooperation in Form von gemeinsamen
18 Veranstaltungen fortgesetzt werden. Und zum dritten beabsichtigen wir die unterschiedlichen
19 Potentiale beider Gruppen besser zu nutzen. Wenn sich bei uns Jusos beispielsweise Menschen parallel
20 in Fachschaften engagieren oder in der Hochschulgruppe Leute aktiv sind, die uns zu einem speziellen
21 Thema ihre Expertise zur Verfügung stellen könnten, dann dürfen solche Potentiale nicht ungenutzt
22 bleiben, weil man nicht gegenseitig umeinander weiß. Hier wollen wir enger zusammenrücken.

23 Weil wir aber natürlich nicht nur ein studentisches Milieu ansprechen wollen, freuen wir uns außerdem
24 sehr auf die Zusammenarbeit mit unserer Juso Schüler*innen und Auszubildenden Gruppe (JSAG). Um
25 ihre Arbeit weiter zu verstetigen, wollen wir ihr mit Rat und Tat zur Seite stehen, insbesondere was
26 das Thema Mitgliederwerbung oder das Einbringen von Anträgen angeht. Zu diesem Zweck wollen wir
27 ein Vorstandsmitglied als zentrale Ansprechperson benennen. Auf die Sicht von Schüler*innen und
28 Azubis können und wollen wir ausdrücklich nicht verzichten.

29 Den Kontakt wollen wir als eigenständiger linker Richtungsverband aber nicht nur zu den genannten
30 jungsozialistischen Projektgruppen suchen. Auch innerhalb der Partei gilt es weiterhin, die
31 Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsgemeinschaften zu verstetigen, Bündnisse bezüglich der

1 Erneuerung der Partei zu schmieden, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Antragsinitiativen
2 zu entwickeln. Zu nennen sind hier z.B. die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)
3 oder die QueerSozis.

4 Doch um unsere jungsozialistischen Ideen durchzusetzen, benötigen wir ganz entschieden ebenso
5 Verbündete außerhalb der eigenen Partei und wir sind stolz, in zahlreichen Bündnissen und
6 Kooperationen, besonders im antifaschistischen Bereich, stark vertreten zu sein. Zu nennen ist hier
7 allen voran das Kein Meter Bündnis in Münster.

8 Ein gemeinsames Treffen mit der Grünen Jugend zum Thema Milieuschutzsatzung sowie eine daraus
9 resultierende gemeinsame Pressemitteilung im vergangenen Jahr sind für uns außerdem Ansporn,
10 diese Zusammenarbeit zu intensivieren.

11 Einen ganz entscheidenden Schritt hin zu einer wirklichen Bündnisarbeit mit der Gewerkschaftsjugend
12 konnten wir im letzten Jahr bereits tätigen. Neben den gewachsenen personellen Überschneidungen
13 im DGB-Stadtjugendausschuss ist hier vor allem unser Besuch bei der IGBCE-Jugend zu nennen. Diesen
14 Weg wollen wir weiter entschieden beschreiten.

15 **e) Gleichstellungsarbeit**

16 Wir Jusos Münster verstehen uns als feministischer Richtungsverband und wir sind stolz auf unsere
17 feministische Arbeit. Leider wird nach wie vor nicht nur unsere Gesellschaft von patriarchalen
18 Strukturen beherrscht, auch innerhalb unserer eigenen Partei sowie unseres Verbandes bleibt ein
19 ständiges Eintreten für feministische Positionen unerlässlich. Dabei zeigen wir mit dem Finger nicht
20 nur auf andere, sondern formulieren den deutlichen Anspruch an uns, unsere eigene Arbeit immer
21 wieder aufs Neue auf männliche Strukturen hin zu überprüfen.

22 Wir werden daher auch im vor uns liegenden Jahr auf das Konzept der Frauen*treffen setzen, die als
23 Vernetzungstreffen zusammen mit der Juso-Hochschulgruppe in unregelmäßigen Abständen dem
24 gegenseitigen Empowerment dienen. Darüber hinaus müssen wir evaluieren, warum unter den
25 zahlreichen Neumitgliedern, die wir in diesem Jahr gewinnen konnten und über die wir uns sehr
26 freuen, vor allem Männer* und nach wie vor nur wenige Frauen* sind. Aus diesem Grund wollen wir
27 weitere Formate zum Empowerment von Genossinnen*, z.B. im Hinblick auf Anträge und
28 Redebeiträge, anbieten. Außerdem gilt es, Ideen für eine feministische Neumitgliederarbeit zu
29 erarbeiten.

1 Unsere feministische Arbeit ist auch dann stark, wenn sie in Bündnissen mit anderen Akteur*innen
2 stattfindet. Deshalb ist es für uns selbstverständlich, unser Engagement in solchen z.B. bezüglich des
3 ‚Marschs der Tausend Kreuze‘ sowie bezüglich des Frauen*kampftags fortzusetzen und zu
4 intensivieren. Denkbar sind darüber hinaus Aktionen zum Jubiläum des Frauenwahlrechts.

5 Den Austausch mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen werden wir bei unserer
6 Gleichstellungsarbeit selbstverständlich auch weiterhin pflegen.

7 **f) Öffentlichkeitsarbeit**

8 Im letzten Jahr konnten wir die sehr gute Öffentlichkeitsarbeit der Jusos Münster erfolgreich
9 weiterentwickeln. Nicht nur ist es uns trotz der erkonservativen Münsteraner Presselandschaft
10 abermals gelungen, einige Pressemitteilungen in den Münsteraner Zeitungen unterzubringen. Auch
11 auf unserer Homepage sowie in sozialen Netzwerken sind wir in unterschiedlichsten Formen aktiv und
12 sichtbar gewesen. Dies gilt es, im kommenden Jahr nicht nur weiterzuführen. Tatsächlich wollen wir
13 unsere verschiedenen Kanäle evaluieren und auf der Grundlage dieser Evaluation intensiver als bisher
14 regelmäßig pflegen.

15 Die Bewerbung unserer PoliTische als Facebook-Veranstaltungen hat sich beispielsweise als
16 gewinnbringend herausgestellt, weswegen wir diese fortsetzen werden.

17 **III. Wenn jemand fragt, wohin es geht, sag: Sozialismus!**

18 *Die Jusos Münster schreiben sich ihre Grundwerte Sozialismus, Feminismus und Antifaschismus, sowie*
19 *Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht nur auf die Fahne, sondern füllen sie mit Leben. Wir sind*
20 *ein stolzer Verband, der weiß, wo er herkommt, was er will und wie er das erreichen kann. Wir laden*
21 *alle, die unsere Werte teilen, ein, mit uns für eine bessere Welt zu kämpfen.*

A2 Für die Gleichwertigkeit der Bildungswege – oder: Warum das Problem nicht Akademisierungswahn heißt

1 Schon seit einiger Zeit geistert sie immer mal wieder herum, mal am Rande und mal als Schlagzeile:
2 Die Erzählung vom sogenannten Akademisierungswahn in der Bundesrepublik. Dabei geht es um die
3 Tatsache, dass immer mehr junge Menschen nach dem Schulabschluss ein Studium statt einer
4 Ausbildung beginnen. Und eben dieses Phänomen wird von vielen Seiten als Problem kritisiert, wobei
5 die Kritik vielfach, aber nicht nur von konservativer Seite geäußert wird. Die Ausgangssituation stellt
6 sich so dar, dass es eine sinkende Anzahl an Schulabsolvent*innen gibt, wovon jedoch immer mehr
7 über eine Hochschulzugangsberechtigung verfügen und auch mehr ein Studium beginnen. Nach
8 denjenigen, die einen Akademisierungswahn als Problem ausmachen, geht diese Entwicklung zulasten
9 des Niveaus an Hochschulen einerseits und führt andererseits dazu, dass aufgrund weniger
10 Auszubildenden ein Fachkräftemangel entsteht. Es gebe zudem nicht ausreichend Arbeitsplätze für
11 Akademiker*innen. Oftmals einhergehend mit dieser Analyse wird geäußert, dass das Abitur quasi
12 nichts mehr wert sei und es eine Inflation an guten Noten gebe, sodass alle studieren könnten. Und
13 auch das sei Teil des Problems, da eben nicht alle Menschen für ein Hochschulstudium geeignet seien.

14 Aber was ist dran an dieser Analyse? Auch wenn die eben dargestellte Sichtweise möglicherweise
15 schon auf den ersten Blick nicht überzeugt, ist eine jungsozialistische Perspektive und Antwort
16 notwendig, weil grundlegende Fragen der Bildungsgerechtigkeit betroffen sind und die Erzählung,
17 „dass ja nicht alle studieren müssen“ auch aktuell in der SPD sehr salonfähig ist und dem progressive
18 Ansätze entgegengesetzt werden müssen.

19 Der gleiche Zugang für alle!

20 Bei den Umschreibungen des vermeintlichen Akademisierungswahns könnte der Eindruck entstehen,
21 dass ein Studium in der jetzigen Zeit allen Menschen vollkommen offensteht. Übersehen wird dabei,
22 dass in vielen Fällen das Gegenteil noch der Fall ist. Denn auch wenn insgesamt immer mehr Menschen
23 ein Hochschulstudium beginnen, ist das Bildungssystem in der Bundesrepublik immer noch sehr von
24 Selektion geprägt. So hat die Herkunft immer noch maßgeblichen Einfluss darauf, ob ein Studium
25 begonnen wird. Während ein sehr großer Anteil der Kinder aus Akademiker*innenfamilien ein Studium
26 aufnimmt, trifft dies nur auf einen viel kleineren Anteil der Kinder aus Nichtakademiker*innenfamilien
27 zu. Gerade in dieser Situation, in der Chancengleichheit und die tatsächlich freie Wahl des
28 Bildungsweges noch in weiter Ferne stehen, ist die Forderung nach einer Beschränkung des
29 Hochschulzugangs gefährlich. Denn eins ist klar: Beschränkungen beim Zugang zu
30 Bildungsinstitutionen gehen immer auf Kosten derjenigen Menschen, die ohnehin schon benachteiligt
31 sind. Über einen Akademisierungswahn zu sprechen und über Selektion zu schweigen, ist oberflächlich

1 und unterkomplex. Und dabei betrifft Selektion auch nicht nur den Zugang zum Studium. Dass
2 Menschen einen bestimmten Bildungsweg etwa aus finanziellen Gründen nicht eingehen können,
3 betrifft etwa auch einige schulische Ausbildungen wie etwa die des*der Physiotherapeut*in, bei denen
4 vielfach ein hohes Schulgeld anfällt und die deswegen nicht allen Menschen offenstehen. Auch deshalb
5 ist es verkürzt, von einem Akademisierungswahn zu sprechen. Es entspricht nicht unserem
6 Bildungsideal, dass die Bildungsmöglichkeiten von Menschen durch den Staat eingeschränkt werden,
7 und sei es, um einem Fachkräftemangel vorzubeugen. Nicht nur, dass Menschen selbstbestimmt ihren
8 Bildungsweg gestalten können sollen, auch entspricht es nicht unserem emanzipatorischen
9 Bildungsideal, dass Bildung immer nur vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Nützlichkeit betrachtet
10 wird. Aber gerade das passiert oftmals bei den Debatten um den Akademisierungswahn, bei dem
11 Studium und Ausbildung nur noch einem Zweck dienen.

12 Die Rede von einem Akademisierungswahn mutet gerade auch unter dem Gesichtspunkt merkwürdig
13 an, dass viele junge Menschen noch immer keinen Ausbildungsplatz oder nicht ihren
14 Wunschausbildungsplatz finden und gleichzeitig die Ausbildungsbeteiligung der Betriebe zurückgeht.
15 Wenn ein staatliches Interesse daran besteht, dass junge Menschen eine Ausbildung absolvieren, so
16 muss von Seiten der Politik und den Betrieben auch für ein gutes Angebot an Ausbildungsplätzen
17 gesorgt werden.

18 Unser Ideal als Jungsozialist*innen ist es, dass alle Menschen frei ihren Bildungsweg wählen können.
19 Für mehr Chancengleichheit müssen Hürden beim Zugang zu Bildung abgebaut werden und ein
20 ausreichendes Bildungsangebot geschaffen werden. Deswegen fordern wir unter anderem:

- 21 - Gebührenfreie Bildung in allen Bildungsinstitutionen. Wir stellen uns gegen jede Form von
22 Bildungsgebühren zum Beispiel in der Form von Studien- oder Ausbildungsgebühren.
- 23 - Eine Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen.
- 24 - Eine angemessene finanzielle Versorgung bzw. Vergütung in allen Bildungsabschnitten: Für die
25 Einführung einer Mindestausbildungsvergütung und eines bedarfsdeckenden, eltern- und
26 altersunabhängigen BAföGs als Vollzuschuss für Studierende und während des Meisters oder
27 Weiterbildungen.
- 28 - Ein durchlässiges Bildungssystem. Durch das Einschlagen eines bestimmten Bildungsweges
29 darf die weitere Bildungsbiografie nicht in Stein gemeißelt sein. Deshalb wollen wir das
30 traditionell-drei-gliedrige Schulsystem durch eine Schule für alle ersetzen. Insbesondere auch
31 das Studieren ohne Abitur und das Aufnehmen eines Studiums nach einer Ausbildung oder
32 umgekehrt sollen gefördert und nicht als Ausnahmefall angesehen werden.

1 - Ein vielfältiges und vor allem ergebnisoffenes Informationsangebot zu den unterschiedlichen
2 Bildungsmöglichkeiten für alle Schüler*innen. Dabei sollen die Lehrer*innen und
3 Schulsozialarbeiter*innen die Schüler*innen unterstützen und empoweren. Die
4 unterschiedlichen Möglichkeiten der weiteren Bildung sollen gleichberechtigt betrachtet
5 werden.

6 **Gute Bildung für alle!**

7 Wir finden es falsch, sich darüber zu beschweren, dass Menschen studieren. Berechtigt ist aber die
8 Frage danach, ob und wenn ja welche Gründe junge Menschen davon abhalten, eine Ausbildung zu
9 absolvieren. Insofern spielen zunächst die Bedingungen während der Ausbildung und die damit
10 einhergehenden Perspektiven eine Rolle.

11 Möglicher Grund dafür, dass sich Menschen gegen eine Ausbildung entscheiden, sind die zum Teil nicht
12 zufriedenstellenden Bedingungen der Ausbildung, die vor allem in einigen Branchen, wie zum Beispiel
13 im Bereich der Gesundheits- und Pflegeberufe aber auch in der Friseur*innen-Branche oder in der
14 Gastronomie, um nur einige wenige zu nennen, eklatant sind. Dazu zählt, dass sehr viele Auszubildende
15 Überstunden leisten müssen und es vielerorts keinen betrieblichen Ausbildungsplan gibt. Auch
16 ausbildungsfremde Tätigkeiten und eine schlechte Verzahnung zwischen den Berufsschulen und den
17 Betrieben gehören zum Alltag vieler Auszubildenden. Dies liegt zum Teil auch daran, dass die schon
18 lange notwendige Reformierung und Modernisierung des Berufsbildungsgesetzes immer noch nicht
19 angegangen wird. Und wie im gesamten Bildungsbereich fehlen auch an den Berufsschulen
20 Investitionen zum Beispiel in die Ausstattung.

21 Ein weiterer Aspekt, der im Rahmen von mehr Studierenden diskutiert und thematisiert werden muss,
22 ist, ob die Hochschulen adäquat auf die veränderte Situation reagieren. Bildungsinstitutionen müssen
23 all denjenigen Menschen, die einen bestimmten Weg einschlagen, gute Voraussetzungen bieten.
24 Selbstverständlich hat die Öffnung von Bildungsinstitutionen und etwa die steigende Anzahl von
25 Studierenden einen Einfluss auf Studienbedingungen und darauf, wie Hochschulbildung organisiert
26 werden muss. Wir schließen uns aber insofern der These vom Akademisierungswahn nicht an, dass
27 das Niveau an Hochschulen sinken würde und dass viele der Studierende für ein Hochschulstudium
28 einfach nicht geeignet sein. Hinter dieser Auffassung steckt die Anschauung, dass Hochschulbildung
29 ein Privileg für bestimmte gesellschaftliche Gruppen sein soll und eben nicht allen Menschen
30 offenstehen soll. Der Forderung nach weniger und dafür elitären Hochschulen stellen wir uns
31 entschieden entgegen. Unsere Vision ist, dass die Hochschulen der gesamten Gesellschaft
32 offenstehen. Was wir aber bei der Entwicklung steigender Studierendenzahlen kritisieren müssen, ist
33 die Versäumnung jetzt und in der Vergangenheit, die Lehre und die Infrastruktur dieser auch

1 anzupassen. Der Studienalltag an vielen Hochschulen ist nämlich geprägt von überfüllten Hörsälen,
2 einem schlechten Betreuungsverhältnis, zu wenig Plätzen in den Bibliotheken, Konkurrenz um
3 Seminarplätze usw. Zudem gibt es in vielen Fachrichtungen ein viel zu kleines Angebot an
4 Masterplätzen.

5 Wir fordern gute Bedingungen in der Ausbildung und im Studium. Dazu gehört unter anderem:

- 6 - Die Reformierung des Berufsbildungsgesetzes. Insofern gilt es insbesondere auch gemeinsam
7 mit unseren Bündnispartner*innen für Verbesserungen zu streiten. Gute Ausbildung bedeutet
8 gute Ausbildungsbedingungen, eine gute Betreuung, eine gute Kooperation der Berufsschulen
9 mit den Betrieben und echte Mitbestimmung. Überstunden und ausbildungsfremde
10 Tätigkeiten müssen endlich der Vergangenheit angehören.
- 11 - Mehr Freiräume für Weiterbildung auch während der Ausbildung. Dazu muss der Anspruch auf
12 bezahlten Bildungsurlaub auch bei Auszubildenden fünf Tage pro Jahr umfassen.
- 13 - Investitionen in die Berufsschulen und Hochschulen, insbesondere in deren Ausstattung,
14 Digitalisierung und Modernisierung.
- 15 - Die Schaffung ausreichender Masterplätze.
- 16 - Gute Lehre an den Hochschulen auch bei hohen Studierendenzahlen. Dafür sind ein besseres
17 Betreuungsverhältnis und progressive didaktische Lehrkonzepte vonnöten.
- 18 - Freiräume und wirkliche demokratische Mitbestimmung in allen Bildungsinstitutionen.

19 **Ein gutes Leben für alle!**

20 Für welchen Bildungsweg sich eine Person entscheidet, hängt auch von dessen äußeren Bedingungen
21 und dessen Zukunftsperspektiven ab. Und hier zeigt sich auch ein Bereich, in dem wir noch meilenweit
22 von einer Gleichwertigkeit der Bildungswege entfernt sind. Auch wenn die Bedingungen für
23 Studierende in vielerlei Hinsicht verbesserungsbedürftig sind, zeigt sich, dass Studierende gegenüber
24 Auszubildenden oftmals privilegiert sind. Exemplarisch dafür steht das Thema Wohnraum. Eine Art
25 Studierendenwerk, also der organisierte Zusammenschluss von Studierenden auf Solidarbasis zur
26 Schaffung einer sozialen Infrastruktur, besteht für Auszubildende nicht. Dass Auszubildende nicht so
27 sehr auf einem Haufen anzutreffen sind wie Studierende, sondern verteilt und vor allem auch in
28 ländlichen Regionen, erschwert einen solchen Organisationsgrad. Und deswegen ist vor allem auch die
29 Politik gefragt, soziale Infrastruktur auch für Auszubildende bereitzustellen. Dazu gehören
30 Wohnheime, flächendeckende Azubi- und Kulturtickets sowie Beratungs- und Bildungsangebote. Und
31 auch wenn in den derzeitigen Verhältnissen die Forderungen nach expliziten Azubi-Tickets und -

1 wohnheimen notwendig sind, wollen wir langfristig auch eine größere Durchmischung von
2 Auszubildenden und Studierenden erreichen. Gleiche Lebensbedingungen sind nicht nur eine Frage
3 der Gerechtigkeit, sondern auch ein Grundstein für eine freie Wahl des Bildungswegs.

4 Die herausragenden Gründe für die Entscheidung für ein Studium junger Menschen sind statistisch
5 gesehen die Aussicht einen interessanten Beruf ausüben zu können, die Erhaltung einer guten
6 wissenschaftlichen Ausbildung, sich allgemein zu bilden und später ein gutes Einkommen zu haben.
7 Dies verdeutlicht, dass auch die Perspektiven nach dem Bildungsabschnitt maßgeblich die
8 Entscheidung für einen Bildungsweg beeinflussen. Und eine gute Perspektive fehlt bei einigen
9 Ausbildungsberufen. Da geht es zum einen um gerechte Löhne und Absicherung, zum anderen um
10 Aufstiegschancen, Weiterbildungsmöglichkeiten und die Möglichkeit der Entfaltung. Gleichwertigkeit
11 betrifft jedoch nicht nur materielle Gerechtigkeit, sondern auch gesellschaftliche Anerkennung und
12 Wertschätzung.

13 Parallel zur Situation der teilweise schlechten Lehrbedingungen mangelt es aber auch für Studierende
14 vielerorts an bezahlbarem Wohnraum und insgesamt sozialer Infrastruktur. Auch in diesem Punkt hat
15 die Politik nicht adäquat auf die steigenden Studierendenzahlen reagiert und die Studierendenwerke
16 im Stich gelassen. Und hier ist auch wieder das Thema Chancengleichheit tangiert, weil bezahlbarer
17 Wohnraum und insgesamt soziale Infrastruktur gerade auch für finanziell benachteiligte Studierende
18 oder Studierende mit Verpflichtungen außerhalb der Hochschule essentiell sein können.

19 Innerhalb und nach der Ausbildung und des Studiums braucht es gute Bedingungen und Perspektiven
20 für alle Menschen. Deshalb fordern wir unter anderem:

- 21 - Die Schaffung von sozialer Infrastruktur in Form von beispielsweise ausreichend bezahlbarem
22 Wohnraum, Azubi- und Kulturtickets für alle Auszubildenden und Studierenden.
- 23 - Gute Perspektiven insbesondere auch nach der Ausbildung. Dazu gehören eine
24 Übernahmegarantie, lebenslange Weiterbildungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen und der
25 politische Einsatz für mehr Lohngerechtigkeit.

26 **Das Problem heißt nicht Akademisierungswahn**

27 Schon bei dieser kurzen Betrachtung zeigt sich, dass es sowohl in der beruflichen als auch in der
28 akademischen Bildung an vielen Stellen Handlungsbedarf gibt. Und auch wenn wir gerne von der
29 Gleichwertigkeit der Bildungswege sprechen, zeigt sich in der Realität, dass wir von diesem Ideal noch
30 weit entfernt sind. Für uns Jusos ist dabei klar: Das Problem heißt nicht Akademisierungswahn! Statt
31 solcher Parolen müssen wir für die Gleichwertigkeit der Bildungsabschlüsse kämpfen, die sich in der
32 kapitalistischen Welt, in der wir aktuell leben, im Wesentlichen in gleicher Wertschätzung durch

- 1 gleiche Bezahlung äußern muss. Außerdem muss es um die Verbesserung der Bedingungen für alle
- 2 Auszubildenden und Studierenden gehen und es müssen weiterhin die Hürden beim Bildungszugang
- 3 abgebaut werden. Wir fordern selbstbestimmte Bildung und Chancengleichheit.

A3 Kinder- und Jugendpartizipation auf kommunaler Ebene

1 Warum brauchen wir Kinder- und Jugendpartizipation?

2 Die Demokratisierung aller Lebensbereiche ist für uns Jungsozialist*innen ein Herzensthema. Die
3 Kommune ist immer auch der unmittelbare Lebensbereich von Kinder und Jugendlichen (im Folgenden
4 sprechen wir der Einfachheit halber nur von Jugendlichen, meinen aber Kinder explizit mit). Hier
5 wachsen sie auf, gehen zur Schule, sind in Vereinen und Verbänden aktiv und Teil des öffentlichen
6 Lebens. Sie prägen das Bild der Kommune entscheidend mit. Gleichzeitig werden sie mit Aufgaben und
7 Herausforderungen konfrontiert, die die örtliche Gemeinschaft und ihr alltägliches Leben betreffen.

8 Die Auswirkungen politischer Aktionen lassen sich auf der kommunalen Ebene unmittelbar erkennen.
9 Beteiligungsverfahren, die direkt in der Kommune angesiedelt sind, stellen hervorragende
10 Möglichkeiten dar, Politik hautnah zu erleben. Das macht die Kommunen zu einem idealen
11 Politikübungsraum.

12 Eine echte Beteiligung, die Jugendliche als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft anerkennt und nicht
13 bevormundend behandelt, kann zu einer ersten Politisierung junger Menschen führen und durch
14 politische Bildung und das Erleben der tatsächlichen Einflussnahme auf Entscheidungsprozesse sowie
15 das Kennenlernen demokratischer Beteiligungsprozesse einem weiteren Rechtsruck und dem
16 zunehmenden Vertrauensverlust in die Politik vorbeugen.

17 Jugendliche bringen eine neue Perspektive in die politische und gesellschaftliche Debatte, die ältere
18 Menschen nicht haben können. Sie sind Innovationsgaranten die dafür sorgen, dass neue
19 Problemzugänge, Kompetenzen und Ressourcen Eingang in politische und gesellschaftliche Diskurse
20 finden.

21 Aus jungsozialistischer Sicht ist Jugendbeteiligung aus diesem Grund ein unumgängliches Instrument
22 zur Durchsetzung von Generationengerechtigkeit durch Teilhabe und politischen Bildung.

23 Beteiligung kann verschiedene Formen haben, die nicht immer unseren Vorstellungen entsprechen:
24 Nicht jedes Beteiligungsangebot von Jugendlichen stellt die Interessen und Forderungen von
25 Jugendlichen in den Fokus. Oft wird Jugendbeteiligung als Dekoration gebraucht, um dem Willen
26 erwachsener Entscheider weniger bevormundend erscheinen zu lassen.

27 Echte Jugendbeteiligung bedeutet für uns Jungsozialist*innen die verbindliche Einflussnahme auf die
28 Entscheidungsfindung in Handlungsfeldern, die Jugendliche in der Gegenwart und Zukunft direkt
29 betreffen. Unser Ziel ist es, sowohl Räume der Selbstbestimmung von Jugendlichen auf kommunaler
30 Ebene zu schaffen, sowie echte Mitbestimmung für Jugendliche in den kommunalpolitischen Gremien
31 zu erreichen. Zur echten Selbstbestimmung gehört auch das Recht auf selbstgestaltete und –
32 verwaltete Freiräume, wie z.B. autonome Jugendzentren.

1 **Kommunale Jugendpartizipation geht besser!**

2 Kommunale Beteiligungsgremien haben derzeit kaum rechtliche Grundlagen auf die sie sich berufen
3 können. Für Kommunen in NRW ist es derzeit noch nicht verpflichtend Jugendräte einzurichten, auch
4 fehlt es an klaren Zuständigkeiten und Aufgaben. Die Gremien stellt das vor enorme
5 Herausforderungen, denn sie müssen sich immer wieder mit den Verwaltungen um ihre Rechte
6 streiten. Sie sind darauf angewiesen, dass ihnen die Kommunalpolitiker*innen in den einzelnen
7 Gremien Rederecht zugestehen, welches ihnen nach der Gemeindeordnung nicht zusteht¹. Auch
8 Anträge können die Jugendlichen nicht stellen. Ihre einzige Möglichkeit besteht darin, Anregungen² zu
9 schreiben. Diese werden jedoch häufig von der Verwaltung entschieden und nicht von den
10 Kommunalpolitiker*innen. Hinzu kommt, dass die Jugendlichen in einigen Kommunen auf sich allein
11 gestellt sind und keine personelle Unterstützung erfahren, die durch jeweilige Stadt oder Gemeinde
12 finanziert wird. Die direkte Beteiligung an Sachentscheidungen erfolgt außerordentlich selten und
13 oftmals nur auf Initiative von Kommunalpolitiker*innen.

14 **Unsere Vorstellungen von Jugendpartizipation auf kommunaler Ebene**

15 Alle oben aufgeführten Probleme sollten vom Landesgesetzgeber dringend korrigiert werden. Nur
16 durch sein Eingreifen kann man Jugendbeteiligung auf feste Beine stellen. Dazu sollten folgende
17 Maßnahmen ergriffen werden:

18 (1) In jeder Gemeinde, in der sich Jugendliche einbringen wollen, muss ein Kinder- und
19 Jugendparlament oder ein anderes repräsentatives Element der Jugendbeteiligung
20 eingerichtet werden. Außerdem sollen andere Beteiligungsformen wie offene Foren,
21 Aktionen, Online-Beteiligungsangebote und projektbezogene Mitarbeit ermöglicht
22 werden. Dabei muss der Altersunterschied, sowie die damit einhergehenden Unterschiede
23 in Ansprüchen und Verantwortlichkeiten berücksichtigt und entsprechend gewürdigt
24 werden. Diese sollen nicht in Konkurrenz zu den repräsentativen
25 Jugendbeteiligungsformen treten. Darüber hinaus soll Jugendlichen auch die Möglichkeit
26 gegeben werden, sich projektbezogen zu beteiligen.

27 (2) Die Rechte und Aufgaben der Jugendgremien sollten in der Gemeindeordnung
28 festgeschrieben werden.

29 (3) Den Gremien soll in allen relevanten Gremien der kommunalen Selbstverwaltung ein
30 Rede- und Antragsrecht eingeräumt werden (insbesondere Stadt-/Gemeinderäte und ihre
31 Ausschüsse, Bezirksvertretungen etc.). Über die Anträge sollten die
32 Kommunalpolitiker*innen entscheiden.

¹ §58, Absatz 4 der GO NRW

² §24 der GO NRW

- 1 (4) Die kommunalen Jugendbeteiligungsgremien sollen Anspruch auf Unterstützung durch die
2 Stadtverwaltungen haben.
- 3 (5) Die Gremien sollten ein Budget haben über welches sie ohne externen Einfluss auf
4 demokratischem Weg verfügen können.
- 5 (6) Als Teil einer dauerhaften kommunalen Beteiligungsstruktur für Jugendliche fordern wir in
6 Münster mindestens ein autonomes Jugendzentrum als stetigen Anlaufpunkt für
7 Jugendliche. Dieses soll durch einen Ratsbeschluss legitimiert sein und eine angemessene
8 finanzielle Ausstattung haben. Gestaltung und Verwaltung des Zentrums muss in der Hand
9 der Jugendlichen liegen.
- 10 (7) Die konzeptionelle Ausgestaltung vorhandener Angebote muss regelmäßig gemeinsam mit
11 den Jugendlichen reflektiert werden, um zu einem stetigen Mehr an
12 Verantwortungsübernahme Jugendlichen zu gelangen. Ziel ist ein langfristiges
13 Gesamtkonzept für die kommunale Jugendbeteiligung zu entwickeln.

14 Aus kommunalpolitischer und Verwaltungssicht sind in Bezug auf die finanziellen Aufwendungen einer
15 Kommune die vom Gesetzgeber benannten kommunalen Pflichtaufgaben in der Umsetzung vorrangig.
16 Die Formulierung zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im SGB VIII kann zwar
17 rechtswissenschaftlich als kommunale Pflichtaufgabe gewertet werden, dies ist in der Praxis jedoch
18 nicht zwangsläufig auch der Fall. Anderen kommunalen Pflichtaufgaben wird hier der Vorrang
19 eingeräumt. Grund hierfür ist vor allem die nicht eindeutige Formulierung des Gesetzgebers bezüglich
20 der genauen Umsetzung des Beteiligungsauftrags.

21 Bleibt die aktuelle Rechtslage weiter bestehen entsteht das Risiko, dass die Beteiligung von
22 Jugendlichen weiterhin als nachrangige Pflicht erachtet wird, und Beteiligungsangebote für
23 Jugendliche allenfalls halbherzig oder nur anlassbezogen Gegenstand kommunalpolitischer Debatten
24 und Beschlüsse sind.

25 Auch die lokalen Rahmenbedingungen für die politische Partizipation von Jugendlichen auf der
26 kommunalen Ebene werden unweigerlich durch die rechtlichen Gegebenheiten modifiziert.

27 Es braucht ein strukturell verankertes und auf Langfristigkeit ausgerichtete Instrument der
28 kommunalen Jugendbeteiligung, um die Qualität des Beteiligungsangebots dauerhaft auf einem hohen
29 Niveau zu halten. Der Gesetzgeber hat hier die Chance, diese strukturelle Verankerung zu stärken.

30 **Fazit**

31 Jugendbeteiligung ist also ein wichtiger Bestandteil der Teilhabe von Jugendlichen am Leben in einer
32 Stadtgesellschaft. Doch es gibt noch viele Baustellen, die beseitigt werden müssen um die Beteiligung
33 auf den Erfolgsweg zu führen. Diese Aufgabe kommt insbesondere dem Landtag zu, welcher für die

- 1 Änderung der wichtigen Gemeindeordnung zuständig ist. Eine rechtliche Grundlage ist ein wichtiger
- 2 und grundlegender Schritt.
- 3 Unsere Forderungen stehen im Gegensatz zu Modellen, in denen Jugendbeteiligung nur eine
- 4 Alibiteilhabe ist und nicht zur Entfaltung aller Jugendlichen führen kann, sondern von Erwachsenen
- 5 ausschließlich vorgegeben wird. Voraussetzung hierfür ist die Abgabe von Verfügungsgewalt von
- 6 Erwachsenen an Jugendliche.

A4 Pfand gehört daneben

1 Lläuft man durch Münster fallen einem auch hier Menschen auf, die mit ihrem Arm in der Mülltonne
2 stecken. Das macht aus zwei Gründen betroffen. Zum einen wegen des Systems, das Menschen dazu
3 zwingt, sich mit Pfandsammeln über die Runden zu halten. Zum anderen, da diese Tätigkeit meist sehr
4 unangenehm und mit einem sozialen Stigma verbunden ist.

5 Für uns Jusos ist klar, dass wir tiefgreifende soziale Reformen benötigen. Doch bis diese greifen,
6 müssen wir es schaffen wenigstens den Prozess des Pfandsammelns angenehmer zu gestalten.

7 Es gibt viele Initiativen, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Sucht man dieses Thema im Netz und
8 fügt die Stadt Münster in das Suchfeld mit ein, sticht einem eine Petition aus dem Jahr 2013 ins Auge,
9 die den Oberbürgermeister dazu auffordert, einen Arbeitskreis zu gründen, der eine Lösung für das
10 Pfandproblem in Münster finden soll.

11 Heute schreiben wir das Jahr 2018 und noch immer steht der Pfand nicht neben dem Mülleimer. Zu
12 einem Arbeitskreis ist nichts zu finden. Dies ist kein Zustand, der haltbar ist. Deshalb müssen wir uns
13 als Jusos dafür einsetzen, dass Pfandringe um Mülleimer beschafft und eingesetzt werden. Es ist
14 wichtig, dass wir den Pfand nicht nur daneben stellen, man denke an Glasflaschen, die so umfallen
15 können und dann als Scherben auf Radweg oder Straße liegen. Hier brauchen wir befestigte
16 Pfandringe, um Scherben zu vermeiden. Diese sollen auch pfandsammelnden Menschen die Tätigkeit
17 erheblich erleichtern und eine Verletzungsgefahr beispielsweise durch Scherben minimieren.

A5 Ein schwarz-gelbes Trauerspiel – Die Hochschulpolitik der neuen Landesregierung in NRW

1 Der Schreck sitzt immer noch tief, nachdem am 14. Mai in Nordrheinwestfalen die SPD sichtbar
2 Verluste einfahren musste und schwarz-gelb die neue Regierung bildete. Mit dieser Landesregierung
3 aus CDU und FDP ist NRW leider sichtbar nicht mehr in guten Händen. Dabei ist vor allem die
4 Bildungspolitik, welche maßgeblichen in den Händen der Länder liegt, ein besonders wichtiger Bereich
5 für unsere Ansprüche als Jungsozialist*innen. Wir wollen, dass allen Menschen, unabhängig ihres
6 Geschlechts, ihrer Herkunft, ihres Elternhauses und ihrer körperlichen Verfasstheit die gleichen
7 Chancen haben. Wir sehen gerade Bildung als essentielle Voraussetzung für ein selbstbestimmtes
8 Leben, Emanzipation und Aufstiegschancen. Denn Bildungswege entscheiden Lebenswege. Dabei soll
9 Bildung nach unserem Verständnis ein Mittel zur eigenen Verwirklichung sein. Sie ist Selbstzweck und
10 nicht bloß die schnellstmögliche Qualifizierung zur Erwerbstätigkeit. Ein Studium soll mehr sein als eine
11 Berufsausbildung, wissenschaftliche Arbeit mehr als nur Mittel zur Wettbewerbsfähigkeit von
12 Hochschulen.

13 Allerdings zieht an Hochschulen eine Denkweise ein, die wesentlich von Konservativen und
14 Neoliberalen gefördert wird und unserem Ziel der Bildungsgerechtigkeit widerspricht. Ein Gespenst
15 geht um – auch in den Hochschulen NRW's. Leider nicht das des Kommunismus, sondern der schwarz-
16 gelbe Geist der Ökonomisierung.

17 Mit diesem Antrag wollen wir aufzeigen, wohin die Landesregierung steuert und wie auf der anderen
18 Seite unsere Gegenentwürfe und Handlungsmöglichkeiten für eine gerechte und soziale
19 Hochschulpolitik aussehen. Wir wollen Schlaglichter auf die Schwerpunkte der schwarz-gelben Politik
20 werfen und unsere Antworten dazu beschreiben. Dabei werden einige Punkte berührt, die allein schon
21 einen Antrag füllen könnten, die wir aber zum Zweck des Antrags, eine Zusammenfassung zu leisten,
22 lediglich umreißen werden.

Hochschulfreiheit

24 Unter dem Schlagwort der „Freiheit“ für die nordrhein-westfälischen Hochschulen stand bereits das
25 während der letzten schwarz-gelben Regierung erlassene Hochschulgesetz. Unter Freiheit wird dabei
26 von den Koalitionär*innen aber weniger die Freiheit von Forschung und Lehre verstanden, sondern
27 viel mehr die Möglichkeit progressive gesellschaftliche Vorgaben der Landesregierung unter dem
28 Deckmantel der „Entbürokratisierung“ zurückzudrehen. Was alles darunter fällt, wird sich erst zeigen,

1 wenn die Wissenschaftsministerin ihr erneuertes Hochschulfreiheitsgesetz vorstellt, aber bereits der
2 Koalitionsvertrag und ihre bisherigen Aussagen lassen einige Maßnahmen erkennen.

3 Ein Beispiel für eine landesweite Vorgabe, die der „Freiheit“ geopfert werden soll, ist die Abschaffung
4 der Anwesenheitspflichten. Nach den Plänen der aktuellen Landesregierung soll jede Hochschule
5 einzeln darüber entscheiden dürfen, ob sie Anwesenheitspflichten wiedereinführen möchte. Dabei
6 wurden diese gerade erst vor ein paar Jahren von der rot-grünen Koalition zu recht abgeschafft.
7 Hochschulen sollen ein Ort für mündige Studierende sein, die sich ihr Lernen selbst nach ihrer Zeit und
8 ihren Interessen strukturieren können. Dazu sollte allen Studierenden auch noch genügend Freiraum
9 zugestanden sein, ein ehrenamtliches Engagement wahrzunehmen. Besonders die Teile der
10 Studierendenschaft, die aktuell bereits durch Nebenjobs oder ein Studium mit Kind unter einem
11 enormen Zeitdruck leiden, würden von der Wiedereinführung hart getroffen.

12 Die Argumentation zu diesem Thema ist dazu noch durch das Klischee der „faulen Studierenden“
13 belastet. Diesem gilt es klar zu widersprechen. Nicht die angebliche Faulheit einiger Student*innen
14 führt zu leeren Hörsälen. Gründe hierzu sind vielmehr weitere Verpflichtungen, oder dass andere
15 Lernmethoden individuell bevorzugt werden, sowie die leider oftmals mangelnde didaktische Qualität
16 vieler Lehrveranstaltungen. Wenn Professor*innen nur aus ihrem eigenen Lehrbuch vorlesen, dann
17 sollte jede*r selbst entscheiden können, ob er*sie es sich nicht lieber auf der heimischen Couch oder
18 im Zug selbst aneignet. Mit diesen Anwesenheitspflichten wird letztendlich die Freiheit des*der
19 einzelnen Studierenden geopfert, um ein veraltetes Verständnis vom geregelten Studienablauf
20 wiederherzustellen und einem klischeehaften Bild der Studierendenschaft Rechnung zu tragen.

21 Die rot-grüne Landesregierung hatte sich ebenso dazu entschieden, eine landesweite Zivilklausel in ihr
22 Hochschulzukunftsgesetz aufzunehmen. Dieser sollten die Hochschulen folgen und innerhalb eines
23 Jahres selbst eine solche in ihre Grundordnungen aufnehmen. Diesen Schritt für eine friedliche und
24 demokratische Forschung wollen die Koalitionär*innen nun wieder zurücknehmen. Wie bei den
25 Anwesenheitspflichten soll jede einzelne Hochschule selbst entscheiden können, ob sie ihre
26 Zivilklausel wieder zurücknehmen möchte.

27 Oft handelt es sich bei militärischer Forschung um Auftragsforschung, die alleine schon wegen ihrer
28 Abhängigkeit von den Interessen und Mittel Dritter, zu hinterfragen ist und einen Eingriff in die Freiheit
29 der Forschung darstellen kann. Dazu kommt noch, dass sich die Hochschulen damit beschäftigen
30 sollten, wie sich Frieden im 21. Jahrhundert erhalten und verbreiten lässt und wie sich durch
31 internationale Zusammenarbeit gemeinsamer Fortschritt erzielen lässt. Diese Leitlinien für eine
32 friedliche und demokratische Forschung sollten von einer Landesregierung vorgegeben werden,
33 besonders da die demokratische Legitimation der Senate, die diese Entscheidung innerhalb der

1 einzelnen Hochschulen treffen müssten, aufgrund der Überrepräsentation der Professor*innen, zu
2 wünschen übrig lässt.

3 Auch für weitere progressive Leitlinien des letzten Hochschulgesetzes könnte diese
4 „Hochschulfreiheit“ das Ende bedeuten. Unter anderem für das Gendermainstreaming an den
5 Hochschulen und diverse Durchgriffsrechte der Landesregierung z.B. bei gleichstellungspolitischen
6 Maßnahmen.

7 SPD und Grüne haben die letzte Landtagswahl verloren und diesen konservativ-liberalen Rollback
8 unter dem Deckmantel von Hochschulfreiheit und Dezentralisierung ermöglicht. Jetzt liegt die
9 Initiative bei Jugendorganisationen, wie uns Jungsozialist*innen. Wir müssen mit den Juso-
10 Hochschulgruppen zusammenarbeiten und sie bei ihrem Widerstand gegen die einzelnen
11 Senatsbeschlüsse unterstützen. Nur eine politisierte Studierendenschaft mit starken
12 Jungsozialist*innen in den studentischen und akademischen Gremien kann diese und weitere
13 Maßnahmen der Landesregierung an jeder einzelnen Hochschule stoppen und sie weiterhin nach
14 unseren progressiven Idealen gestalten.

15 **Hochschulfinanzierung**

16 Die neue Landesregierung verspricht in ihrem Koalitionsvertrag, angelehnt an den Wahlkampf der FDP,
17 sich für beste Bildung in Nordrhein-Westfalen einzusetzen. Dazu sollen unter anderem den
18 Hochschulen mehr finanzielle Mittel in die Hand gegeben werden. Konkrete Vorhaben finden sich dazu
19 allerdings nur zwei innerhalb des Koalitionsvertrages. Zum einen sollen die Landesmittel innerhalb des
20 aktuellen Hochschulpaktes verstetigt werden und zum anderen greifen die Koalitionär*innen ziemlich
21 tief in die liberale Mottenkiste und präsentieren uns Studiengebühren, diesmal allerdings nicht für alle
22 sondern nur für Nicht-EU-Ausländer*innen.

23 Die Verstetigung der Landesmittel ist erst einmal zu begrüßen, da diese den Hochschulen eine
24 notwendige Planungssicherheit bietet, die den bisherigen zeitlich begrenzten Pakten fehlte.
25 Letztendlich schafft dies Möglichkeiten Beschäftigungsverhältnisse zu entfristen, wodurch die
26 Dozierenden besser in der Lage sind sich Lehre und Forschung zu widmen und die Verwirklichung von
27 guten Arbeitsbedingungen und guten Perspektiven an den Hochschulen gerade für junge
28 Wissenschaftler*innen vorangetrieben werden kann. Eine Verstetigung stellt den Hochschulen
29 allerdings erst einmal keinen Cent mehr zur Verfügung, den sie im aktuellen Hochschulpakt nicht eh
30 erhalten würden.

1 Die versprochenen und dringend notwendigen zusätzlichen Mittel will die Landesregierung jetzt mit
2 ihrem zweiten Vorhaben einspielen: Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer*innen. Diese würden
3 nach den aktuellen Zahlen rund 30.000 Studierende in Nordrhein-Westfalen betreffen und sollen pro
4 Semester bei 1500€ liegen. Die Hochschulen sollen durch diese Gelder am Ende bis zu 100 Millionen
5 Euro mehr zur Verfügung haben.

6 Mit diesem Vorschlag zeigen schwarz-gelbe Bildungspolitik*innen einmal mehr, dass sie eins nicht
7 verstanden haben, nämlich dass Bildung keine Ware ist. Die Gebührenfreiheit von Bildung ist essentiell
8 für Teilhabe in einer Gesellschaft und darf weder für die Gesamtheit der Studierenden noch für
9 einzelne Gruppen der Studierendenschaft in Frage gestellt werden. Hierbei gerade eine Gruppe
10 herauszugreifen, die sich durch eine andere Staatsbürger*innenschaft nur bedingt in den politischen
11 Prozess in Nordrhein-Westfalen einbringen kann und in ihrem Alltag in der Bundesrepublik schon mit
12 genügend anderen Diskriminierungen zu kämpfen hat, ist bei diesem Modell der Studiengebühren
13 besonders verwerflich. Die Hoffnung der Landesregierung scheint es gewesen zu sein, dass der
14 Widerstand wohl nicht all zu groß ausfalle, wenn es die meisten Studierenden nicht direkt betrifft.

15 Diese Hoffnungen gilt es zu zerstören. Kern jungsozialistischer Hochschulpolitik muss es in den
16 nächsten Jahren sein, die Solidarisierung mit den betroffenen Studierenden voranzutreiben und
17 weiterhin für offene und internationale Hochschulen einzustehen. Nur, wenn Hürden für
18 internationale Studierende ab- und nicht aufgebaut werden, können Hochschulen die Orte für einen
19 grenzüberschreitenden Austausch von Wissen bleiben und als Beispiele für eine offeneren und
20 toleranteren Gesellschaft dienen.

21 Die Finanzierung der Hochschullandschaft in NRW und in der gesamten Bundesrepublik ist nicht die
22 Aufgabe einer kleinen Gruppe der Studierendenschaft, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
23 Deshalb kann die Ausfinanzierung der Hochschulen auch nur über ein progressives Steuersystem
24 gerecht geregelt werden. Jede Form von Studiengebühren ist hier nicht nur eine zusätzliche Hürde für
25 sozioökonomisch Benachteiligte, sondern baut auch noch unnötige Doppelstrukturen auf. Es muss
26 eine Einigung von Bund und Ländern geben, die den Hochschulen fernab von Pakten, Drittmitteln und
27 Exzellenzinitiativen, dauerhaft die Mittel zur Verfügung stellt, um Lehre und Forschung in der Breite
28 gut zu gestalten.

29 **Gleichstellung in der wissenschaftlichen Karriere**

30 Nach wie vor sind Frauen* im akademischen Betrieb unterrepräsentiert. Während sich das Verhältnis
31 von Studentinnen* und Studenten* unter Studienanfänger*innen und Absolvent*innen etwa die
32 Waage hält, sinkt der Anteil von Frauen* drastisch bei der Betrachtung von Habilitationen. Auch wenn

1 dieser in den letzten Jahren stetig leicht angestiegen ist, betrug der weibliche* Anteil hier im Jahr 2016
2 lediglich 30,4 Prozent. Unter den C4-Professuren waren im gleichen Jahr gerade mal 11,6 Prozent von
3 Frauen* besetzt. Je höher also die Besoldung, desto weniger Frauen*, die diese erhalten. Unserer
4 Vorstellung einer gleichgestellten Gesellschaft und gerade auch Wissenschaft entspricht das nicht.

5 Mehrere Mechanismen lassen sich nennen, die zu einer solchen Ungleichheit führen. Zum einen sind
6 dies männliche Netzwerke, die dem weiblichen* Pendant mehrere Jahrhunderte voraus haben. Zum
7 anderen Sozialisierung, die geringe Anzahl weiblicher* Vorbilder sowie die oftmals prekären
8 Arbeitsverhältnisse im wissenschaftlichen Betrieb. Gerade bei Berufungen spielen männlich
9 dominierte informelle Netzwerke und Seilschaften oftmals eine große Rolle. Frauen* wird bei solchen
10 Verfahren häufig unterbewusst eine schlechtere Qualifikation zugeschrieben. Im männlich
11 dominierten Umfeld müssen Frauen* und gerade junge Frauen* immer wieder um Anerkennung und
12 Chancengleichheit kämpfen und hierzu oftmals mehr leisten, als ihre männlichen Kollegen.

13 Diese Stagnation ist jedoch auch festzumachen an der Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse: So gut
14 wie jede Stelle ist befristet. Das ständige Ringen um die nächste Anstellung sorgt für unsichere
15 Perspektiven. Der lange Weg einer Studentin* bis zur Professur bedeutet also viele Jahre der
16 Ungewissheit durch befristete Arbeitsverträge. Das führt auch zu einer mangelnden
17 Planungssicherheit hinsichtlich des Familienlebens. Dies trifft zwar alle, die im Wissenschaftsbetrieb
18 tätig sind, faktisch sind es jedoch immer noch vor allem Frauen*, die hier am stärksten zu leiden haben.
19 Ihnen wird durch die Gesellschaft die Verantwortung für die Reproduktions- und Fürsorgearbeit
20 vorwiegend zugeschrieben und mehrheitlich sind sie es immer noch, die diese Verantwortung
21 übernehmen. Oftmals bedeutet das den Druck, sich zwischen Familie und Karriere entscheiden zu
22 müssen.

23 Gleichstellung ist also auch im wissenschaftlichen Betrieb noch lange nicht erreicht. Selbst im
24 Koalitionsvertrag der Landesregierung ist man offensichtlich der gleichen Ansicht. Da die Vereinbarkeit
25 von Familie und wissenschaftlicher Karriere für viele ein entscheidendes Kriterium der Wahl ihres
26 Hochschulstandortes sei, müsse man sich auch dieses Problems annehmen. Zur
27 „Attraktivitätssteigerung“ zählten u.a. auch der Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten an den
28 Hochschulen, den Ausbau sogenannter „dual career“-Aktivitäten und „tenure track“-Modelle. Selbst
29 an ein „Professorinnenprogramm“ wolle man nutzen. Wenige Zeilen zuvor will man aber die
30 Notwendigkeit flexibler Beschäftigungsmöglichkeiten im Wissenschaftssystem nicht vernachlässigen.

1 Wir wollen aber keine flexibleren Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern flexiblere Arbeitszeiten um
2 Vereinbarkeit zu fördern. Und auch sonst ist für uns klar, dass es für eine echte Gleichstellung mehr
3 braucht. Deutlich mehr unbefristete Stellen und endlich sichere Arbeitsperspektiven.
4 Gleichstellungsbeauftragte mit starken Kompetenzen und die Unterstützung von Vernetzung und
5 Empowerment vor Ort, im Land und im Bund. Ein notwendiges Mittel ist außerdem eine 50-Prozent-
6 Quote bei der Einstellung von Professor*innen. Gerade in männlich dominierten Fächern, wie
7 beispielsweise im Bereich der Naturwissenschaften müssen Frauen* schon während des Studiums
8 besonders unterstützt werden. Auch heißt Gleichstellung mehr als die Formulierung eines
9 schwammigen „Professorinnenprogramm“, sondern auch Sexismus an Hochschulen immer wieder
10 aufs Neue entgegenzutreten. Nicht nur bezüglich der Hürden, denen Frauen* in ihrer
11 wissenschaftlichen Karriere begegnen, sondern auch in der Lehre, denn Sexismus beginnt nicht erst
12 mit der Promotion. Zusammenfassend sind die „Bemühungen“ der schwarz-gelben Landesregierung
13 im Bereich der Gleichstellung kaum als solche zu bezeichnen.

14 **Inklusion**

15 Im Koalitionsvertrag heißt es, die Hochschulen seien in der Verantwortung, bei der Organisation ihrer
16 Studienangebote und bei der Ausgestaltung ihrer Räumlichkeiten für Lehre und Forschung immer auch
17 den Bedürfnissen von Studierenden mit Behinderung gerecht zu werden. Die Landesregierung sieht
18 sich dabei offensichtlich nicht in der Pflicht, Inklusion an Hochschulen zu verwirklichen. Stattdessen
19 sollen diese „Leistungszulagen“ für Studienabschlüsse von Studierenden mit Behinderung erhalten.
20 Man wolle damit einen Anreiz setzen, Inklusion zu fördern.

21 Dass dies das gesamte „Konzept“ im Bereich Inklusion sein soll, ist mehr als enttäuschend. An den
22 Hochschulen mangelt es landesweit (leider auch bundesweit) massiv an Barrierefreiheit. Studierenden
23 mit körperlichen Einschränkungen werden an dieser Stelle extreme Schwierigkeiten beim
24 Hochschulzugang bereitet. Dass nun Hochschulen, an denen sich betroffene Studierende dennoch mit
25 den zumeist schlechten Gegebenheiten abfinden und sich womöglich an anderer Stelle Unterstützung
26 holen um sich durch ihr Studium zu kämpfen, dafür noch eine Belohnung erhalten sollen, ist
27 unverständlich wie ungerecht. Dieser Ansatz geht für uns in eine völlig falsche Richtung. Nicht einmal
28 wird es hier als verpflichtend festgehalten, dass diese Leistungszulagen in eine barrierefreie
29 Umgestaltung der Hochschule fließen müssen.

30 Hochschulen für Menschen mit körperlichen Einschränkungen zugänglicher zu machen, ist auch kein
31 nettes Plus, das belohnt werden muss. Es kann auch nicht darum gehen, wirtschaftliche Anreize zu

1 setzen, damit Hochschulen aus einer solchen Überlegung heraus eventuell über eine Umgestaltung
2 nachdenken. Sondern das Ziel muss auch hier sein, allen Menschen die gleichen Chancen zu
3 ermöglichen. Inklusion ist kein Nice-to-have, sondern Notwendigkeit. Dabei sind nicht nur die
4 Hochschulen, sondern auch das Land in der Pflicht, die dazu nötigen finanziellen Mittel und andere
5 Arten von Unterstützung zur Verfügung zu stellen, wo sie gebraucht werden. Barrierefreiheit muss
6 verpflichtend werden und nichts, zu dem die Politik bloße Anreize setzt. Uns ist dabei auch klar, dass
7 Barrierefreiheit nicht nur heißt, durch Rampen und Aufzüge Vorlesungssäle zugänglich zumachen. Sie
8 bedeutet für uns viel mehr allen Menschen mit ihren individuellen Bedürfnissen den Zugang zur
9 Hochschule und ihrem Studium zu ermöglichen. Auf diese unterschiedlichen Herausforderungen
10 müssen das Land und die Hochschulen Lösungen erarbeiten und umsetzen.

11 **Wir stellen fest: Die schwarz-gelbe Landesregierung steuert auch hier in die falsche Richtung. Unser**
12 **Ziel bleiben soziale, offene und bunte Hochschulen. Daher fordern wir:**

- 13 - Die enge Zusammenarbeit zwischen Jusos und Juso-Hochschulgruppen – im Land, aber auch
14 vor Ort um unsere Kritik an der schwarz-gelben Hochschulpolitik in NRW laut zu äußern.
- 15 - ebenso den Schulterschluss mit den Gewerkschaften und gewerkschaftlichen
16 Hochschulgruppen zu suchen, um unsere Anliegen gemeinsam stark zu machen.
- 17 - Jeder Form von Studiengebühren entschlossen entgegen zu treten.
- 18 - Das Aufheben des Verbots von Anwesenheitspflichten zu verhindern und die Einschränkung
19 der Ausnahmeregelungen bei Praktika, Sprachkursen und Übungen.
- 20 - Nach wie vor die staatliche Ausfinanzierung der Hochschulen durch ein progressives
21 Steuersystem.
- 22 - Das weitere Bestehen der landesweiten Zivilklausel.
- 23 - Deutlich mehr unbefristete Stellen an den Hochschulen und damit sicherere Perspektiven
24 besonders für Wissenschaftlerinnen*.
- 25 - Gleichstellung in Lehre und Wissenschaft aktiv zu fördern, auch durch eine 50-Prozent-Quote
26 bei Neueinstellungen im wissenschaftlichen Betrieb.

- 1 - Eine Verpflichtung zur Barrierefreiheit an Hochschulen und die Zurverfügungstellung der dazu
2 nötigen Mittel von Land und Bund anstelle der geplanten Leistungszulagen.
- 3 - Natürlich einen klaren Wahlsieg der NRW SPD bei der Landtagswahl 2022, damit diese und
4 weitere Bestandteile unserer jungsozialistischen Hochschulpolitik umgesetzt werden.

A6 Gerechte Studienzulassung jetzt! – Unsere Anforderungen an eine Neuregelung des Vergabesystems der Medizinstudienplätze

1 Am 19. Dezember 2017 erklärte das Bundesverfassungsgericht das Studienzulassungsverfahren für
2 Humanmedizin für verfassungswidrig und forderte in der Folge Bund und Länder auf, das
3 Vergabesystem für Studienplätze bis 2019 neu zu regeln.

4 Die Probleme des Status' Quo und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts

5 Momentan stellt sich die Situation wie folgt dar: 20% der Medizin-Studienplätze werden über die
6 Abiturnote vergeben, 20% über Wartezeiten und die Kriterien für die Vergabe der restlichen 60%
7 obliegen allein den Hochschulen. Auch innerhalb dieses Anteils muss die Hälfte der Vergabekriterien
8 jedoch weiterhin die Abiturnote sein. Etwaige zusätzliche Kriterien dürfen höchstens zu 49%
9 ausschlaggebend sein.

10 Im Rahmen dieser hochschuleigenen Kriterien gibt es teilweise noch verschiedene zentrale oder
11 individuelle Zulassungstests oder -gespräche, deren Anerkennung ebenfalls der freien Entscheidung
12 der Hochschulen unterliegt.

13 Größtenteils ist eine übermäßige Fokussierung auf die Abitur-Durchschnittsnote zu beobachten. Die
14 Aussagekraft einer Durchschnittsnote, welche bestimmte Bewerber*innen von vorneherein das
15 Studium verwehrt, weil nicht in der Breite aller Fächer Bestnoten erreicht werden konnten, bewertet
16 das Bundesverfassungsgericht als unsachgemäß und stellt - aufgrund des Bildungsföderalismus und
17 der schwierigen Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse - einen Verstoß gegen die Ausbildungsfreiheit
18 sowie gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz fest. Hinzukommt, dass durch diese ganz
19 unterschiedlichen dezentral geregelten Vergabesysteme bei gleichzeitig zentraler Bewerbung um die
20 Vergabe sich für die Studienanwärter*innen ein größtenteils undurchsichtiger Dschungel an
21 mannigfaltigen Zulassungsvoraussetzungen, Anforderungen der einzelnen Universitäten und
22 taktischen Erwägungen, was z.B. die Angabe von Wunschstandorten angeht, ergibt.

23 Dass durch diese Umstände eine nicht hinnehmbare Ungleichbehandlung der Studierenden und eine
24 Beschneidung der Berufsfreiheit jeder*s einzelnen gefördert wird ist offenkundig. Dass dieser Tatsache
25 nun auch durch das Urteil des Bundesverfassungsgericht Rechnung getragen wurde, ist als Erfolg zu
26 werten und zugleich als Chance für eine gerechte, transparente und zentrale Neuregelung.

27 Diese Neuregelung soll laut dem Bundesverfassungsgericht einige zentrale Punkte berücksichtigen.
28 Was unsere Anforderungen an diese Neuregelung sind, wollen wir im Folgenden darstellen.

1 **„Vielfalt der Anknüpfungspunkte zur Erfassung der Eignung“? – Keine neue soziale Selektivität!**

2 Nach dem Urteil bedarf es einer vom Bund zentral festgeschriebenen Regelung, wonach die
3 Studienplätze vornehmlich aufgrund von Eignung vergeben werden sollen. Diese Kriterien „müssen die
4 Vielfalt der möglichen Anknüpfungspunkte zur Erfassung der Eignung abbilden“.
5 Was unter diese möglichen Anknüpfungspunkte fällt, wird sich im Prozess der Neuregelung zeigen.
6 Klar ist: auch hier muss eine sozial verträgliche Lösung gefunden werden. Und: Fachbezogene
7 schulische Leistungen und Noten sollten weiterhin eine Grundlage für andere Anknüpfungspunkte
8 darstellen, um die Subjektivität weiterer hinzutretender Kriterien auszugleichen. Die Berücksichtigung
9 bspw. ehrenamtlichen Engagements (evtl. im medizinischen Sektor) ist nicht immer per se
10 abzulehnen. Bei einer einseitigen Anwendung eines solchen Maßstabs ergäbe sich aber letztlich wieder
11 eine Benachteiligung solcher Anwärter*innen, denen ehrenamtliches Engagement während oder nach
12 der Schulzeit aus finanziellen oder zeitlichen Gründen nicht möglich war. Das muss verhindert werden!
13 Für uns heißt eine „Vielfalt der möglichen Anknüpfungspunkte“ auch eine Berücksichtigung individuell-
14 sozialer Faktoren der Bewerber*innen.

15 **„Zentrale und Standardisierte Kriterien“! – Wider dem Exzellenzstreben einzelner Hochschulen**

16 Darüber hinaus formuliert das Bundesverfassungsgericht die Forderung an den Gesetzgeber, dass
17 dieser die wesentlichen Fragen der Vergabe zentral selbst regelt. Wobei den Universitäten letzte
18 Spielräume bei der Konkretisierung überlassen werden sollen.

19 Hier fordern wir von der Gesetzgebung, dass man Regelungen findet, die für alle Hochschulen
20 umsetzbar sind. Das Bundesverfassungsgericht sieht eine Wurzel der Ungleichbehandlung der
21 Bewerber*innen unter anderem in der Unterschieden der Hochschulreife von Bundesland zu
22 Bundesland. Natürlich ist dies als ein Resultat des Bildungsföderalismus' nicht zu bestreiten. Wir
23 lehnen es jedoch ab, dass diesem Problem nur dadurch Rechnung getragen wird, dass im
24 Vergabesystem Abschlüsse aus unterschiedlichen Bundesländern unterschiedlich viel wert sein sollen!
25 Der einzig richtige Weg, gegen diese Ungleichheiten vorzugehen, ist eine bundesweite Angleichung
26 der Bildungssysteme!

27

28 Die Auswahl über Kriterien außerhalb der Abiturnote muss zudem transparent, standardisiert und
29 strukturiert geschehen, um allen Bewerber*innen an allen Standorten Rechtssicherheit und gleiche
30 Chancen zu gewähren.

1 Laut Urteil schlägt sich eine bleibende „Konkretisierungsbefugnis der Hochschulen insbesondere in den
2 Ausgestaltungsmöglichkeiten hochschuleigener Eignungsprüfungen nieder“.
3 Wir fordern enge Grenzen für diesen Spielraum! Er darf nicht zum Einfallstor eines bleibenden
4 Egoismus und Exzellenzstreben einiger weniger Hochschulen werden. Teure Auswahltests oder
5 subjektive Bewerbungsgespräche würden eine neue Ungleichbehandlung der Bewerber*innen
6 aufgrund sozioökonomischer Faktoren bedeuten. Bei allen hochschuleigenen Eignungsprüfungen ist
7 sicherzustellen, dass Chancengleichheit gewahrt wird. Es dürfen keine Kosten entstehen und auch ggf.
8 anfallende Anfahrtskosten müssen ersetzt werden.

9 Es ist unerlässlich, dass sich die Konkretisierung der Auswahlkriterien durch die Hochschulen in den
10 Grenzen bewegt, die die Wahrung der Berufs- und Ausbildungsfreiheit und des allgemeinen
11 Gleichbehandlungsgrundsatzes setzt. Darüber hinaus fordern wir eine neue Solidarität der
12 Hochschulen untereinander, die sich auch in der Angleichung und Abstimmung der Auswahlkriterien
13 widerspiegeln muss.

14 **Wartezeiten begrenzen!**

15 Das Bundesverfassungsgericht einigte sich überdies auf eine grundsätzliche Verfassungsmäßigkeit der
16 Wartezeitquote. Allerdings darf diese Quote 20% in Zukunft nicht mehr übersteigen und die Zeit muss
17 in ihrer Dauer begrenzt sein (lt. BVerfG max. 4 Jahre). Hier braucht es insbesondere eine radikale
18 Reduzierung der Dauer durch die Gesetzgebung. Es kann nicht weiterhin angehen, dass
19 Anwärter*innen teilweise länger auf einen Studienplatz warten, als ein Medizinstudium selbst in der
20 Regel dauern würde. Auch die Wartezeiten bergen letztlich nämlich das Risiko der sozialen Selektivität:
21 wem es an finanzieller Unterstützung fehlt, wer Kinder hat oder Angehörige pflegt und wer bsplw.
22 fürchten muss, aufgrund der Altersbegrenzung im Studium nicht mehr BAföG-berechtigt zu sein,
23 der*die kann es sich oftmals nicht erlauben, eine unverhältnismäßig lange Zeit auf einen
24 Medizinstudienplatz zu warten. Wir fordern eine restriktive Anwendung der Wartezeitenregelungen.
25 Bei der Anwendung müssen sich Bund, Länder und Hochschulen zu einer angemessenen und sozial-
26 vertretbaren Bemessung der Wartezeiten verpflichten. Die Setzung eines Limits, wie das BVerfG sie
27 anregt, darf nicht dazu führen, dass Bewerber*innen, die dieses Limit erreichen, automatisch aus dem
28 Vergabesystem ausscheiden. Vielmehr soll es eine Verpflichtung darstellen, von extensiven
29 Wartezeiten von vorneherein abzusehen.

30 **Woher kommt eigentlich das Problem? – Studienplätze ausbauen!**

31 Zuletzt kamen auf 62.000 Bewerber*innen nur 11.000 Medizin-Studienplätze. Das Niveau der
32 Studienplatz-Anzahl stagniert seit Jahren. Dass die extrem aufwändige Auswahl nun zentral neu

1 geregelt werden soll, ist in weiten Teilen zu begrüßen. Klar ist angesichts dieser immensen Zahlen aber
2 auch: Um wirklich mehr Chancengleichheit und mehr Freiheit in der Wahl einer Ausbildung zu schaffen,
3 müssen auf lange Sicht mehr Studienplätze geschaffen werden.

4 Dazu ist eine Verbesserung der Grundfinanzierung der Hochschulen das A und O. Diese Finanzierung
5 ist nur möglich, wenn die Hochschulpaktmittel auch über 2020 hinaus verstetigt werden.
6 Bei Investitionen, die fließen, muss gleichzeitig sichergestellt werden, dass diese zweckgebunden der
7 Schaffung neuer Studienplätze und der Verbesserung des Betreuungsverhältnisses zugutekommen.

8 Wenn die Zulassungskriterien zentral angeglichen werden, wird es auch wichtig, die
9 Studienbedingungen so gut es geht anzupassen. Die Hochschulen könnten von dieser Anpassung
10 profitieren. Eine Angleichung der Lehrstunden im Medizinstudium bundesweit auf 9
11 Semesterwochenstunden könnte ihnen beispielweise eine stärkere Kooperation mit mehr
12 Krankenhäusern ermöglichen, wodurch letztlich neue Lehrkapazitäten entstünden.

13 **Die Gestaltung des Reformprozesses**

14 Auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts bleiben einige Fragen ungeklärt und die Suche
15 nach einem gerechteren und ausgewogeneren Vergabesystem im Medizin-Studium wird eine
16 Herausforderung für alle Beteiligten darstellen. Wir fordern, dass in diesen Findungsprozess diverse
17 Expert*innen und Akteur*innen, wie zum Beispiel die *Bundesvertretung der Medizinstudierenden in*
18 *Deutschland (bvmd e.V.)*, eingebunden werden. Der Prozess muss transparent und inklusiv gestaltet
19 werden und insbesondere die Lebensrealitäten der Bewerber*innen und Studierenden
20 berücksichtigen.

A7 Wehret den Anfängen! – Antisemitismus-Beauftragte*r für die Bundesregierung

1 Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft

2 Antisemitismus auf Berlins Straßen

3 Im August 2017 war die deutsche Presse in Aufruhe. Das Simon-Wiesenthal-Zentrum als international
4 tätige, politische Nicht-Regierungsorganisation erwog den Regierenden Bürgermeister Berlins,
5 Michael Müller, auf seine Antisemitismus-Liste der zehn schlimmsten antisemitischen Vorfällen des
6 Jahres zu setzen. Eine Liste auf der zuvor Männer wie Thilo Sarrazin, Jakob Augstein oder Recep Tayyip
7 Erdoğan standen.

8 Die jüdische Gemeinde Berlins erklärte umgehend, dass Müller nicht auf die Liste des Wiesenthal-
9 Zentrums gehöre. Dennoch hat Berlin und damit auch der Regierende Bürgermeister der Stadt ein
10 Problem mit Antisemitismus. Jährlich findet in der Bundeshauptstadt die „Al-Quds-Demo“ statt. Diese
11 Demonstration über den Kurfürstendamm wird unter Auflagen von der Berliner Polizei genehmigt. Es
12 dürfen so zwar keine Fahnen der terroristischen Hisbollah gezeigt oder Parolen wie „Tod Israel“ und
13 „Tod den Juden“ gerufen werden, jedoch wird laut dem Jüdischen Forum für Demokratie (JFDA) auf
14 der Demonstration alljährlich Hass gegen Jüd*innen und den Staat Israel verbreitet.

15 Auch die Ankündigung des US-Präsidenten Donald Trump, den Kongress-Beschluss von 1995
16 umzusetzen und die Botschaft der USA in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen und somit de
17 facto Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, sorgte für Demonstrationen in Berlin. Fahnen
18 mit dem Davidstern wurden verbrannt und Parolen wie „Kindermörder Israel“ oder „Tod den Juden“
19 waren aus der Masse vor dem Brandenburger Tor zu hören. Solche antisemitischen Hass-
20 Demonstrationen von vor allem arabischstämmigen Jugendlichen laufen unter dem Deckmantel „Anti-
21 Israel-Demo“ und werden von einem Teil des gesellschaftlichen Diskurses als Akt des demokratischen
22 Protestes akzeptiert.

23 Antisemitismus in deutschen Parlamenten

24 Doch Antisemitismus ist keineswegs ausschließlich ein Problem von Menschen arabischen
25 Hintergrunds in der Bundesrepublik! Mit der AfD sitzt seit dem September 2017 eine Partei im
26 Bundestag, die zu ihren Mitgliedern offene Antisemit*innen zählt. „Wir stehen als AfD an der Seite der
27 jüdischen Gemeinde Deutschland“ hieß es im April in einem Post der AfD als Reaktion auf
28 antisemitische Attacken auf einen 14-jährigen jüdischen Schüler in Berlin durch arabisch- und
29 türkischstämmige Mitschüler*innen. Diese Solidaritätsbekundung kann man aber eher als Angriff auf
30 die Mitschüler*innen bezeichnen. In der Regel sehen Äußerungen von AfD Funktionär*innen eher aus

1 wie die von Stefan Müller, Geschäftsführer der AfD Landtagsfraktion Thüringen, der den Holocaust
2 relativierte, indem er sie mit der Bombardierung Dresdens verglich, wie es auch immer wieder auf
3 Demonstrationen von PEGIDA zu hören ist. Nicht nur diese Gemeinsamkeit verdeutlicht die geistige
4 Verwandtschaft von AfD und PEGIDA. Auch Björn Höcke forderte in seiner „Dresdener Rede“ eine 180
5 Grad Wende in der Erinnerungskultur und bezeichnete das Holocaust-Mahnmal in Berlin als „Denkmal
6 der Schande“. Diese Liste antisemitischer Ausfällen lässt sich bis zum Parteivorsitz Alexander Gauland
7 fortführen, der forderte, dass man auf die Leistungen deutscher Soldaten, in den von Deutschland
8 angezettelten zwei Weltkriegen, stolz sein solle. Also Leistungen die z.B. das Massaker von Babyn Jar
9 einschließen, dem mehr als 33.000 Jüd*innen zum Opfer fielen.

10 **Linker Antisemitismus**

11 Dass Antisemitismus ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, beweist die BDS-Kampagne, die das
12 ganze politische Spektrum im Hass auf Jüd*innen und Israel vereint. Gerade „linke“ Organisationen
13 sind in der BDS-Kampagne an vorderster Stelle aktiv. Auf der Homepage der BDS-Kampagne ist zu
14 lesen: „Inspiriert vom Kampf der Südafrikaner*innen gegen die Apartheid ruft die palästinensische
15 Zivilgesellschaft zu Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen Israel auf, bis dieses
16 internationalem Recht und den universellen Prinzipien der Menschenrechte nachkommt.“ Der Boykott
17 ist aufzuschlüsseln in einen akademischen Boykott, bei dem israelische Wissenschaftler*innen von
18 Konferenzen ausgeschlossen werden oder sogar Anstellungen an Hochschulen durch den öffentlichen
19 Druck von BDS verlieren, in einen kulturellen Boykott, bei dem israelische Künstler*innen und deren
20 Kunst boykottiert werden, und einen Boykott der Verbraucher*innen. Dazu schreiben die
21 Verantwortlichen der Kampagne: „Im Rahmen des Verbraucher-Boykotts wird dazu aufgerufen,
22 Produkte und Dienstleistungen von Firmen und Personen zu boykottieren, die von der Besatzung,
23 Kolonisierung und den Apartheidstrukturen in Israel / Palästina profitieren.“ Alle drei Formen des
24 Boykotts erinnern sehr an die Praktiken, die zwischen 1933 und 1945 in Deutschland herrschten, wo
25 ebenfalls jüdische Wissenschaftler*innen aus dem Staatsdienst und von akademischen Diskursen
26 ausgeschlossen wurden, sowie jüdische Kunst als entartet verboten wurde. Ein Boykott von
27 Geschäften jüdischer Inhaber*innen mündete in dem Ausspruch „Kauft nicht bei Juden!“.
28 Ähnlichkeiten zur jetzigen BDS-Kampagne lassen sich nicht leugnen.

29 **Antisemitismus jetzt bekämpfen!**

30 Alle drei Beispiele von aktuellem Antisemitismus zeigen: Antisemitismus in Deutschland zeigt sich
31 wieder offen und ist dabei keinesfalls ein Problem der politischen Rechten, sondern ein allgemeines
32 gesellschaftliches Problem. Vieles, was über 70 Jahre nach Auschwitz geschieht, zeigt, dass der Kampf
33 gegen Antisemitismus in Deutschland zum Teil ein ziemlich verlogener Kampf ist. Während auf der

1 einen Seite die Erinnerungskultur als politische Verantwortung hochgehalten wird, werden auf der
2 anderen Seite Vergleiche der israelischen Politik mit derjenigen des nationalsozialistischen
3 Deutschlands angestellt. Dies ist ein Zustand, der unter keinen Umständen hinnehmbar ist. Hier gilt es
4 zügig zu handeln und dem allgegenwärtigen Antisemitismus entgegenzutreten. Erste Schritte in diese
5 Richtung werden nun gegangen. In Rheinland-Pfalz setzte Ministerpräsidentin Malu Dreyer Mitte
6 Dezember mit Dieter Burgard einen Antisemitismus-Beauftragten ein – den ersten seiner Art in
7 Deutschland. Die Landesregierung setzt somit ein deutliches Zeichen, dass der Kampf gegen
8 Antisemitismus für sie eine hohe Bedeutung hat.

9 Antisemitismus endet jedoch nicht an den Landesgrenzen von Rheinland-Pfalz, sondern ist wie schon
10 ausgeführt ein Problem der gesamten BRD. Auch die Bundesregierung muss den Kampf gegen
11 Antisemitismus endlich mit Entschlossenheit führen.

12 **Daher fordern wir eine*n Antisemitismus-Beauftragte*n für die Bundesregierung.**

13 Durch die Schaffung einer solchen Institution würde die Bundesregierung den Willen zeigen, sich dem
14 Problem Antisemitismus anzunehmen und ihn zu bekämpfen. „Wehret den Anfängen!“ darf keine
15 hohle Floskel bleiben!

16 Der*die Beauftragte*r muss dabei in enger Abstimmung mit der jüdischen Gemeinde in Deutschland
17 und dem Zentralrat der Jüd*innen gefunden werden. Deutsche Behörden haben leider zu häufig
18 bewiesen, dass sie Antisemitismus relativieren und ihn als legitime politische Meinungsäußerung
19 werten und nur die konkrete Umsetzung in Form einer Straftat als illegitim betrachten, wie es z.B. bei
20 einem Brandanschlag auf eine Synagoge in Wuppertal geschehen ist. Dieser Anschlag wurde als Kritik
21 an der Außenpolitik Israels gewertet und nicht als Anschlag auf jüdisches Leben und Glauben in
22 Deutschland. An dieser Stelle muss die strukturelle Komponente der Straftat in Form eines
23 geschlossenen antisemitistischen Weltbildes erkannt und in Form der Bestrafung als antisemitische
24 und damit politische Straftat Rechnung getragen werden. Antisemitismus, egal ob klar erkennbar oder
25 versteckt in sekundärem Antisemitismus muss klar benannt werden und dies können die Betroffenen
26 am besten. Auch bei der Verständigung zwischen den Religionen sollte der*die Beauftragte*r
27 weitgehende Kompetenzen erhalten, um Vorurteile zwischen den Religionen zu bekämpfen und um
28 bei Konflikten als staatliche Institution schlichten zu können. Für diese Bemühungen und um
29 Bildungsarbeit an Schulen, Hochschulen etc. durchführen zu können, ist es von Nöten, dass der Kampf
30 gegen Antisemitismus finanziell und personell ausreichend ausgestattet wird. Nur so kann es geschafft
31 werden, dass nicht nur von staatlicher Seite auf Antisemitismus hingewiesen wird, sondern dieser
32 anschließend auch durch Bildungsarbeit bekämpft wird. Auch die Schaffung einer einheitlichen
33 Definition für Antisemitismus wäre eine wichtige Aufgabe, die in enger Abstimmung mit der jüdischen

- 1 Gemeinde und dem Parlament entstehen muss, um der Justiz eine klare Handreichung bei der
- 2 Bewertung von Antisemitismus mitzugeben.
- 3 Antisemitismus ist ein Problem der ganzen Gesellschaft. Über 70 Jahre nach der Befreiung der Welt
- 4 vom deutschen Faschismus zeigt der Antisemitismus immer häufiger seine hässliche Fratze und
- 5 bedroht somit jüdisches Leben auch in Deutschland. Eine Entwicklung die wir als Jungsozialist*innen
- 6 keinesfalls hinnehmen dürfen. Daher braucht es eine institutionelle Bekämpfung von Antisemitismus.
- 7 Ein*e Beauftragte*r der Bundesregierung ist dafür ein wichtiger und längst überfälliger Schritt!

A8 Antrag zur Positionierung der Jusos Münster bezüglich der Menschenrechtsverletzungen in Myanmar

1 Die Rohingya sind eine Gruppe sunnitischer Muslime, die teilweise schon seit Jahrzehnten im heutigen
2 Myanmar leben. Und obwohl dem so ist, verweigert Ihnen die burmesische Regierung seit jeher die
3 Staatsbürgerschaft. Die Rohingya sind damit staatenlos und somit besonders anfällig für immer
4 wiederkehrende Repressalien und Verfolgungen, die oftmals auch staatlich initiiert sind. Die Vereinten
5 Nationen sprechen im Zusammenhang mit dieser Bevölkerungsgruppe von der stärksten verfolgten
6 ethnischen Gruppierung weltweit. Ihnen bleiben auch bestimmte Grundrechte verwährt, wie etwa der
7 Zugang zu höherer Bildung oder zu medizinischer Versorgung. Teilweise dürfen sie ihren Wohnort nur
8 mit Genehmigung verlassen. Man muss kein*e Juristin*in sein, um zu erkennen, dass diese
9 Einschränkungen massive Verstöße gegen die Menschenrechte darstellen. Seit der Unabhängigkeit
10 Myanmars von der britischen Kolonialherrschaft kam es immer wieder zu Ausschreitungen gegen
11 Muslim*innen.

12 Die internationale Gesellschaft nimmt jedoch erst seit 2015 Anteil an dem Leid der Rohingya, als sich
13 mehrere tausend Geflüchtete in Booten nach Indonesien oder Malaysia retteten, um den
14 Ausschreitungen gegen sie zu entgehen.

15 Im August diesen Jahres eskalierte die Gewalt erneut: Am 25. August griffen Mitglieder der “Rohingya
16 Salvation Army” – eine Rebellengruppe zur Befreiung der Rohingya gegen die burmesische Regierung
17 Myanmar – einen Polizei- und Militärstützpunkt in Rakhine an. Die burmesische Regierung entsendete
18 draufhin Truppen nach Rakhine. Die Vereinten Nationen sprechen im Zusammenhang mit diesem
19 Vorgehen inzwischen von ethnischen Säuberungen und Völkermord. Es ist auch von
20 Massenvergewaltigungen und brutalen Morden die Rede. Laut Ärzte ohne Grenzen kamen im ersten
21 Monat der jüngsten Ausschreitungen gegen die Rohingya um die 6900 Menschen ums Leben. Circa
22 500.000 Menschen flohen in das benachbarte Bangladesh und leben seitdem unter unhaltbaren
23 Zuständen in Lagern für Geflüchtete.

24 Seit Ende November besteht nun eine Einigung zwischen der Regierung von Myanmar und Bangladesh:
25 Demnach sollen die geflüchteten Rohingya nach Myanmar zurückkehren dürfen. Viele weigern sich
26 jedoch verständlicherweise aus Angst vor weiteren Verfolgungen und Repressalien.

27 Bereits im September 2017 forderte der Grünen-Politiker Volker Beck, Deutschland solle den
28 diplomatischen Druck auf die burmesische Regierung erhöhen. Auch sei Deutschland laut ihm dazu

1 verpflichtet, ein Kontingent an geflüchteten Rohingya aufzunehmen, um Bangladesh zu entlasten.
2 Zudem forderten weitere Politiker*innen der Grünen einen Stopp von Textillieferungen aus Myanmar
3 nach Deutschland. Man kann sicher darüber streiten, ob die Boykottierung von Textillieferungen der
4 richtige Weg ist, um die Situation zu verbessern. Fest steht jedoch, dass sich deutsche Politiker*innen
5 klarer gegen die offensichtlichen Menschenrechtsverletzungen positionieren sollten. Eine
6 Finanzspritze für die Flüchtlingslager, wie von Sigmar Gabriel versprochen, reicht auf alle Fälle nicht
7 aus. Dies würde nur die Symptome eines weitaus tieferliegenden Problems lösen, nämlich die
8 jahrzentelange und systematischen Unterdrückung einer Volksgruppe, getragen durch die burmesische
9 Regierung.

10 Ziel der Jusos als internationalistischer Verband sollte es sein, den Rohingya volle Solidarität
11 zukommen zu lassen. Wir müssen uns entschieden dafür einsetzen, dass auch unsere Parteispitze die
12 jüngsten Ausschreitungen zum Anlass nimmt, um die jahrzehntelange Unterdrückung dieser
13 ethnischen Volksgruppe zu verurteilen und zu fordern, die Rohingya bei ihrer Forderung nach einer
14 Staatsbürgerschaft und dem Ende von Diskriminierung und Verfolgung zu unterstützen. Wir als Partei
15 sollten uns dafür einsetzen, dass den Rohingya von der burmesischen Regierung umfassender
16 Menschenrechtsschutz gewährt wird.

A9 Der Kampf gegen HIV im 21. Jahrhundert

1 Aids-Erkrankungen und HIV-Infektionen sind zwar in den Industrienationen nicht mehr ein Todesurteil,
2 wie noch zu Beginn der 1990er-Jahre. HIV-Positive erleben aber auch heute noch Ausgrenzung und
3 Diskriminierung. Dabei ist HIV in Deutschland weit verbreitet. Ende 2015 lebten ca. 84.700 Menschen
4 mit HIV in Deutschland. Nach Hochrechnungen der Deutschen Aids-Hilfe sind ca. 12.000 weitere
5 Menschen unwissentlich HIV-positiv. Ungefähr 3.200 Menschen infizierten sich im Jahre 2015 neu. Das
6 muss nicht sein!

7 PrEP – eine neue Hoffnung

8 Denn im langjährigen Kampf gegen HIV ist Forscher*innen mit der PrEP ein bahnbrechender Fortschritt
9 gelungen. PrEP ist die Abkürzung für Präexpositionsprophylaxe, also in anderen Worten die Vorsorge
10 vor einem Risikokontakt. Bei einer PrEP nehmen HIV-negative Menschen vorbeugend ein Medikament
11 ein, um sich vor einer Ansteckung mit HIV zu schützen. Dieses Medikament ist ein
12 Kombinationspräparat, welches sich je nach Hersteller*in aus unterschiedlichen Komponenten
13 zusammensetzen kann, am Ende aber immer auf die gleiche Weise wirkt. Der enthaltene Wirkstoff
14 verhindert, dass sich das HI-Virus in den Zellen der Schleimhaut vermehren kann. Obwohl bei einem
15 Risikokontakt einzelne Körperzellen mit HIV infiziert werden, bleibt die Viruslast so gering, dass man
16 weiterhin HIV-negativ ist.

17 Amerikanische Studien aus dem Jahre 2015 belegten die Senkung des HIV-Übertragungsrisikos um
18 86%. Der Erfolg der PrEP hängt dabei mit der Regelmäßigkeit der Einnahme des Medikaments
19 zusammen. In der Regel wird die Einnahme einer Tablette pro Tag empfohlen. Befolgt man dies, ist die
20 PrEP beinahe so wirksam wie Kondome, die das Ansteckungsrisiko um 95% senken.

21 Die PrEP ist dabei als ein zusätzliches Element in der Prävention anzusehen, da sie nur vor HIV, nicht
22 aber vor anderen sexuell übertragbaren Infektionen schützt, anders als z.B. Kondome. Die PrEP bietet
23 aber vor allem jenen Menschen Schutz vor HIV, für die Kondome aus verschiedenen Gründen keine
24 praktikable Möglichkeit darstellen.

25 Knackpunkt: Kosten

26 In Europa ist die PrEP seit 2016 als präventive Maßnahme zugelassen. Die Tabletten sind
27 verschreibungspflichtig. Allerdings übernehmen die Krankenkassen die Kosten nicht, da eine Krankheit
28 eben noch nicht vorliegt. Deshalb müssen Verbraucher*innen die Medikamente selber zahlen. Je nach
29 Hersteller*in und der Zusammensetzung des Präparats liegen die Kosten zwischen 70 und 800 Euro im
30 Monat. Damit liegen die Kosten immer noch deutlich unter den durchschnittlichen Behandlungskosten
31 von HIV-Positiven, deren antiretrovirale Therapie (ART) im Durchschnitt ca. 1.700 Euro pro Monat

1 kostet. Ein Apothekenverband bietet seit Oktober 2017 eine PrEP sogar schon für 50 Euro pro Monat
2 an. Diese Apotheken liegen aber fast ausnahmslos in westdeutschen Großstädten.

3 Die große Preisspanne deutet an, dass die Produktion verhältnismäßig günstig möglich ist. Allerdings
4 sind einige der enthaltenen Wirkstoffe von einzelnen Pharmaunternehmen patentiert, weshalb die
5 Verwendung besonders teuer ist. Bei dem bekanntesten PrEP-Medikament Truvada gilt das Patent z.B.
6 noch bis 2025. Wäre das Medikament bereits heute zu einem günstigeren Preis verfügbar, könnten
7 schon jetzt mehr Menschen behandelt werden. Die Deutsche Aids-Hilfe geht davon aus, dass durch die
8 PrEP in Deutschland bis zum Jahre 2030 rund 9.000 Neuinfektionen verhindert werden können, sofern
9 alle Menschen kostenfreien Zugang dazu hätten, auch weil die Verhinderung jeder einzelnen
10 Neuinfektion – wie in einem Schneeballsystem – weitere Menschen schützt.

11 Insbesondere ärmere Menschen greifen angesichts der Kosten auf ausländische Generika zurück, die
12 im Internet für einen Bruchteil dieser Summe angeboten werden. Allerdings ist dort die Qualität der
13 Medikamente nicht garantiert. Zudem fehlt bei einer Bestellung über das Internet die ärztliche
14 Beratung. Dadurch kann eine Therapie in Eigenregie eine HIV-Infektion schlimmstenfalls sogar
15 begünstigen.

16 **Exkurs: Patente in der Humanmedizin**

17 In der Medizin gelten Patente für Wirkstoffe in der Regel 20 Jahre ab der Anmeldung. In dieser Zeit
18 darf der*die Patentinhaber*in den Wirkstoff allein vermarkten, um so den finanziellen
19 Forschungsausgaben wieder einnehmen zu können.

20 Ohne den Patentschutz würde sich Forschung für Pharmaunternehmen nicht lohnen, da zu befürchten
21 ist, dass andere Unternehmen den Wirkstoff einfach „nachbauen“ würden. Da diese nachgebauten
22 Medikamente, auch Generika genannt, keine Forschungskosten einspielen müssen, können sie
23 wesentlich günstiger angeboten werden, wodurch die forschenden Pharmaunternehmen
24 benachteiligt würden. An dieser Stelle sei außerdem angemerkt, dass es hierbei nur um einen extrem
25 geringen Forschungsanteil der Pharmaunternehmen geht, welcher zur Grundlagenforschung und
26 damit zur Innovation neuer Medikamente führt. Leider führt heute ein Großteil der durch
27 Pharmakonzerne finanzierte Forschung nur zu einer Modifikation bereits vorhandener Wirkstoffe,
28 welche unter dem Deckmantel der Neuzulassung im Rahmen des Patentrechts zur
29 Gewinnmaximierung der Pharmakonzerne führen. Das Patentrecht hierzu gebrauchen weicht unserer
30 Meinung nach stark von seinem eigentlichen Ziel ab.

31 In der Patentschrift muss zudem das neu gefundene Wissen, das Forschungsergebnis, detailliert
32 bezeichnet werden. Patentschriften werden anschließend öffentlich gemacht und stehen anderen
33 Menschen und Forscher*innen offen. Insoweit leisten Patente im bestehenden System notwendige

1 Anreize zu Forschungsunternehmungen. Gleichzeitig zeigt sich deutlich, was es bedeutet, wenn
2 Forschung in privaten Unternehmen geleitet von Gewinnabsichten stattfindet und auch die
3 Erkenntnisse privatisiert werden. Gerade auch vor dem Hintergrund, dass sich nicht alle medizinische
4 Forschung wirtschaftlich lohnt, braucht es aus jungsozialistischer Perspektive unbedingt auch eine
5 Entwicklung hin zu mehr öffentlich finanzierter Forschung im medizinischen Bereich, deren Ergebnisse
6 kostenlos allen zur Verfügung gestellt werden statt einzig profitorientierter privater Forschung.

7 Problematisch ist jedoch die lange Exklusivität der Patentrechte. Auch wenn zwischen
8 Patentanmeldung und Marktreife im Durchschnitt mindestens 5 Jahre vergehen, bleiben den
9 Pharmaunternehmen ca. 15 Jahre, in denen sie das Patent alleine nutzen bzw. lizensieren dürfen.

10 Ziel der Weiterentwicklung des Patentrechts sollte es sein, einen anderen Anreiz für Forschung zu
11 schaffen, damit die Amortisierung der Forschungskosten nicht länger alleine über den
12 Medikamentenpreis erfolgt.

13 Ein weiterer Ansatz, um die Auswirkungen auf die Verbraucher*innen zu verringern, wäre es, die
14 Pharmaunternehmen bereits bei der Patentanmeldung zu verpflichten, das spätere Medikament
15 maximal zum z.B. Fünffachen der tatsächlich anfallenden Herstellungskosten zu verkaufen. In jedem
16 Fall muss die Gewinnspanne angemessen ausgestaltet werden. Wenn die PrEP-Medikamente 50 Euro
17 in der Herstellung kosten, aber für 800 Euro verkauft werden, ist das nicht mehr angemessen.

18 **HIV in Entwicklungs- und Schwellenländern**

19 Im Kampf gegen HIV ist die Situation in Entwicklungs- und Schwellenländern noch wesentlich
20 dramatischer. Allein in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara leben 26 Millionen HIV-Positive.
21 Die Zahl der Neuinfektionen lag in 2014 bei 1,4 Millionen. AIDS ist in einigen Ländern zur häufigsten
22 Todesursache geworden, noch vor Tuberkulose und Malaria. Zwar hat die UN den sog. „Medicine
23 Patent Pool“ ins Leben gerufen, der durch Verhandlungen mit Pharmakonzernen medizinische Patente
24 vergünstigt lizensiert, wodurch für diese Länder eine vergünstigte Produktion der PrEP-Medikamente
25 möglich ist. Dennoch kostet die Behandlung ca. 70 Euro pro Jahr.

26 Diese Kosten werden meist nicht von den Staaten getragen. Für die überwiegend arme Bevölkerung
27 ist jedoch schon ein HIV-Test kaum zu bezahlen, geschweige denn eine vorsorgende oder behandelnde
28 Therapie. Durch die Nichtbehandlung erhöht sich wiederum die Infektionsgefahr für die Mitmenschen.
29 Ein Teufelskreis, der eine dauerhafte Einnistung des HI-Virus in den jeweiligen Gesellschaften zur
30 Folge hat.

31 Weitere Probleme in Subsahara-Afrika, die eine Verbreitung von HIV begünstigen, sind z.B. die
32 ablehnende Haltung der Kirche zu Kondomen, die weit verbreitete Ausübung polygyner Verhältnisse,

1 sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Armutprostitution. Die hohen HIV-Prävalenzraten von teils
2 über 20% stellen einen der Faktoren dar, die für eine deutlich kürzere Lebenserwartung von Menschen
3 in vielen afrikanischen Ländern sorgen.

4 **HIV – von der „Schwulenpest“ zur Seuche der Armen?**

5 Der landläufigen Auffassung, HIV sei eine „Schwulenpest“, wie der Spiegel 1983 titelte, ist
6 entgegenzuhalten, dass in Deutschland gut 1/3 der Neuinfektionen durch heterosexuellen
7 Geschlechtsverkehr entstehen. In Afrika wird HIV häufig ebenso falsch als „Krankheit der Mütter“
8 angesehen, da viele Frauen* durch sexualisierte Gewalt das Virus bekommen haben und dies – bei der
9 Geburt oder durch das Stillen - an ihre Kinder weitergeben. HIV droht aber nun tatsächlich, global zu
10 einer Krankheit der finanziell Schwächeren zu werden, wenn die effektive Schutzmöglichkeit der PrEP
11 oder die Behandlung der Erkrankten durch eine ART wie bislang vom Geldbeutel abhängt.

12 Eine der Zielvorgaben der UNO für nachhaltige Entwicklung (auch „Sustainable Development Goals“
13 oder SDGs) lautet, HIV-Neuansteckungen bis zum Jahre 2030 vollständig zum Stillstand zu bringen. Das
14 ist nur möglich, wenn der Kampf gegen HIV und AIDS international geführt wird. Kein Land der Welt
15 kann das Wegsterben von einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung bei gleichzeitiger Zunahme der
16 Ausgaben für Kranke und Waisen aus eigener Kraft bewältigen.

17 Seitens der Industrieländer ist eine intensivere Solidarität erforderlich, sowohl beim Auf- und Ausbau
18 einer gut ausgebauten medizinischen Grundversorgung insbesondere in ländlichen Regionen ärmerer
19 Länder als auch durch die Beteiligung an einer Subventionierung der HIV-Medikamente. Zudem muss
20 die internationale Staatengemeinschaft zusammenstehen und die Pharmakonzerne zu günstigeren
21 Medikamenten zwingen.

22 Deshalb fordern wir:

- 23 1.) Die Krankenkassen werden verpflichtet, die Kosten für die PrEP vollständig zu übernehmen.
- 24 2.) Entwicklungs- und Schwellenländer sollen stärker als bisher dabei unterstützt werden, HIV-
25 Medikamente zu günstigen Preisen zu erhalten, unabhängig davon, ob diese für die Prävention
26 oder die Therapie erforderlich sind.
- 27 3.) Günstige Medikamente sind der Schlüssel im Kampf gegen Aids. Wir wollen eine grundlegende
28 Erneuerung des deutschen und europäischen Patentrechts, welches eine kostengünstigere
29 Bereitstellung neuer Medikamente ermöglicht und sich nicht am Profitinteresse der einzelnen
30 Pharmaunternehmen orientiert, sondern die Gesunderhaltung aller Menschen zum Ziel hat.

A10 SPD MS erneuern! – Klare Forderungen für eine organisatorische Erneuerung der Münsteraner SPD

1 Eine tatsächliche Erneuerung der Gesamtpartei kommt nicht ohne die Erneuerung vor Ort aus. Wer es
2 mit diesem Anliegen ernst meint, darf sich nicht mit Reformvorschlägen für die Landes- und
3 Bundespartei zufriedengeben. Die zurückliegenden Wahlkämpfe haben auch uns als Unterbezirk
4 unsere Mängel und Defizite klar vor Augen geführt. Das ernüchternde Fazit lautet: **Wir sind in der**
5 **Breite der Partei in Münster nicht mehr kampagnenfähig.**

6 Diese Einsicht soll das Engagement vieler Mitglieder vor Ort nicht kleinreden oder schmälern. Viele von
7 uns haben Stunde um Stunde Zeit in die beiden Wahlkämpfe investiert, waren mit Herzblut dabei, um
8 für eine gerechtere Gesellschaft zu kämpfen. Wir haben tausende von Plakaten aufgehängt, haben ein
9 Vielfaches mehr an Flyern unter die Leute gebracht, waren morgens vor den Werktoeren und nachts
10 noch im Kneipenwahlkampf unterwegs. Auf dieses Engagement können wir stolz sein. In der Breite der
11 Partei aber ist es uns nicht gelungen, selbiges zu zeigen.

12 Gerade im Hinblick auf die Europawahl 2019 sowie die Kommunalwahl 2020 stehen wir angesichts
13 dieser Einsicht vor einer existenziellen Herausforderung, wenn wir den Gestaltungsanspruch als
14 Volkspartei weiterhin aufrechterhalten wollen. Wir müssen die Fehleranalyse der vergangenen
15 Wahlkämpfe zum Anlass nehmen, um auch die SPD Münster grundlegend zu erneuern. Diese
16 Erneuerung muss vor allem in vier Bereichen vollzogen werden.

17 **I. Struktur**

18 Um die Struktur der Partei vor Ort als ihr Arbeitsrahmen steht es nicht gut. Das betrifft die Ortsvereine,
19 die AGs, den Unterbezirksausschuss wie den Unterbezirksvorstand.

20 Dem Ortsverein als unserer maßgeblichen Organisationsform kommt eine große Verantwortung zu. Er
21 ist die erste Anlaufstelle für Neumitglieder, zentraler Ort für inhaltliche Debatten, Motor der
22 Kommunalpolitik und Ansprechpartner oder auch Kümmerer für die Bürger*innen in Münster. Unter
23 den 18 Ortsvereinen, die sich der Unterbezirk auf dem Papier leistet, findet sich eine große Zahl solcher
24 Ovs, die diesen zahlreichen Aufgaben hervorragend gerecht werden. Es findet sich aber auch eine
25 signifikante Zahl von Ortsvereinen, in denen zwei, drei Genoss*innen darum kämpfen, dass das Licht
26 vor Ort nicht ausgeht und die insofern der weiteren eigentlichen Aufgaben gar nicht gerecht werden
27 können. Und schließlich haben wir Ortsvereinsstrukturen, die vollständig brachliegen und wo wir als
28 SPD Münster überhaupt nicht mehr vertreten sind. Letzteres ist ein unhaltbarer Zustand gerade im
29 Hinblick auf die Kommunalwahl. Ob es uns gelingen wird, in der nächsten Legislatur eine Mehrheit im
30 Rat zu bilden, wird wahrscheinlich von ein bis zwei Mandaten abhängen. Diese so wichtigen Mandate
31 erringen wir nicht aus brachliegenden OV-Strukturen heraus oder kurz gesagt: Für Erfolg oder

1 Misserfolg bei der anstehenden Kommunalwahl ist die Tatsache maßgeblich, ob wir ehemalige OV-
2 Strukturen wieder reaktivieren können oder nicht!

3 Daraus leiten wir folgende Forderung ab:

- 4 - Der Unterbezirksvorstand und der Unterbezirksausschuss werden damit beauftragt, ein
5 **Konzept** zu erstellen, wie brachliegende **Ortsvereinsstrukturen reaktiviert** werden und wie
6 die Ortsvereine, die sich diesem Zustand nähern, **unterstützt werden können**, um wieder
7 tatkräftige Arbeit leisten zu können. Dabei geht es explizit nicht darum, dass der UBV die
8 Ortsvereine kontrolliert oder deren Geschäfte führt. Vielmehr muss dort, wo zurzeit keine
9 Arbeit möglich ist, zunächst wieder ein **Arbeitsrahmen** geschaffen werden, in dem Mitglieder
10 vor Ort tätig sein können. Hilfe kann hier vor allem der Unterbezirksausschuss als Gremium, in
11 dem die vielen aktiven Ortsvereine vertreten sind, leisten. Aber auch der Unterbezirksvorstand
12 könnte eine Person benennen, die als **zentrale*r Ansprechpartner*in** fungiert, um basale
13 Aufbauhilfe zu leisten (Wie lädt man zu Sitzungen ein?; Welche Formalia sind zu beachten
14 etc.). Darüber hinaus erscheint es gewinnbringend, dort, wo man inaktive Strukturen
15 vorfindet, gezielt Mitglieder anzusprechen, die Arbeit und Verantwortung übernehmen
16 wollen, wie es teilweise im Wahlkampf der Fall war. Diese dann in die Lage zu versetzen, die
17 Strukturen wiederzubeleben, soll die Aufgabe von Unterbezirksvorstand und
18 Unterbezirksausschuss sein.
- 19 - Ganz grundsätzlich gilt es, folgende Grundregeln in der OV-Arbeit zu beachten:
20 Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass zu den Ortsvereinsitzungen alle Mitglieder
21 rechtzeitig, d.h. mit einer **Frist von 14 Tagen**, eingeladen werden. Dieser Einladung muss mit
22 einer **Tagesordnung** verbunden sein, der die anliegenden Themen der Sitzung zu entnehmen
23 sind. Neben der vielen organisatorischen Dinge, die im Ortsverein zu erledigen sind, darf auch
24 die **inhaltliche Arbeit** nicht zu kurz kommen. Vielmehr muss diese **im Vordergrund der**
25 **Sitzungen stehen**. Die Sitzungen selbst müssen so gestaltet sein, dass sich alle und vor allem
26 auch neue Mitglieder gleichberechtigt einbringen können. Zu diesem Zweck sind **quotierte**
27 **Redelisten** zu führen. Aus demselben Grund müssen OV-Sitzungen in **neutralen Räumen**
28 stattfinden, in denen sich alle wohlfühlen und nicht in privaten Wohnungen. Und schließlich
29 tragen all jene, die seit Jahren Ämter innehaben, eine besondere Verantwortung für die
30 **personelle Neuaufstellung**. Die dazu notwendige **Neumitgliederarbeit** sollte daher Aufgabe
31 einer zugeordneten Person sein.

32 Doch mit einer Reaktivierung von Ortsvereinsstrukturen allein kann uns eine tatsächliche Erneuerung
33 der Münsteraner SPD nicht gelingen. Es gilt, weiteren Problemen ins Auge zu sehen. Da ist zunächst
34 die gefühlte oder tatsächliche Distanz zwischen der OV- und der Unterbezirksebene zu benennen, die

1 manchmal so groß wirkt, wie die Distanz zwischen dem Willy-Brandt-Haus und den Unterbezirken.
2 Sichtbar war diese besonders in den Wahlkämpfen, in denen einerseits Ideen vonseiten des
3 Unterbezirks in den OV's nicht umgesetzt wurden und in denen andererseits die Unterbezirksebene
4 manchmal nicht über die Wahlkampfaktivitäten der Ortsvereine vor Ort informiert war, sodass
5 beispielsweise einige Bürger*innen in den Genuss eines doppelten Tür-zu-Tür-Wahlkampfes kamen.

6 Betrachten wir die Arbeitsgemeinschaften der SPD Münster, stellen wir fest, dass dort gute Arbeit
7 geleistet wird innerhalb des Rahmens der AG. Die Vernetzung untereinander sowie den Transfer der
8 dort geführten Debatten in die Gesamtpartei gilt es jedoch zu verbessern. Als herausragende Mahnung
9 für diese mangelnde Vernetzung kann man den Unterbezirksausschuss ansehen, der aufgrund
10 mangelnder Beteiligung der OV's und AG's ein Schattendasein fristet, während er auf dem Papier
11 wichtige Aufgaben zu erfüllen hätte.

12 Schließlich muss auch der Unterbezirksvorstand selbst seine Arbeit kritisch hinterfragen. In seiner
13 jetzigen Form – mit 18 stimmberechtigten Mitgliedern plus weitere kooptierte – gelingt es ihm
14 offensichtlich nicht, Verantwortung gerecht und/oder verbindlich zu verteilen. Während Teile des
15 UBVs sich genauso wie viele andere Mitglieder mit Herzblut im Wahlkampf engagiert haben, halten es
16 manch andere Mitglieder noch nicht einmal für nötig regelmäßig an den Sitzungen des Gremiums
17 teilzunehmen, in dem sie eine Funktion bekleiden.

18 Angesichts dieser teils schwerwiegenden Zustände halten wir folgende Forderungen für geboten:

19 - Ein **Engagement im Unterbezirksvorstand muss mit dem Anspruch verbunden werden, dort**
20 **tatsächlich auch aktiv sein zu wollen.** Gremienarbeit setzt Anwesenheit und aktive Mitarbeit
21 sowie die Bereitschaft, das Gremium, für das man stellvertretend steht, auch zu
22 repräsentieren, voraus.

23 Dass diese basalen Prinzipien innerparteilicher Solidarität nochmal so festgeschrieben werden
24 müssen, ist vorsichtig ausgedrückt bemerkenswert. Es kann jedenfalls nicht angehen, dass
25 viele, viele ‚Basis-Mitglieder‘, darunter zahlreiche Jusos, sich im Wahlkampf Tag für Tag
26 engagieren, während es für gewählte UBV-Mitglieder eine zu große Herausforderung ist,
27 regelmäßig an Sitzungen teilzunehmen. Solche Zustände müssen der Vergangenheit
28 angehören.

29 - Um die Arbeitsfähigkeit und die Verbindlichkeit innerhalb des Unterbezirksvorstands zu
30 erhöhen, soll **die Anzahl der Beisitzer*innen auf Sechs reduziert** werden.

31 - Außerdem fordern wir, dass die Mitglieder des Unterbezirksvorstands einen **besseren Einblick**
32 **in die Arbeit des geschäftsführenden Unterbezirksvorstands** bekommen. Zu diesem Zweck

1 sind Protokolle der Sitzungen des geschäftsführenden Unterbezirksvorstandes anzufertigen
2 und an die Mitglieder des gesamten UBVs zu verschicken.

- 3 - Seit Jahren scheitert der Versuch, den Unterbezirksausschuss wieder als arbeitsfähiges
4 Gremium zu etablieren. Weil ein wirkliches **Forum des Austauschs und der Vernetzung der**
5 **Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften** jedoch sinnvoll wäre, wird der Unterbezirksvorstand
6 damit beauftragt, mindestens einmal im Jahr **eine Konferenz der Vorsitzenden der**
7 **Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften** zu organisieren. Diese soll sowohl dem Austausch
8 und der Vernetzung aber auch z.B. der Organisation gemeinsamer Veranstaltungen dienen.
- 9 - Weil wir es ernst meinen mit der Erneuerung der Partei und den damit verbundenen Rufen,
10 dass die Partei jünger werden muss, wollen wir an der bisher ohnehin gängigen und äußerst
11 erfolgreichen Praxis im Unterbezirk Münster festhalten, dass die Jusos mit mindestens einer
12 **Person als stellvertretende*r Parteivorsitzende*r im Unterbezirk dauerhaft vertreten sind.**

14 II. Beteiligung

15 Eine aktive und attraktive Partei ist eine, der es gelingt, alle Mitglieder mitzunehmen und die
16 **Potentiale**, die diese mit in die Partei bringen, **solidarisch zu nutzen**. Der **Neumitgliederarbeit** kommt
17 dabei eine wichtige Aufgabe zu, denn wenn wir es schaffen, neue Genoss*innen direkt zu Beginn für
18 ein Engagement in der Partei zu motivieren, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie auch aktive
19 Genoss*innen bleiben.

20 Darüber hinaus müssen wir uns aber auch Gedanken bezüglich der Mitglieder machen, die zurzeit nicht
21 aktiv sind, obwohl sie dies eigentlich gern sein würden. Wir müssen unsere **bisherigen Angebote und**
22 **Strukturen dahingehend überprüfen, ob sie allen eine attraktive Beteiligungsmöglichkeit bieten.**

23 Eine der grundlegendsten aber zugleich gefragtesten Beteiligungsmöglichkeiten ist die **politische**
24 **Diskussion**. Wer in eine Partei eintritt, hat eigene Überzeugungen, über die er*sie sich mit anderen
25 austauschen möchte. Unser Unterbezirk muss also ein zentraler Ort der Debatte sein, der die
26 Parteimitglieder zusammenführt und ihnen die Möglichkeit zur lebhaften Diskussion gibt. Wie groß
27 das Bedürfnis nach solchen Räumen ist, haben zuletzt das offene Mitgliederforum sowie die Foren
28 Aktuelles gezeigt. Auf diesem Weg müssen wir weitere Schritte tun.

29 Daher fordern wir:

- 30 - Um die zahlreichen Potentiale und die vielfältigen Expertisen, die in unserer Partei
31 schlummern, solidarisch zu nutzen, fordern wir eine **Referent*innen-Datenbank**. Zur
32 Einrichtung einer solchen sollen die Mitglieder des Unterbezirks zunächst befragt werden, zu
33 welchem Themenbereich sie einen fundierten Input geben können und würden. Auf der

1 Grundlage dieser Befragung wird sodann eine nach Themen sortierte Datenbank möglicher
2 Referent*innen erstellt, die von Ortsvereinen oder AGs genutzt werden kann, falls sie zu einem
3 spezifischen Thema einen entsprechend kompetenten Input wünschen.

4 - Die Neumitgliederarbeit des Unterbezirks muss in der Form weiter intensiviert werden, wie
5 wir es im letzten Jahr erlebt haben. Neben **regelmäßigen Neumitgliederseminaren**, die den
6 Genoss*innen den Einstieg in die Parteiarbeit erleichtern, schwebt uns eine entsprechende
7 Nachbereitung – sozusagen ein **Neumitgliedermonitoring** – dieser vor, die erfasst, ob es uns
8 als Unterbezirk gelungen ist, die neuen Genoss*innen in aktive Strukturen zu integrieren. Dies
9 könnte zum Beispiel in Form einer anonymisierten Evaluation erfolgen.

10 - Bildungsangebote dürfen sich aber nicht nur auf Neumitglieder beschränken. Tatsächlich
11 sehen wir es ebenso als Aufgabe der*des Bildungsbeauftragten an, **Formate der Qualifikation**
12 **auch für langjährige Mitglieder ebenso wie für angehende Funktionär*innen** zu entwickeln
13 und anzubieten. In diesen Formaten soll es beispielsweise um methodische Kompetenzen, soft
14 skills aber auch inhaltliche Grundlagen der Arbeit innerhalb der SPD gehen.

15 - Die bestehenden Strukturen wollen wir dahingehend überprüfen, ob sie auch ein Engagement
16 von Menschen ermöglichen, die zum Beispiel beruflich oder familiär sehr eingespannt sind.
17 Um dies zu gewährleisten, gilt es, zum einen die **Sitzungszeiten entsprechend anzupassen**.
18 Zum anderen wollen wir eine Mitarbeit, die nicht eine ständige physische Präsenz voraussetzt,
19 dadurch erleichtern, dass **die Protokolle der Gremiensitzungen den Mitgliedern des**
20 **jeweiligen Gremiums zugänglich gemacht werden**.

21 - Damit unsere Partei noch stärker als bisher zu einem echten Ort der Debatten wird, wird der
22 Unterbezirksvorstand damit beauftragt, ergänzend zum Forum Aktuelles in **regelmäßigen**
23 **Abständen** – mindestens aber einmal im Quartal – **eine parteiöffentliche**
24 **Diskussionsveranstaltung** zu organisieren. Diese Aufgabe könnte beispielsweise von den
25 thematisch beauftragten Vorstandsmitgliedern oder aber direkt in Kooperation mit den AGs
26 der Partei in Angriff genommen werden.

27 Darüber hinaus müssen wir aber auch wieder **gesamtöffentliche Diskussionen** mit den
28 Bürger*innen dieser Stadt führen, um als **maßgeblicher Ideengeber der Stadtöffentlichkeit**
29 wahrgenommen zu werden.

31 III. Transparenz

32 Um unsere Arbeit zu verbessern, müssen wir zunächst alle wissen, was die jeweils anderen eigentlich
33 machen. Insofern spielt Transparenz bei der Erneuerung der Partei eine wichtige Rolle. Sie tut dies
34 aber nicht nur innerparteilich, auch nach außen sollten wir selbstbewusst unsere zahlreichen
35 Aktivitäten darstellen. Die SPD Münster ist trotz der hier beschriebenen Defizite eine unheimlich

1 vielfältig aktive Partei und wir sollten dafür sorgen, dass die Bürger*innen wissen, an wie vielen Stellen
2 wir dafür kämpfen, ihr Leben zu verbessern.

3 Um für Transparenz nach innen und nach außen zu sorgen, fordern wir daher:

- 4 - Der Unterbezirksvorstand wird damit beauftragt, einen **parteiöffentlichen, online**
5 **zugänglichen Terminkalender** zur Verfügung zu stellen, in dem sich sämtliche Termine des
6 UBs, also seiner AGs, OVs und aller weiterer Gremien, wiederfinden. So sollen
7 **Terminkollisionen**, die es Parteimitgliedern nicht möglich machen, verschiedene Termine
8 wahrzunehmen, **verhindert werden**. Die Termine werden von den jeweiligen Vorsitzenden der
9 Gremien gemeldet oder falls möglich selbst in den Kalender eingetragen. Die Verwaltung wie
10 auch die Erstellung könnte beispielsweise von der neu gegründeten Digitalwerkstatt
11 übernommen werden.
- 12 - Dieser neu eingeführte Terminkalender macht die Einladungen zu Sitzungen natürlich nicht
13 überflüssig. Damit diese auch tatsächlich alle Mitglieder erreichen, sollen die Einladungen zu
14 Sitzungen sämtlicher Gremien (OVs, UBA, UBV etc.) wo möglich über die **offiziellen von der**
15 **Partei zur Verfügung gestellten E-Mail-Verteiler** erfolgen. Privat geführte und teils veraltete
16 Verteiler müssen der Vergangenheit angehören.
- 17 - Damit alle Mitglieder stets auf dem aktuellen Stand sind, soll **die Partei regelmäßig –**
18 **mindestens aber einmal im Quartal – z.B. in Form eines Newsletters über die Aktivitäten auf**
19 **den unterschiedlichen Ebenen (Rat, Land, Bund, UBV, OV, ggf. AGs) berichten**. Was z.B. im
20 Rat passiert, soll auch die überwältigende Mehrheit der Mitglieder, die nicht der Ratsfraktion
21 angehören oder zu UBV-Sitzungen kommen, erfahren können. Diese **innerparteiliche**
22 **Darstellung soll natürlich entsprechend adressiert auch in der Außendarstellung** in Form von
23 Pressemitteilungen, Facebook-Posts etc. erfolgen.
- 24 - Zur Darstellung unserer wichtigsten Aktivitäten, dem Beschließen von Inhalten auf
25 Parteitag, sollen sämtliche **Beschlussbücher der letzten Jahre sowie alle zukünftigen auf**
26 **der Homepage verfügbar gemacht werden**.
- 27 - Und schließlich ist es auch eine Frage der Transparenz, dass **Stellen**, die der Unterbezirk selbst
28 oder Abgeordnete des Unterbezirks vergeben, **mindestens parteiöffentlich ausgeschrieben**
29 **werden müssen**. Personelle Hinterzimmerentscheidungen sind für uns nicht vereinbar mit
30 einer Partei, die einen fairen Umgang untereinander pflegt.

31

32 **IV. Echte Gleichstellung leben**

33 Was wir seit Jahren fordern, die echte Gleichstellung alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht,
34 wollen wir auch in unserer eigenen Partei endlich tatsächlich umsetzen. Wir haben bereits

1 unterschiedliche Maßnahmen, wie eine Quotierung der Wahlliste für die kommunale Ebene in
2 Münster oder die Quotierung der Redeliste bei parteiöffentlichen Veranstaltungen des Unterbezirks
3 umgesetzt. Trotzdem sind auch in Münster im Rahmen der Eintrittswellen in den ersten Monaten
4 dieses Jahres und nach der Bundestagswahl jeweils deutlich mehr Männer* als Frauen* in die Partei
5 eingetreten. Und auch unter den in unseren Parteistrukturen aktiven Mitgliedern finden sich oft
6 weniger Frauen*.

7 Auch bei uns sind Strukturen nicht frei von Sexismus und Diskriminierungen. Um das zu ändern,
8 brauchen wir einen Kulturwandel. Bewusstsein für die eigenen stereotypen Denkweisen und die
9 Bereitschaft Privilegien abzugeben oder sich an die Regeln zu halten, die wir uns selbst geben, halten
10 wir bereits für wichtig Schritte in Richtung einer Kultur des achtsamen Umgangs miteinander. Den Ruf
11 nach einer „starken charismatischen, führenden Parteispitze“, die uns erzählt, wo es langgeht,
12 erachten wir hingegen als nicht notwendig. Insbesondere mit Blick auf die Neumitglieder des
13 vergangenen Jahres scheint es dringend notwendig, das Image der Partei der „alten weißen Männer“
14 abzulegen und durch einen respektvollen und diskriminierungsfreien Umgang zu ersetzen.

15 Das bedeutet für uns konkret:

- 16 - Wir wollen alle Mitglieder und alle Ebenen unserer Partei **für feministische Aspekte und**
17 **Gleichstellung sensibilisieren.**
- 18 - Innerhalb unserer Strukturen brauchen wir **Anlaufstellen bzw. Ansprechpersonen für**
19 **Sexismus- und Diskriminierungserfahrungen** und permanente **Awarenessarbeit.**
- 20 - Die **konsequente Umsetzung und Einhaltung von quotierten Redelisten in allen**
21 **parteiöffentlichen Sitzungen**, sodass eine Umgehung der Quotierung durch Umgehung der
22 Redeliste verhindert wird.
- 23 - Durch eine **formalisierte Sitzungsgestaltung** sollen mehr Menschen an Sitzungen teilhaben
24 und sich dort einbringen können.
- 25 - Die **Unterstützung einer geschlechtergerechten** Sprache insbesondere durch
26 Sitzungsleitungen in allen Gliederungen und den Unterbezirksvorstand.
- 27 - Alle durch den Unterbezirk und seine Gliederungen umgesetzte Kampagnen oder in die
28 Öffentlichkeit getragene Diskussionen werden in **Zukunft immer auch unter dem Aspekt der**
29 **Gleichstellung bzw. aus einer feministischen Perspektive betrachtet.**
- 30 - Alle durch den Unterbezirk und seine Gliederungen veranstalteten **Podiumsdiskussionen**
31 **oder Moderationen bei Veranstaltungen werden quotiert besetzt.**
- 32 - Um mehr Teilhabe für Menschen in unterschiedlichen Lebenssituationen zu ermöglichen,
33 wollen wir darauf achten, **möglichst unterschiedliche zeitliche Rahmen für Veranstaltungen**

- 1 zu wählen und bei größeren Veranstaltungen ggf. eine **Kinderbetreuung** zur Verfügung
2 stellen.
- 3 - Der Unterbezirk wird gemeinsam mit der AsF und den Jusos ein **Empowerment-Programm**
4 erarbeiten und umsetzen, um Frauen* für die Ämter und Funktionen innerhalb der Partei zu
5 stärken und zu qualifizieren und darüber hinaus einen institutionalisierten Rahmen für die
6 Frauen*vernetzung schaffen.
 - 7 - Auch im Rahmen der **Neumitgliederwerbung und -betreuung sollen Frauen*** explizit
8 angesprochen und Barrieren zur Mitarbeit abgebaut werden.
 - 9 - Insbesondere weiblichen* Neumitgliedern aber auch allen anderen Frauen* in der Partei soll
10 permanent die Möglichkeit gegeben werden, im Rahmen einer **anonymisierten Evaluation**,
11 Rückmeldungen oder Anmerkungen zur Situation für Frauen* in der Partei und ihren
12 Gliederungen zu geben.
 - 13 - Die Quotierung von Vorständen halten wir für ein notwendiges Mittel, um
14 mehrgleichberechtigte Teilhabe zu erwirken und um Macht gleichberechtigter zu verteilen.
15 Daher halten wir eine **abwechselnde Besetzung von Spitzenpositionen oder -ämtern** für
16 wünschenswert.

17 **Fazit**

18 Eine tatsächliche Erneuerung der Gesamtpartei kommt nicht ohne die Erneuerung auch der
19 Münsteraner SPD aus. Dies ist ein schmerzhafter aber notwendiger Akt. Scheuen wir ihn nicht! Denn
20 wenn wir auch in den nächsten Jahren noch dazu in der Lage sein wollen, die Gesellschaft auf der
21 Grundlage unserer sozialdemokratischen Vision zu verändern, müssen wir zunächst uns ändern.
22 Venceremos, liebe Genoss*innen!

A11 Wem gehört die Stadt? – Impulse zur Kommunalwahl 2020

1 Prolog

2 Die Kommunalwahl 2020 wird zur entscheidenden Bewährungsprobe für unsere Partei – sowohl für
3 die NRWSPD als auch für die SPD Münster. Bis dahin müssen wir unter Beweis gestellt haben, dass die
4 Rufe nach Erneuerung keine Sonntagsreden waren. Wir werden uns erneuert haben müssen –
5 inhaltlich, organisatorisch **und** personell. Alle drei Aspekte gehören zusammen.

6 Man würde sich natürlich bereits für die Europawahl 2019 eine rundum erneuerte SPD wünschen. Die
7 bisherigen Vorschläge seitens der Parteiführung sind dafür allerdings nicht ausreichend. Wir dürfen es
8 uns nicht noch ein weiteres Mal erlauben, den Erneuerungsprozess im lustlosen Herumdoktern an den
9 Strukturen versanden zu lassen. Prozesse der Vergangenheit, wie „Fundament stärken“ oder die
10 versuchte Neuaufstellung nach der Landtagswahl 2005 dienen für den jetzt benötigten Prozess nicht
11 als Orientierung. Für uns ist klar: wirkliche Erneuerung muss von unten kommen. Wir werden den
12 Leitbildprozess kritisch begleiten und uns zu jederzeit einbringen und verbinden dieses Engagement
13 zugleich mit der Erwartung einer tatsächlichen inhaltlichen, organisatorischen und personellen
14 Erneuerung.

15 Kommunalwahl 2020 in Münster

16 Was die Kommunalwahl auf Münsteraner Ebene betrifft, beginnen wir nun einen Programmprozess,
17 der die Partei in ihrer Breite mitnehmen soll. Mitglieder und Fraktion sollen Hand in Hand ein
18 Programm samt Roadmap erarbeiten, sodass sich die SPD Münster geschlossen dahinter versammeln
19 kann und sich mit entsprechendem Engagement am Wahlkampf beteiligt. Wir begrüßen ausdrücklich
20 den Plan eines gestaffelten Programmprozesses, aus dem bereits auf dem Weg zu einem vollständigen
21 Programm einzelne große Projekte hervorgehen, mit denen man – vergleichbar mit der Stadtbahn-
22 Diskussion – Debatten in der Münsteraner Öffentlichkeit anstößt. Die SPD Münster muss die
23 wahrnehmbarste kommunalpolitische Ideengeberin und eine klare Alternative zum schwarz-grünen
24 Ratsbündnis des Prüfens und Abwartens sein.

25 Dies gelingt dann, wenn wir die neoliberale Erzählung widerlegen, in der Kommunalpolitik gäbe es
26 eigentlich keine großen Unterschiede zwischen den Parteien. Wozu diese entpolitisierte Haltung führt,
27 sehen wir mustergültig an der momentanen Ratsmehrheit, bei der man das Gefühl gewinnen kann,
28 nicht dem Rat, sondern der Verwaltung obliege die kommunalpolitische Gestaltungskraft. Damit geben
29 wir uns nicht zufrieden. Wir sind die Roten. Wir machen Politik. Und wir haben einen klaren
30 Gestaltungsanspruch für ein anderes Münster!

31 I. Inhaltliche Erneuerung

1 Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müssen wir dreierlei leisten: Zum ersten müssen wir die
2 Unterschiede zur schwarz-grünen Koalition des konservativen Stillstands immer wieder hervorheben.
3 Zum zweiten benötigen wir klare, linke Positionen. Und zum Dritten müssen wir den Bürger*innen
4 deutlich machen, wie wir diese umsetzen wollen.

5 Das Kommunalwahlprogramm 2014 enthielt unter diesem Gesichtspunkt viele, gute Vorschläge.
6 Gleichzeitig mutete es bisweilen wie ein Potpourri an, das nicht ausreichend deutlich machen konnte,
7 welche sozialdemokratischen Leitlinien unsere Politik bestimmten. Das kommende
8 Kommunalwahlprogramm soll inhaltlich natürlich nicht schwächer werden, zugleich soll es aber neben
9 wichtigen Einzelmaßnahmen eine greifbare Vision eines anderen Münsters samt klaren Maßnahmen,
10 wie diese zu erreichen ist, enthalten. Zu diesem Zweck wird es notwendig sein, sich von sicher
11 geglaubten Wahrheiten, wie der Unterstützung des FMO, zu verabschieden.

12 Der vorliegende Antrag soll dem skizzierten Programmprozess keineswegs vorweggreifen, sondern
13 Impulse für diesen geben.

14 **„Wem gehört die Stadt?“ – Priorität bezahlbarer Wohnraum**

15 Als wachsende Stadt vermag es Münster nicht mehr, allen Menschen, die dies möchten, bezahlbaren
16 Wohnraum in der Nähe des Zentrums bereitzustellen. Das ohnehin zu niedrig gesetzte Ziel von jährlich
17 300 neuen Wohneinheiten im geförderten Wohnungsbau verfehlt die Stadt seit Jahren teilweise
18 erheblich. Im Jahre 2014 waren es beispielsweise gerade einmal 68 geförderte Wohneinheiten. Der
19 Bestand an preisgebundenen Wohnungen in Münster sank in den letzten 15 Jahren von 14.257
20 Wohnungen im Jahre 2002 auf 9.327 Wohnungen im Jahr 2016. Diese Entwicklungen sind dramatisch.
21 Hier ist die SPD Münster gefragt, um die Frage konkret zu stellen: Wem gehört die Stadt?

22 Wir wollen ein Münster, in dem alle Menschen unabhängig von ihren finanziellen Mitteln dort wohnen
23 können, wo sie es möchten. Deshalb hat für uns der bezahlbare Wohnraum **oberste Priorität im**
24 **Kommunalwahlprogramm**. Dabei sind wir uns der nötigen Einsparungen an anderen Stellen des
25 Haushalts bewusst und zu diesen bereit. Zu lange wurde es versäumt, dieses Thema an die Spitze der
26 politischen Agenda zu setzen und wie die Diskussion um die Einführung einer Milieuschutzsatzung
27 gezeigt hat, ist die Dringlichkeit dieses Themas nach wie vor noch nicht bei allen politischen
28 Akteur*innen angekommen.

29 Die SPD Münster schlägt daher folgende Maßnahmen vor:

- 30 - **Wir fordern eine städtische Entwicklungsgesellschaft mit ausreichendem Eigenkapital**, damit
31 die Stadt selbst wieder als Akteur auf dem Wohnungsmarkt auftreten kann. Wie sehr der

- 1 Markt hier versagt hat, zeigen nicht nur die Statistiken sondern auch das unrühmliche Beispiel
2 des Metropolis-,Hochhauses‘ am Hauptbahnhof.
- 3 - Dementsprechend unterstützen wir die Forderung der Ratsfraktion nach einer **Trendwende in**
4 **der Bodenpolitik**. Die Stadt Münster muss aus dem Programm „flächensparende Kommune“
5 aussteigen und mithilfe der städtischen Entwicklungsgesellschaft selbst wieder große
6 Baugebiete erschließen.
 - 7 - Dort, wo neue Quartiere entstehen, muss auf eine vielfältige Struktur dieser geachtet werden.
8 Angemessene, verbindliche **Zielvorgaben zum Anteil von gefördertem Wohnraum** sind hier
9 Pflicht.
 - 10 - Um bestehende Vielfalt in den Quartieren zu erhalten, halten wir an unserer Forderung nach
11 **Milieuschutzsatzungen für Münster** fest. Monitoringinstrumente, wie das
12 Umwandlungskataster, reichen für uns nicht aus, weil sie keine Verdrängung verhindern.
13 Stattdessen wollen wir das Schwert der Milieuschutzsatzung schärfen, indem wir den
14 **städtischen Ankaufetat für Grundstücke erhöhen**, sodass das Vorkaufsrecht tatsächlich
15 wahrgenommen werden kann. Darüber hinaus werden wir die notwendigen **personellen**
16 **Ressourcen** bereitstellen, um die Satzungen wirksam anwenden zu können.
 - 17 - Wir erneuern in diesem Zusammenhang auch unsere Forderung, dass die Stadt kommunale
18 Grundstücke, auf denen Wohnraum entstehen kann, in Zukunft ausschließlich im Rahmen des
19 **Erbbaurechtes** vergeben soll.
 - 20 - Doch nicht nur die Stadt soll wieder wahrnehmbarer Akteur auf dem Wohnungsmarkt werden.
21 Anstelle von privaten Investor*innen, bei denen vor allem der Profit im Vordergrund steht,
22 setzen wir auf **Genossenschaften, die sich für preisgünstigen Wohnraum engagieren**. Diese
23 sollen durch Beratung und Förderung seitens der Stadt die nötige Unterstützung erhalten. In
24 diesem Zusammenhang halten wir an unserer Forderung nach einem **Fond für bezahlbares**
25 **Wohnen in Münster** fest.
 - 26 - Da die Innenentwicklung unter den jetzigen Bedingungen an ihre Grenzen stößt, wollen wir
27 **Spielräume in der Höhenentwicklung** prüfen. Einerseits darf nicht jedes dreistöckige Gebäude
28 bereits als Hochhaus angesehen werden, andererseits wollen wir das Stadtbild angemessen
29 erhalten.

30 **Die Stadt als soziale Arbeitgeberin**

31 Wenn wir davon reden, die genannte neoliberale Erzählung widerlegen zu wollen und
32 Unterschiede zum schwarz-grünen Ratsbündnis hervorzuheben, dann steht dafür beispielhaft
33 unsere Vorstellung der Stadt als soziale Arbeitgeberin. Dabei sind wir uns der Rolle unserer Partei
34 in der Vergangenheit durchaus bewusst. Viel zu lange war es kommunalpolitischer Mainstream,

1 Aufgaben der Stadtverwaltung auszugliedern. Outsourcing war allgemeine Mode, führte jedoch zu
2 Lohndumping und letztlich tatsächlich auch zu Qualitätsminderungen in den verschiedenen
3 ehemaligen kommunalen Dienstleistungen. Aufgrund dieser Entwicklungen stehen wir jetzt in der
4 Gegenwart als SPD Münster für eine Kehrtwende in dieser Frage, die wie folgt aussieht:

- 5 - Die **Stadt Münster muss ihrer Rolle als soziale Arbeitgeberin** endlich wieder gerecht werden.
6 Wir unterstützen daher die Forderung der Ratsfraktion nach einem Insourcing des gesamten
7 Facility-Managements, wobei klar sein muss, dass dies nur in sozialversicherungspflichtigen
8 und tariflich gebundenen Beschäftigungsverhältnissen bei der Stadt selbst erfolgen darf.
9 Leiharbeitskonstruktionen erteilen wir eine klare Absage.
- 10 - Aber nicht nur die Stadt Münster, sondern auch die Trägervereine, die bei der Erfüllung
11 kommunaler Aufgaben helfen, müssen faire Arbeitsbedingungen gewährleisten. Deshalb
12 wollen wir uns dafür einsetzen, dass mit den Trägervereinen vereinbart wird, **Tariferhöhungen**
13 **automatisiert an den Beschäftigten weiterzugeben**. Erforderliche Geldmittel wollen wir im
14 Haushalt der Stadt Münster bereitstellen.
- 15 - Eine **faire Bezahlung fordern wir ebenfalls für alle Busfahrer*innen** in der Stadt Münster.
16 Auch hier sind Outsourcing-Prozesse, namentlich die Ausgründung der Verkehrsservice-
17 Gesellschaft Münster (VSM) sowie die Zusammenarbeit mit Subunternehmen seitens der
18 Stadtwerke, ursächlich für ungleiche Gehälter. Anstatt wie bisher drei Tarifkategorien fordern
19 wir einen **einheitlichen Tarif für alle Busfahrer*innen in der Höhe des Spartentarifvertrags**
20 **Nahverkehr (TV-N NW)**.
- 21 - Ähnlicher Konstruktionen bedient man sich bei der Musik- sowie der Volkshochschule in Form
22 von **Honorarverträgen**. Diese zeitlich befristeten Verträge, die beispielsweise ohne
23 Sozialabgaben auskommen, dürfen **konsequent nur noch bei denjenigen Angestellten**
24 Anwendung finden, die einer **Lehrtätigkeit neben einem Vollzeitberuf** nachgehen und darf
25 nicht das vorherrschende Geschäftsmodell sein. Weitere Beispiele, etwa in Schulsekretariaten,
26 wären zu nennen.
- 27 - All diese prekären Beschäftigungsverhältnisse müssen ein Ende haben. Unser Grundsatz
28 lautet: **Gute Arbeit statt Outsourcing!** Diesem muss generell eine aktive kommunale
29 Arbeitsmarktpolitik folgen.

30 **Schlaglichter zum Thema Infrastruktur**

31 Der bereits angesprochene ÖPNV in Münster ist schon lange an seiner Belastungsgrenze angekommen
32 und kann die wachsende Zahl an Menschen in der Stadt nicht mehr angemessen befördern. Eine
33 Erhöhung des Busverkehrs scheitert schlicht am Platz auf der Straße. Wir benötigen auch in diesem
34 Bereich dringend alternative Modelle, denn für uns ist dies vor allem eine soziale Frage. Wir stehen an

1 der Seite all derer, die nicht mit einem Porsche Cayenne über den Prinzipalmarkt fahren können.
2 Insofern wollen wir auch alternative Finanzierungsmodelle des ÖPNVs diskutieren.

3 Grundsätzlich sind ÖPNV und Fahrradverkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr zu
4 priorisieren. Dies ist nicht nur eine soziale, sondern auch eine ökologische Frage. Wir wollen uns nicht
5 auf dem Titel „fahrradfreundlichste Stadt“ ausruhen, sondern sehen der Tatsache ins Auge, dass die
6 Fahrradinfrastruktur unserer Stadt aus den 90er Jahren stammt und seitdem unzureichend
7 modernisiert wurde. Während andere europäische Städte, wie beispielsweise Kopenhagen,
8 Investitionen in eine hochmoderne fahrradfreundliche Infrastruktur erfolgreich getätigt haben, wurde
9 dies in Münster versäumt. Wir packen dies an.

10 Zur Infrastruktur in Münster gehört ebenso der Flughafen Münsterland-Osnabrück, der alles andere
11 als eine Erfolgsgeschichte vorzuweisen hat und eine der genannten sicher geglaubten Wahrheiten
12 darstellt, die auf den Prüfstand gehören.

13 Zu diesen drei zentralen Punkten (ÖPNV, Fahrradverkehre und FMO) schlagen wir folgendes vor:

14 - Wir setzen uns weiterhin für die Einführung einer **Stadtbahn für Münster** ein. Dass unsere
15 Stadt die einzige Kommune mit über 300.000 Einwohner*innen ist, die ihren ÖPNV
16 ausschließlich auf den Busverkehr stützt, ist ein Zustand, mit dem wir uns nicht
17 zufriedengeben.

18 - Grundsätzlich wollen wir die Möglichkeit eines **fahrscheinlosen und kostenlosen**
19 **steuerfinanzierten ÖPNVs für Münster** diskutieren.

20 Unabhängig vom Ergebnis dieser Diskussionen und trotz der Kürzungsabsichten der schwarz-
21 gelben Landesregierung bezüglich des Sozialtickets bekennen wir uns klar zum **Erhalt und**
22 **Ausbau der ÖPNV-Ermäßigungen im Rahmen des Münster-Passes.**

23 - Wir wollen deutlich in die Fahrradinfrastruktur Münsters investieren. Dabei liegt unser
24 Augenmerk nicht nur auf **Fahrradschnellstraßen**, die aus den Außenbezirken und
25 Nachbarkommunen zügig ins Zentrum führen. Wir wollen ebenfalls prüfen, inwieweit eine
26 **Priorisierung des Fahrradverkehrs bei Ampelschaltungen** realisierbar ist. Dabei orientieren
27 wir uns an europäischen Vorbildern wie beispielsweise Kopenhagen.

28 - Wir Jusos fordern, dass beim **FMO endlich die Reißleine gezogen** wird. Die Stadt Münster soll
29 sich in Zukunft nicht mehr am FMO beteiligen und zeitnah eine **sozialverträgliche**
30 **Ausstiegsoption** entwickeln.

31 **Alternativ statt high brow – Kulturpolitik für Münster**

32 Für uns ist der Zugang zu kulturellen Angeboten ein zentraler Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe.
33 Daher steht es für uns außer Frage, dass alle Menschen unabhängig von ihrer finanziellen Situation

1 vollen Zugang zu allen Kultureinrichtungen der Stadt Münster haben sollen. Wir bekennen uns
2 gleichermaßen zu etablierten Einrichtungen, allen voran dem Theater Münster, wie auch zur Kultur
3 der alternativen und freien Szene und wollen diese Vielfalt wie folgt fördern:

- 4 - Der **Bestand des Stadttheaters** mit all seinen Sparten sowie der freien Theaterstätten
5 **Pumpenhaus und Wolfgang-Borchert-Theater** stehen für uns außer Frage.
- 6 - Neben diesen etablierten Kulturorten wollen wir aber zugleich **die freie Szene** angemessen
7 unterstützen. Dies soll zum einen über eine ausreichende finanzielle Unterstützung u.a. in
8 Form von Projektmitteln geschehen. Am Beispiel der B-side sieht man aber auch, dass andere
9 Unterstützung möglich und gefragt ist. So ist im **Rahmen des Erbbaurechts ein**
10 **Erstzugriffsrecht** für derartige kulturelle Projekte mit klarem sozialen Gestaltungsanspruch
11 denkbar, sodass diesen zunächst überhaupt einmal Flächen zur Verfügung stehen, auf denen
12 sie ihre Projekte realisieren können. Angelehnt an das **landesweite Programm „Initiative**
13 **ergreifen“** wollen wir außerdem über weitere Maßnahmen nachdenken, wie derartige
14 Projekte zwischen Sozialem und Kultur im Rahmen einer integrativen Stadtentwicklung
15 gefördert werden können.
- 16 - Unser Grundsatz ist: **Der Zugang zu kulturellen Angeboten muss immer allen Menschen**
17 **offenstehen. Elitäre Projekte, die von der Preisgestaltung der Eintrittspreise bereits nur ein**
18 **kleines, gut situiertes Publikum ansprechen, sind mit uns nicht zu machen.**

19 Wir wollen aber nicht nur eine vielfältige Kultur, sondern auch den Zugang zu selbiger für alle fördern:

- 20 - Das **Kultursemesterticket** des AStAs der Universität Münster ist ein Paradebeispiel für einen
21 solidarisch finanzierten und dadurch kostengünstigen Zugang zu zahlreichen kulturellen
22 Angeboten in Münster. Wir wollen uns für ein vergleichbares Angebot auch für Schüler*innen
23 und Auszubildende einsetzen.
- 24 - Den Plänen der schwarz-gelben Landesregierung zum Trotz ist für uns die kulturelle Teilhabe
25 zu sozialverträglichen Preisen nicht verhandelbar. Die Möglichkeiten, die der **Münster-Pass**
26 auch in dieser Frage bietet, müssen ebenfalls erhalten bleiben.

27 **Still loving Feminismus**

28 Trotz des Beitritts der Stadt Münster zur „Europäischen Charta zur Gleichstellung von Männern und
29 Frauen auf lokaler Ebene“ und trotz eines begrüßenswerten Frauen*förderplans muss die
30 gleichstellungspolitische Arbeit der Stadt weiter verbessert werden. Für uns ist Gleichstellung keine
31 Neben- sondern eine Querschnittsaufgabe, die bei allen politischen Entscheidungen berücksichtigt
32 werden muss. Dementsprechend schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- 1 - Die Stadt Münster hat als Arbeitgeberin an aller erster Stelle eine Vorbildfunktion. **Gleiche**
2 **Bezahlung von Männern* und Frauen*** muss daher eine Selbstverständlichkeit sein.
3 Weitführend muss es Aufgabe der Stadt sein, durch eine entsprechende Personalplanung und
4 -förderung für eine **gleichberechtigte Repräsentation der Geschlechter in allen Besoldungs-**
5 **bzw. Entgeltgruppen** zu sorgen. Besonders in Führungspositionen besteht hier deutlicher
6 Nachholbedarf. Dem ist einerseits durch eine **gezielte Qualifizierung von Frauen***
7 entgegenzuwirken. Andererseits ist die Stadtverwaltung in der Verantwortung, die
8 Rahmenbedingungen auch von Führungskräften so zu gestalten, dass eine **Vereinbarkeit von**
9 **Familie und Beruf** gewährleistet ist. Dies kann unter anderem durch ein entsprechend
10 ausgearbeitetes Rückkehrkonzept gewährleistet werden.
- 11 - Die Stadt ist aber nicht nur als Arbeitgeberin gefragt. Um die Vereinbarkeit von Familie und
12 Beruf zu fördern, sind **ausreichende und kostenlose Betreuungsangebote** zur Verfügung zu
13 stellen.
- 14 - Außerdem ist es zentrale Aufgabe der Stadt, Menschen vor sexualisierter Gewalt zu
15 beschützen, was zuvörderst leider Frauen* betrifft. **Beratungs- und Unterstützungsangebote**
16 müssen hier weiter ausgebaut werden. Zudem dürfen die **Münsteraner Frauen*häuser** auch
17 dann nicht zur Debatte stehen, wenn es um kommunale Einsparpotentiale geht, wie es bei
18 anderen Kommune teilweise verwerflicherweise der Fall ist.
- 19 - Sprache hat Einfluss auf gesellschaftliche Realitäten. Insofern müssen **alle Publikationen der**
20 **Stadtverwaltung geschlechtergerecht** formulieren. Das generische Maskulinum tut dies nicht.
- 21 - Gleichstellung ist außerdem auch eine Frage der Finanzen, weswegen wir für eine
22 konsequente Umsetzung des ‚**Gender-budgeting**‘ eintreten.
- 23 - Zu guter Letzt kommt Stadt Münster natürlich auch als Rahmen des politischen Engagements
24 eine Vorbildfunktion zu. Wir fordern daher, dass **alle Gremien der Stadt sowie der städtischen**
25 **Unternehmen paritätisch besetzt** werden müssen.
- 26 - Auch in den **gewählten Gremien** wollen wir uns für eine **gleichberechtigte Repräsentation**
27 einsetzen. Dies umfasst zum einen eine quotierte Ratsliste, bei der auch aussichtreiche
28 Wahlkreise gerecht verteilt sind. Aber auch die vom Rat besetzten Gremien und Ausschüsse
29 sind **paritätischer zu besetzen**. Hier müssen Mechanismen gefunden werden, um dies zu
30 gewährleisten.
- 31 Für uns bedeutet Gleichstellung aber nicht nur die Gleichstellung von Mann und Frau [sic!]. Als
32 feministischer Verband sprechen wir uns gegen jede Form der Diskriminierung von Menschen
33 aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität aus. Deshalb fordern wir:

- 1 - **ausreichende Beratungsangebote** für Menschen jenseits der binären Geschlechtseinteilung
2 seitens der Stadt und eine Sensibilisierung der Mitarbeiter*innen für dieses Thema.
3 - einen **Aktionsplan zum Thema Queerpolitik**, um Diskriminierungserfahrungen zu beenden.

4 „Das haben sich die Jugendlichen selbst aufgebaut“ – Kommunale Jugendpolitik

5 Kommunale Jugendpolitik wird gern als Randthema betrachtet und steht viel zu oft als erstes zur
6 Disposition, wenn es darum geht, Haushaltskürzungen vorzunehmen. Dem treten wir entschieden
7 entgegen, weil wir wissen, dass Investitionen in eine gute Jugendpolitik immer auch Investitionen in
8 die Zukunft und den Zusammenhalt der Gesellschaft sind.

9 Deshalb fordern wir in diesem Bereich:

- 10 - Jugendliche brauchen vor allem zunächst Raum, um sich frei entfalten zu können. Einen
11 solchen nicht-kommerziellen Raum der Begegnung von Jugendlichen mit unterschiedlichen
12 Hintergründen stellt **ein selbstverwaltetes Jugendzentrum** dar, das wir für Münster fordern.
13 Die Beispiele aus anderen Städten (siehe Haus Spilles in Düsseldorf) zeigen, dass
14 selbstverwaltete Jugendzentren eine exzellente Chance für Jugendliche sind, um
15 Eigenverantwortlichkeit, soziales Miteinander und gesellschaftliche Verantwortung zu
16 erlernen und zu praktizieren. So können diese sich selbst dazu in die Lage versetzen, ihre
17 Anliegen zu konkretisieren und später dann zu adressieren.
- 18 - Eine institutionalisierte Form, um Anliegen von Jugendlichen zu adressieren, bietet die Stadt
19 Münster mit dem **Jugendrat**, für den wir allerdings **konkrete Verbesserungen** fordern. Als
20 wichtigstes jugendpolitisches Organ ist dieses Gremium mit weiteren Kompetenzen
21 auszustatten, wenn man es ernst meint, dass Jugendliche an der Kommunalpolitik
22 partizipieren können sollen. Wir fordern daher das **Rederecht** für den Jugendrat im Rat der
23 Stadt Münster, damit Jugendliche ihre Anliegen direkt im Plenum vorbringen können. Darüber
24 hinaus soll der Jugendrat mit einem **Antragsrecht** ausgestattet werden, sodass die Anliegen
25 nicht wie bisher nur von der Verwaltung geprüft werden und dann leider oftmals versanden.
26 Darüber hinaus wollen wir diskutieren, inwieweit dem Jugendrat ähnlich wie in Düsseldorf eine
27 **Geschäftsstelle** an die Seite gestellt werden soll, um die Arbeit des Gremiums zu unterstützen.
28 So sieht für uns eine wirkliche Beteiligung Münsters Jugend aus.
- 29 - Wenn es um Jugendpolitik geht, müssen wir auch das Thema **Kinderarmut** endlich angehen.
30 Fast jedes dritte Kind in Deutschland ist betroffen. Und obwohl Münster gerne als
31 wohlhabende Stadt gesehen wird, gibt es auch hier bittere Not und Armut. Wir wollen
32 **Angebote unterstützen und ausbauen**, die sich **speziell für Kinder und Jugendliche in Armut**
33 **einsetzen** und ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen.

1 **Geflüchtete willkommen heißen – die ZAB nicht!**

2 In Münster gab es fraktionsübergreifend in den letzten Jahrzehnten einen Konsens über eine
3 humanitäre Geflüchteten-Politik, in deren Rahmen unter anderem bereits in den 90er Jahren
4 Deserteure* aus dem ehemaligen Jugoslawien freiwillig aufgenommen wurden. Noch 2009 hat sich
5 der Rat der Stadt Münster einstimmig für das Bleiberecht der damals 302 Münsteraner Roma
6 ausgesprochen und sich damit in die breite zivilgesellschaftliche Unterstützung der „Aktion 302“
7 eingereiht. Unser OB-Kandidat Jochen Köhnke erlangte für sein Konzept der dezentralen
8 Unterbringung von Geflüchteten bundesweite Aufmerksamkeit. Viele Bürger*innen engagieren sich in
9 der Geflüchtetenhilfe und/oder antifaschistischen Bündnissen und zeigen auch auf dem Stimmzettel,
10 dass sie für rassistische Parolen nicht empfänglich sind.

11 In der Diskussion um eine Zentrale Abschiebebehörde (ZAB) wurde dieser Konsens nun jedoch von
12 Seiten der CDU und maßgeblich von Oberbürgermeister Lewe persönlich aufgekündigt. An die Stelle
13 der Willkommenskultur soll eine Institution treten, die die inhumanen Abschiebungen von Menschen,
14 die in Deutschland eine neue Heimat gefunden haben, organisiert. Dem treten wir als SPD Münster
15 entschieden entgegen. Wir halten am humanitären Umgang mit geflüchteten Menschen fest und
16 fordern deshalb:

- 17 - Münster darf **kein Standort für eine zentrale Abschiebebehörde** werden. Wir sind uns als
18 Sozialdemokratie unserer Verantwortung durchaus bewusst, dass die Institution selbst in den
19 Verantwortungsbereich einer rot-grünen Landesregierung fällt. Dies entbindet die
20 Entscheidungsträger*innen vor Ort allerdings nicht von ihrer eigenen kommunalpolitischen
21 Verantwortung. Wir übernehmen diese und sprechen uns im Gegensatz zu unserer Landes-
22 und Bundespartei **generell gegen die inhumane Praxis von Abschiebungen** aus.
- 23 - Darüber hinaus wollen wir uns für eine **Verlegung der Erstaufnahmeeinrichtung** auf den
24 Konversionsflächen stark machen, sodass sozialer Wohnraum und eine humanitäre
25 Geflüchtetenpolitik nicht gegeneinander ausgespielt werden.
- 26 - Die Tatsache, dass die AfD bei der Bundestagswahl ihr schlechtestes Ergebnis im Wahlkreis
27 Münster erzielte, ist weder Glück noch Zufall, sondern Ergebnis jahrelanger antifaschistischer
28 Arbeit. Mit den Jusos Münster als Initiator*innen und Gründungsmitgliedern und der SPD
29 Münster als einer der Erstunterzeichner*innen, haben wir 2011 das antifaschistische Bündnis
30 **„Keinen Meter den Nazis“** ins Leben gerufen. Seitdem steht dieses Bündnis an der Spitze der
31 Stadtgesellschaft, wenn es um Protest gegen rechte Hetze geht. Der Erfolg seit damals liegt in
32 der geschlossenen Einigkeit über den Grundkonsens: Keinen Meter den Nazis! Dadurch ist ein
33 Klima in der Stadt entstanden, das eigentlich überall herrschen sollte: Rassismus und
34 Menschenfeindlichkeit wird thematisiert und stigmatisiert und man sieht hier keinen Grund

1 für falsches Verständnis. Wir sind stolz auf unsere Stadtgesellschaft und darauf, aktiv an
2 diesem Klima mitgewirkt zu haben. Wir begreifen es als **Auftrag, noch stärker für ein Münster**
3 **ohne Rassismus und Faschismus zu kämpfen.**

4 - Ganz grundsätzlich stehen wir weiterhin für den ehemaligen Münsteraner Konsens einer
5 **Geflüchtetenpolitik der Willkommenskultur.** Hass und Hetze treten wir entschieden entgegen
6 und bleiben solidarisch mit unseren Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern. Gemeinsam
7 haben wir es in der Vergangenheit immer wieder geschafft zehntausende Menschen auf
8 Münsters Straßen zu bringen, wenn es darum ging ein Signal gegen Rassismus und Faschismus
9 zu setzen, zuletzt beim Neujahrsempfang der AfD im Rathaus der Stadt.

10 **Fazit zur inhaltlichen Erneuerung**

11 Um nicht selbst der Gefahr eines bunten Potpourris zu erliegen, sollen diese Impulse zur inhaltlichen
12 Erneuerung als Diskussionsaufschlag genügen. Sie sollen verdeutlichen, dass es eben nicht egal ist,
13 welche Partei gerade die politische Gestaltungskraft im Rat hat, sondern dass es entscheidend darauf
14 ankommt, ob einem ein Münster für alle oder nur für wenige vorschwebt. Weitere Forderungen gilt
15 es, in dem breiten Programmprozess gemeinsam zu erarbeiten.

16 **II. Organisatorische Erneuerung**

17 Neben der hier skizzierten inhaltlichen Erneuerung stehen wir auch vor der großen Aufgabe einer
18 organisatorischen Erneuerung. Der Landtags- und der Bundestagswahlkampf haben uns in dieser Frage
19 unsere eigenen Mängel eklatant vor Augen geführt: **Wir sind als Partei in der Breite nicht mehr**
20 **kampagnenfähig.** Das betrifft die Bundespartei. Das betrifft die Landespartei. Aber das betrifft auch
21 die SPD Münster selbst. Die Gründe dafür sind vielfältig. Erstens müssen wir der Tatsache ins Auge
22 sehen, dass es Ortsvereine gibt, deren Strukturen brachliegen. Dort, wo das der Fall ist, kämpfen
23 teilweise ein, zwei Genoss*innen darum, dass das Licht im Stadtteil nicht ausgeht. Wir tragen als
24 Gesamtpartei Verantwortung dafür, dass dies kein Dauerzustand bleibt. Zweitens gibt es eine gefühlte
25 oder tatsächliche Distanz zwischen der Ortsvereins- und der Unterbezirksebene. Dies zeigte sich
26 unterem anderem daran, dass die Ideen der Zentralen Wahlkampfleitung vor Ort nicht umgesetzt
27 wurden. Es zeigte sich aber auch daran, dass die Kommunikation über die eigenen alternativen
28 Aktivitäten vor Ort an die Unterbezirksebene ausblieb, was dazu führte, dass Tür-zu-Tür-Wahlkampf in
29 Quartieren geführt wurde, die längst in den Genuss desselben gekommen waren.

30 Solche Zustände können wir uns als Partei im Hinblick auf die Kommunalwahl nicht leisten. Die Frage,
31 ob wir bei er Kommunalwahl 2020 einen Sitz mehr oder weniger haben, hängt unmittelbar mit
32 funktionierenden Strukturen vor Ort zusammen. Dort, wo wir nicht mehr wahrgenommen werden,

1 wird uns auch niemand wählen. Und deshalb sind alle gefragt, daran mitzuwirken, dass wir wieder
2 flächendeckend vor Ort vertreten sind.

3 Um dies sicherzustellen, fordern wir:

- 4 - Der Unterbezirksvorstand und der Unterbezirksausschuss werden damit beauftragt, ein
5 **Konzept** zu erstellen, wie brachliegende **Ortsvereinsstrukturen reaktiviert** werden und wie
6 die Ortsvereine, die sich diesem Zustand nähern, **unterstützt werden können**, um wieder
7 tatkräftige Arbeit leisten zu können. Dabei geht es explizit nicht darum, dass der UBV die
8 Ortsvereine kontrolliert oder deren Geschäfte führt. Vielmehr muss dort, wo zurzeit keine
9 Arbeit möglich ist, zunächst wieder ein **Arbeitsrahmen** geschaffen werden, in dem Mitglieder
10 vor Ort tätig sein können. Hilfe kann hier vor allem der Unterbezirksausschuss als Gremium, in
11 dem die vielen aktiven Ortsvereine vertreten sind, leisten. Aber auch der Unterbezirksvorstand
12 könnte eine Person benennen, die als **zentrale*r Ansprechpartner*in** fungiert, um basale
13 Aufbauhilfe zu leisten (Wie lädt man zu Sitzungen ein?; Welche Formalia sind zu beachten
14 etc.). Darüber hinaus erscheint es gewinnbringend, dort, wo man inaktive Strukturen
15 vorfindet, gezielt Mitglieder anzusprechen, die Arbeit und Verantwortung übernehmen
16 wollen, wie es teilweise im Wahlkampf der Fall war. Diese dann in die Lage zu versetzen, die
17 Strukturen wiederzubeleben, soll die Aufgabe von Unterbezirksvorstand und
18 Unterbezirksausschuss sein.

19

20 **III. Personelle Erneuerung**

21 Die inhaltliche und organisatorische Erneuerung der Partei vor Ort muss im Hinblick auf die
22 Kommunalwahl ebenso mit einer personellen Erneuerung einhergehen, was im Umkehrschluss nicht
23 heißt, dass wir mit den aktuell handelnden Ratsmitgliedern unzufrieden wären.

24 Weil wir es aber ernst meinen mit der Verjüngung der Partei, werden wir auch bei der Aufstellung der
25 Liste zur Kommunalwahl darauf achten, dass sich junge Kandidierende in einem angemessenen
26 Umfang dort wiederfinden. Dabei ist das Kriterium ‚jung‘ allein für uns noch kein Qualitätsmerkmal,
27 abgesehen von der Tatsache, dass die Ratsfraktion grundsätzlich die Gesellschaft in ihrer Breite
28 darstellen sollte. Als Partei Jugend ist es an den Jusos Münster, junge Kandidierende in den Rat zu
29 entsenden. Daher gilt weiterhin:

- 30 - Auch bei der Aufstellung der Liste zur Kommunalwahl 2020 soll **das Prinzip ‚5 unter 35‘**
31 berücksichtigt werden: mindestens 5 Kandidierende, welche von den Jusos Münster nominiert
32 werden. Das heißt nicht, dass 5 junge Kandidierende einfach irgendwo auf der Liste auftauchen
33 sollen. Tatsächlich hat ja die vergangene Kommunalwahl gezeigt, wie erfolgreich **Juso-**

1 **Kandidaturen mit eigenem Wahlkreis**, beispielsweise in Coerde, sein können. Deswegen
2 streben wir auch Juso-Kandidaturen mit eigenem Wahlkreis an und wolle diese zusätzlich
3 generell auf **aussichtsreichen Listenplätzen** aufstellen.

4 - Neben der Ratsebene, auf der uns in der letzten Legislaturperiode bereits eine sichtbare
5 Verjüngung gelungen ist, sehen wir unsere Verantwortung darüber hinaus vor allem auf der
6 **Ebene der Stadtbezirke**, wo es uns bisher nicht gelungen ist, die Anliegen junger Menschen
7 auch personell in den Bezirksvertretungen angemessen zu repräsentieren. Hier sind vor allem
8 die **Ortsvereine** gefragt, zur **personellen Erneuerung auch auf dieser Ebene** beizutragen.

9 **Gesamtfazit**

10 Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands muss sich auf allen Ebenen grundlegend erneuern, will
11 sie weiterhin als linke Volkspartei Politik machen. Dieser Tatsache tragen wir in Münster Rechnung und
12 leisten mit einer umfassenden inhaltlichen, organisatorischen sowie personellen Erneuerung unseren
13 Beitrag dazu. Die Kommunalwahl 2020 sehen wir dabei als Bewährungsprobe an. Wir werden uns bis
14 dahin erneuert haben, um wieder die prägendste kommunalpolitische Akteurin in Münster zu sein.

A12 Verkehrspolitik ist Umweltpolitik! – Für eine konsequente Bevorzugung des Schienenverkehrs

1 Igit, Verkehrspolitik!? Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Emission von Treibhausgasen
2 bis 2020 um 40 % gegenüber dem Wert von 1990 zu senken, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu
3 leisten und das Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens, die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu
4 begrenzen, nicht zu verfehlen. Dafür sind 40 % so ehrgeizig wie unzureichend. Gleichwohl wird
5 Deutschland diese Zielmarke deutlich verfehlen.
6 Während die Emissionen im Energie- und Industriesektor seit Jahren rückläufig sind, steigen sie im
7 Verkehrssektor. Dieser ist für etwa ein Fünftel der Gesamtemissionen in Deutschland verantwortlich,
8 davon fallen 95 % auf den Straßenverkehr. Alles, was einen Motor und vier Räder hat, steht in
9 Deutschland unter Artenschutz. Aber Verkehrspolitik ist Umweltpolitik.
10 Notwendig ist eine Politik, die sich für eine echte Verkehrswende einsetzt, an deren Ende ein
11 umweltfreundlicher Transportsektor steht. Doch die Politik der letzten Jahre, maßgeblich bestimmt
12 durch die CSU-Verkehrsminister Peter Ramsauer und Alexander Dobrindt, setzt, von der Öffentlichkeit
13 kaum beachtet, auf die Straße.

14 Der Schienengüterverkehr ist seit Jahren rückläufig

15 1980, vor knapp vierzig Jahren, war der Anteil von Schiene und Straße am gesamten Güterverkehr in
16 Deutschland noch fast gleich. In den letzten zwanzig Jahren hat sich das Güterverkehrsaufkommen um
17 60 % erhöht. Das wurde vor allem durch den Straßenverkehr aufgefangen: heute werden nur noch etwa
18 18 % der Güter mit dem Zug transportiert, mehr als zwei Drittel entfallen auf den LKW-Verkehr. Das
19 Transportvolumen der Bahnen ist seit 2013 rückläufig. Die Ursachen sind vielfältig, lassen sich aber
20 letztlich auf eine Fehlsteuerung durch die Politik zurückführen. Hier seien nur einige Beispiele genannt.
21 LKWs müssen in Deutschland zwar seit 2005 Maut zahlen. Das gilt aber nach wie vor nur für Fahrzeuge
22 mit einem zulässigen Gesamtgewicht von mindestens 7,5 Tonnen, Kleintransporter werden davon nicht
23 erfasst. Außerdem wird die Maut nur auf Bundesautobahnen und wenigen Bundesstraßen erhoben,
24 insbesondere also auf den meisten Landstraßen nicht. Im Jahr 2015 wurde die Maut für LKWs um 8 %
25 gesenkt.

26 Im Schienenverkehr gibt es dagegen eine umfassende „Maut“: Transportunternehmen müssen für die
27 Benutzung der Trassen eine Abgabe an den Netzbetreiber, die DB Netz AG, entrichten. Allein von 2010
28 bis 2014 ist diese Abgabe um 14 % gestiegen. Hinzu kommt die Belastung durch die EEG-Umlage, die
29 die Bahn für ihre elektrisch betriebenen Züge, anders als LKWs, zahlen muss. Die Steuerbelastung für
30 Diesel und Benzin ist hingegen seit Jahren konstant.

1 „Giga-Liner“ sind nicht das, wonach sie aussehen

2 Ende 2016 ist schließlich ein Großversuch zum Einsatz sogenannter „Giga-Liner“ (offiziell „Lang-LKWs“)
3 zu Ende gegangen. Diese Lastwagen sind bis zu sieben Meter länger und 20 Tonnen schwerer als
4 herkömmliche LKWs. Damit könne mehr auf einmal transportiert werden und letztlich das
5 Verkehrsaufkommen verringert werden, so das Argument. Tatsächlich führt die höhere
6 Transportkapazität Schätzungen zufolge zu einer Verringerung der Kosten um ca. 30 %. Dadurch wird
7 der Gütertransport mit Lastwagen noch attraktiver. Im Ergebnis werden nicht weniger Lastwagen das
8 Gleiche, sondern gleich viele oder mehr Lastwagen noch mehr transportieren. Dies geht zulasten des
9 Schienenverkehrs, der Verkehrssicherheit und des Straßennetzes. Brücken, Tunnel, Autobahnbrücken
10 müssen umgerüstet werden, Straßen wegen der überproportional höheren Belastung häufiger
11 gewartet werden. Ein aus Steuermitteln finanzierter Wettbewerbsvorteil der LKW-gestützten Logistik.
12 Trotz der Kritik von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) können „Giga-Liner“ seit dem
13 1.1.2017 regulär zugelassen werden.

14 Der Schienengüterverkehr fährt auf der Felge

15 Dem steht eine krasse Benachteiligung des Schienengüterverkehrs gegenüber. Während in der Schweiz
16 jährlich 378 € und in Großbritannien immer noch 151 € je Einwohner*in in die Schieneninfrastruktur
17 investiert werden, sind es hierzulande 64 €. Das genügt gerade, um den Status quo zu erhalten.
18 Dringend nötige Investitionen sind so nicht möglich. Die Auswirkungen zeigen sich immer wieder,
19 zuletzt auf der Rheintalbahn bei Rastatt, Teil einer der wichtigsten europäischen Verbindungsachsen.
20 Nach einem Baustellenunfall musste die Strecke dort für Monate gesperrt werden. Umleitungen
21 scheiterten an teilweise nur einspurig ausgebauten und nicht mit Oberleitungen versehenen Strecken,
22 im Westen an Inkompatibilitäten mit dem französischen Gleissystem.
23 Der Bahnverkehr ist nach wie vor Sache der Nationalstaaten, transnationale Standards finden sich
24 kaum oder sind in Deutschland nicht umgesetzt. Besonders prägnant zeigt sich das bei der Länge der
25 Güterzüge. EU-weit gilt hier ein Standard von 740 Metern, in Deutschland erreichen aber nur etwa
26 11 % aller Züge diese Länge. Die große Mehrheit kommt nicht einmal auf 600 Meter. Dabei bedeuten
27 längere Züge geringere Kosten, höhere Energieeffizienz und geringere Reibungsverluste beim
28 Grenzübertritt. Immerhin ist etwa die Hälfte des hiesigen Schienenverkehrs grenzüberschreitend, viele
29 der wichtigsten Verkehrsadern Europas verlaufen quer durch Deutschland. Grund für die geringe Länge
30 der Züge ist die unzureichende Infrastruktur. Abstell- und Überholgleise müssten ebenso verlängert
31 werden wie Umschlagbahnhöfe, Signalanlagen müssen umgesetzt werden. Insgesamt sind die

1 erforderlichen Baumaßnahmen mit Kosten von 200 bis 300 Millionen € aber überschaubar, neue Gleise
2 müssen fast nirgendwo verlegt werden. Trotzdem hat das Projekt in der Verkehrsplanung des
3 Bundesverkehrsministeriums bisher nur eine sehr niedrige Priorität.
4 Stattdessen ist die Deutsche Bahn seit 2010 verpflichtet, eine Dividende an den Bund als
5 Alleineigentümer abzuführen, 2017 waren das 600 Millionen €. Zwar wird dieser Betrag größtenteils
6 wieder in das Schienennetz investiert, gesetzlich festgeschrieben ist das aber nicht.
7 Mitte 2017 nun hat Alexander Dobrindt eingelenkt und einen „Masterplan
8 Schienengüterverkehr“ vorgelegt, der diverse Maßnahmen zur Stärkung des Schienengüterverkehrs
9 vorsieht. Der vergangene Kurs des Verkehrsministeriums und der Zeitpunkt der Veröffentlichung kurz
10 vor der Wahl lassen aber an der Ernsthaftigkeit dieses Vorhabens zweifeln. Ohne Druck der SPD wird
11 hier nichts Ernsthaftes passieren.

12 **Die Stärkung des Schienengüterverkehrs ist aktiver Klimaschutz**

13 Klimaschutz ist kein Selbstzweck. Um das Zwei-Grad-Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens
14 einzuhalten, müssen die globalen Treibhausgasemissionen bis 2020 ihren Höhepunkt erreicht haben
15 und sich anschließend jedes Jahrzehnt halbieren. Selbst dann wird der Meeresspiegel weiter steigen,
16 das Wetter sich ändern. Das trifft vor allem die ärmsten Regionen der Welt – die sich zugleich am
17 schlechtesten dagegen schützen können. Das wird Fluchtbewegungen, wie wir sie schon heute
18 wahrnehmen, deutlich verstärken. Es wird deshalb nicht reichen, den Kauf von Elektroautos mit einer
19 Prämie zu belohnen oder zweimal im Jahr ein Fahrverbot in der Innenstadt zu verhängen. Wir brauchen
20 einen echten Richtungswechsel, der sich durch alle Politikfelder zieht – allen voran die Wirtschafts- und
21 die Verkehrspolitik. Soll die Bundesregierung nach ihrem Klimaschutzziel 2020 nicht auch noch das des
22 Pariser Klimaschutzabkommens verfehlen, müssen wir jetzt handeln.

23 Die Eisenbahnen in Deutschland transportieren jährlich etwa 565 Millionen Tonnen Güter und ersetzt
24 damit etwa 77.000 voll beladene LKWs. Pro Tonne und Kilometer sparen sie im Vergleich mehr als drei
25 Viertel des Kohlenstoffdioxidausstoßes ein, bei absolut fallender Tendenz. Inzwischen fahren 90 % der
26 Züge elektrisch, 40 % des benötigten Stroms wird aus erneuerbaren Quellen gewonnen. Ein
27 klimaneutraler Transportsektor ist möglich. Was fehlt, ist der politische Wille.

28 **Deshalb fordern wir:**

29 1. Absoluten Vorrang des Schienengüterverkehrs vor dem LKW-Güterverkehr in der
30 Verkehrspolitik!

- 1 2. Eine deutliche Erhöhung der Investitionen in die Schieneninfrastruktur, um neben dem Erhalt
2 auch den Ausbau des Schienennetzes finanzieren zu können
- 3 3. Die Schaffung der Voraussetzungen für den flächendeckenden Einsatz von Güterzügen mit
4 einer Länge von mindestens 740 Metern
- 5 4. Den flächendeckend zweispurigen Ausbau und die vollständige Elektrisierung des
6 Schienennetzes
- 7 5. Die Entwicklung und Umsetzung einheitlicher europäischer Standards, technischer wie
8 sprachlicher Art, für den Bahnverkehr
- 9 6. Die Erweiterung der LKW-Maut auf alle öffentlichen Straßen
- 10 7. Das vollständige Verbot sogenannter „Lang-LKW“ oder „Giga-Liner“ in Deutschland sowie
11 Europa
- 12 8. Die Festschreibung der Reinvestitionspflicht für die Dividenden-Zahlungen der Deutschen Bahn
13 oder alternativ die Abschaffung der entsprechenden Zahlungspflicht der Bahn.
- 14 9. Eine Schaffung von Güterverkehrsachsen, in denen der Güterverkehr nicht mehr
15 Personenzügen ausweichen muss. Beispiel könnte eine „A1 auf der Schiene“ sein, da 80% aller
16 Güter aus Hamburg nach NRW über die Straße abgewickelt werden

A13 Mein Körper, meine Entscheidung, mein Recht auf Information – § 219a StGB abschaffen!

1 Am 24. November 2017 wurde die Ärztin Kristina Hänel wegen des Verstoßes gegen § 219a
2 Strafgesetzbuch vom Amtsgericht Gießen zu einer Geldstrafe von 6.000 € verurteilt. Belangt wurde
3 Hänel für einen Link auf ihrer Internetseite, nachdem sie von radikalen Abtreibungsgegner*innen
4 angezeigt wurde. *Kristinahaenel.de* heißt die Homepage ihrer Praxis, auf der man unter „Spektrum“
5 unter den angebotenen Leistungen auch auf das Wort „Schwangerschaftsabbruch“ stößt. Folgt man
6 dem dortigen Link, wird einem die Möglichkeit geboten in verschiedenen Sprachen weitere
7 Informationen zu erhalten. Auf diesem Wege bekommt man per Mail ein PDF-Dokument, in dem
8 sachlich über den Ablauf, die gesetzlichen Voraussetzungen und Risiken eines
9 Schwangerschaftsabbruchs informiert wird.

10 Den Zugang zu diesen Informationen zu ermöglichen, ist jedoch nach unserem Recht in seiner
11 derzeitigen Form strafbar.

12 § 219a StGB - Ein Relikt aus der NS-Zeit

13

14 Bei § 219a StGB handelt es sich zunächst um eine vergessene Norm der Nazi-Zeit, die in ihrer alten
15 Form als § 219 des Reichsstrafgesetzbuchs aus der Strafrechtsreform im Mai 1933 stammt. Angesichts
16 ihrer Rückschrittlichkeit und dem bevormundenden Charakter gegenüber Frauen* überrascht dies
17 jedoch kaum.

18 Die Norm verbietet es „*öffentlich [...] oder durch Verbreiten von Schriften seines Vermögensvorteils*
19 *wegen [...] 1. eigene oder fremde Dienste zur Vornahme oder Förderung eines*
20 *Schwangerschaftsabbruchs oder 2. [...] Verfahren, die zum Abbruch der Schwangerschaft geeignet*
21 *sind*“ anzubieten. Wer dem Verbot der sogenannten „*Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft*“
22 dennoch zuwiderhandelt, kann zu einer Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder zu einer Geldstrafe
23 verurteilt werden, heißt es weiter.

24 Unter „Werbung“ wurde in Hänels Fall auch subsumiert, dass unter der Auflistung ihres
25 Leistungsangebots unter anderem das Wort „Schwangerschaftsabbruch“ auftaucht. Das Recht lässt
26 hier wenig Ermessensspielraum. Auch wer lediglich allgemeine Hinweise zu
27 Schwangerschaftsabbrüchen gibt und auf Stellen verweist, wo diese vorgenommen werden können,
28 erfüllt den Tatbestand des § 219a. Des Weiteren gilt jedoch das Erfordernis des „Vermögensvorteils“,

1 welches aber in so gut wie jedem ärztlichen Fall erfüllt ist, da Ärzt*innen ein Honorar für den Eingriff
2 erhalten.

3 **Keine echte Selbstbestimmung ohne Informationen**

4 Diese absurde Rechtssituation führt dazu, dass betroffene Frauen sich außerhalb gemeinnütziger
5 Beratungsstellen wie ProFamilia, lediglich auf Internetseiten radikaler Abtreibungsgegner*innen wie
6 „abtreiber.com“ oder „Babycaust.de“ darüber informieren können, in welchen Praxen ein
7 Schwangerschaftsabbruch möglich wäre. Die Titel dieser Internetseiten lassen bereits erahnen, was
8 den*die Besucher*in dort erwartet: Keine sachlichen Informationen und Unterstützung für Frauen* in
9 Notsituationen, sondern verstörende Bilder und widerwärtige Holocaustvergleiche. Verfügbare
10 Alternativen stellen dann nur noch Listen aus dem Ausland dar.

11 Die ausufernde Formulierung des § 219a StGB statuiert letztlich ein Informationsverbot. Wie im Fall
12 Hänel erfüllen nach der herrschenden Auslegung bereits Informationen über die Durchführung eines
13 Schwangerschaftsabbruches den Tatbestand des „Anbietens“. Folglich gilt ein Verbot für Kliniken und
14 Ärzt*innen, darüber zu informieren, unter welchen Rahmenbedingungen ein
15 Schwangerschaftsabbruch erlaubt ist, welche Methoden es gibt, welche Risiken damit einhergehen
16 und dass sie überhaupt Abbrüche durchführen. § 219a StGB ignoriert das Informationsrecht von
17 Patientinnen*.

18 Wenn es Ärzt*innen verwehrt ist, online darüber zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche
19 durchführen, hebt das die Arztwahl betroffener Frauen* aus, die damit auf das Informationsangebot
20 der Beratungsstellen angewiesen sind. Diese entscheiden de facto, wohin Betroffene sich zum
21 Schwangerschaftsabbruch wenden können. Allenfalls das Durchtelefonieren bei mehreren Praxen
22 oder das Nachfragen vor Ort sind dann noch Möglichkeiten, um zu erfahren, wer Abbrüche überhaupt
23 vornimmt. Das erschwert es ihnen erheblich, eine Praxis ihres Vertrauens zu finden und bringt
24 Frauen*, die sich ohnehin in der Notlage einer ungewollten Schwangerschaft befinden, in weitere
25 belastende Rechtfertigungssituationen. Dabei muss gerade bei einem so sensiblen Thema wie diesem
26 eine freie Arztwahl garantiert werden. Wenn der Gesetzgeber sagt, dass Abtreibung straffrei ist, muss
27 er den Frauen* auch die Möglichkeit geben, sich selbst umfassend hierzu zu informieren. Alles andere
28 ist absurd und nicht hinnehmbar.

29 „My Body – my choice“ heißt, für Selbstbestimmung einzutreten. Wer aber eigenständig und
30 unabhängig über sich selbst entscheiden will, braucht den damit verbundenen Zugang zu der nötigen

1 sachlichen Grundlage. Das verhindert unser Strafgesetzbuch, so wie es jetzt verfasst ist. Die Existenz
2 des § 219a StGB widerspricht unserem jungsozialistischen Verständnis der Freiheit von Frauen* über
3 ihren eigenen Körper.

4 **Schluss mit der ungerechtfertigten Kriminalisierung der Ärzt*innen!**

5 Wie kann es aber angesichts dessen sein, dass § 219a StGB immer noch Teil unseres Rechts ist?

6 *„Der Gesetzgeber möchte nicht, dass über den Schwangerschaftsabbruch in der Öffentlichkeit*
7 *diskutiert wird, als sei es eine normale Sache“*, begründete die Vorsitzende Richterin das Urteil im Fall
8 Hänel. Ihr zufolge sei es der gesetzgeberische Wille, dass Informationen bei den Beratungsstellen
9 liegen, die Frauen vor einem Schwangerschaftsabbruch aufsuchen müssen. Die Norm soll eine
10 Kommerzialisierung des Abbruchs verhindern. Dabei ist in Deutschland streng geregelt, was ärztliche
11 Werbung in Deutschland darf. Die Norm verbietet es also, über ein straffreies medizinisches Angebot
12 zu informieren.

13 Hänel ist dabei nicht die erste Angeklagte. Der Tatbestand wird von Abtreibungsgegner*innen seit
14 Jahren gerne genutzt, um Ärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen, anzuzeigen und
15 einzuschüchtern.

16 Meisten stellen die Staatsanwaltschaften solche Fälle ein, zum Teil mit der Begründung, die Ärzt*innen
17 hätten nicht wissen können, dass der bloße Hinweis auf die ärztliche Leistung eines
18 Schwangerschaftsabbruchs schon strafbar sei und mit der Bedingung, dass die Informationen
19 umgehend entfernt werden. Ohnehin herrscht große Unsicherheit in der ärztlichen Praxis, was hier
20 verboten oder erlaubt ist. Hänel, die bereits mehrfach aufgrund der Informationen auf ihrer Website
21 angezeigt wurde, konnte einem Prozess daher nicht mehr entgehen, obwohl sie sich wiederholt
22 juristisch hat beraten lassen, wie sie den Eintrag anpassen kann. **Die Anklage von Frau Hänel ist ein**
23 **Skandal – das Urteil erst recht.**

24 Der Schwangerschaftsabbruch ist eine medizinische Dienstleistung für Frauen in einer Notlage.
25 Darüber müssen Ärztinnen und Ärzte öffentlich sachlich informieren dürfen, ohne sich der Gefahr einer
26 Strafverfolgung ausgesetzt zu sehen. Es darf nicht sein, dass Ärzt*innen, die legale
27 Schwangerschaftsabbrüche durchführen, dafür kriminalisiert werden.

28 **Wir fordern daher:**

29 - Die ersatzlose Streichung des § 219a StGB.

- 1 - Die Förderung von online verfügbaren Informationsmöglichkeiten, sodass betroffene Frauen*
2 sich im Internet darüber informieren können, welche Ärzt*innen Schwangerschaftsabbrüche
3 anbieten. Dabei ist es auch wünschenswert, dass sich hier auch allgemeine Informationen zu
4 Schwangerschaftsabbrüchen finden lassen. Diese sollten möglichst in mehreren Sprachen
5 verfügbar sein.
- 6 - Solidarität mit Kristina Hänel und allen anderen Ärzt*innen, die von der Kriminalisierung durch
7 § 219a StGB betroffen sind.
- 8 - Unsere Unterstützung und Solidarität gegenüber allen Ärzt*innen, die
9 Schwangerschaftsabbrüche anbieten und den Einschüchterungsversuchen von
10 Abtreibungsgegner*innen ausgesetzt sind.
- 11 - Abtreibungsgegner*innen die klare Kante zu zeigen, wo auch immer wir ihnen begegnen. Auf
12 der Straße, in politischen Institutionen, offline wie online.
- 13 Uns ist bewusst, dass die Diskussion um den Paragraf 219a nur einen Teil und nicht den Kern des
14 Problems trifft. Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Diskussion um die Kriminalisierung von
15 Schwangerschaftsabbrüchen – und damit um die Paragrafen 2018 und 2019 – insgesamt. Für uns Jusos
16 ist klar: Jede Frau* muss das Recht haben, frei und selbst über ihren eigenen Körper zu entscheiden.

I1 Wenn jemand fragt, wofür du stehst, dann sag Europa.

Ein jungsozialistischer Diskussionsaufschlag zur Europawahl 2019

1 Europa steht 2019 vor einer Schicksalswahl. Die verschiedenen krisenhaften Erscheinungen und
2 Entwicklungen seit 2007 – seien es die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen der anfänglichen
3 Immobilienkrise in den USA, der damit verbundene Austeritätskurs im europäischen Wirtschafts- und
4 Finanzraum, die Rückkehr des Krieges in Europa (Ukraine), der Brexit und seine Folgen oder die
5 Herausforderungen der globalen Flucht- und Migrationsbewegungen – haben das Fundament der
6 politischen Zusammenarbeit nachhaltig erodieren lassen. In vielen Staaten der Europäischen Union
7 sind in den vergangenen Jahren zudem autoritäre, rassistische, antisemitische und
8 demokratiefeindliche Bewegungen erstarkt, die den Nachkriegskonsens der schrittweisen
9 europäischen Integration in Frage stellen und eine Rückkehr des Nationalen fordern. Von Polen über
10 Ungarn bis hin nach Österreich sitzen mittlerweile die Feind*innen der europäischen Idee an den
11 Schalthebeln der Macht. In Frankreich konnte die Faschistin Marine le Pen nur noch durch einen
12 neoliberal-bürgerlichen, aber pro-europäischen Präsidentschaftskandidaten, der jenseits des
13 etablierten Parteienspektrums steht, verhindert werden. Und auch in der Bundesrepublik tragen nicht
14 nur in der sogenannten „Alternative für Deutschland“, sondern auch in der Union und der FDP
15 antieuropäische Ressentiments Früchte. Die wiederholte Einladung des ungarischen
16 Ministerpräsidenten Victor Orban zur Klausurtagung der CSU und die an Traditionen der Neuen
17 Rechten anknüpfende Forderung nach einer „konservativen Revolution“ und einem schlankeren
18 Europa stehen sinnbildlich für eine Entwicklung in Deutschland, die sich seit der letzten
19 Bundestagswahl in einer ideellen Mehrheit für nationalistisch-regressive Ideen im Deutschen
20 Bundestag widerspiegelt. In dieser Zeit braucht es eine internationalistische Linke, die Nationalismus,
21 Rassismus und Ausgrenzung den Kampf ansagt und sich allen Kräften widersetzt, die Formen der
22 gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wieder salonfähig machen wollen. Gerade von der
23 deutschen Sozialdemokratie erwarten wir Jungsozialist*innen, dass sie eine eindeutige Position
24 einnimmt und jedwede Zusammenarbeit mit antieuropäischen Kräften – inklusive der CSU –
25 ausschließt. Darüber hinaus bedarf es im kommenden Jahr eines programmatischen Prozesses, der die
26 bisherigen Bekenntnisse zu einem freien, gerechten und offenen Europa mit Leben füllt. Dabei
27 betonen wir, dass gerade die Wiederbelebung der Begeisterung junger Menschen für die europäische
28 Idee eine entscheidende Zukunftsfrage ist. Dafür bedarf es allerdings eines konkreten politischen
29 Angebots für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene und Altersgenoss*innen, die als
30 aussichtsreiche Kandidierende glaubwürdig für diese Inhalte einstehen können. Folgende Punkte sind
31 in diesem Zusammenhang für uns von zentraler Bedeutung.

1 **Demokratisches Europa verteidigen und reformieren**

2 Das Erstarken der gesellschaftlichen wie politischen Rechten in den verschiedenen Mitgliedsstaaten
3 der Europäischen Union ist ein wesentlicher Problemhintergrund für europäische Politik in der
4 Gegenwart. Bereits in den letzten Monaten konnte man beobachten, wie einzelne Regierungen
5 rechtsstaatliche Prinzipien aushebelten, Minderheitenrechte beschnitten und europäische Solidarität
6 einseitig auslegten. Angesichts dessen ist für uns klar: Für Regierungen, die uns in die erste Hälfte des
7 20. Jahrhunderts zurückkatapultieren wollen und sich dem autoritären Leitbild einer illiberalen
8 Demokratie verpflichtet fühlen, ist in Europa kein Platz. Die Europäische Union muss ihre Instrumente
9 im Kampf gegen antidemokratische Politikentwürfe stärken und die bereits vorhandenen Mittel
10 konsequent anwenden. Das wegen der umstrittenen Justizreform eingeleitete Sanktionsverfahren
11 gegen Polen ist vor diesem Hintergrund ein erster richtiger Schritt im Ringen um den Erhalt der liberal-
12 demokratischen Kultur in Europa. Darüber hinaus gilt es zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich gegen
13 den Rechtsruck in Europa wenden, zu unterstützen, statt diese zu kriminalisieren. Um selbst als
14 demokratisches Vorbild dienen zu können, muss sich die Europäische Union allerdings selbst
15 demokratisieren und erneuern. Gerade das Agieren im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise hat
16 aufgezeigt, auf welch dünnem Eis sich die politischen Akteur*innen in Europa bewegen. Wir
17 Jungsozialist*innen fordern deshalb mittelfristig einen erneuten Verfassungsgebungsprozess mit dem
18 Ziel des Umbaus der Europäischen Union hin zu einer europäisch-föderalen Republik mit einem Zwei-
19 Kammer-System. Gerade der Brexit sollte Anlass für uns sein, den bisherigen Kurs in Europa kritisch zu
20 hinterfragen und die notwendige Erweiterung der Wirtschafts- zu einer demokratischen Sozialunion
21 zu betreiben. Demokratisierung meint aber nicht nur den institutionellen Umbau, sondern auch die
22 Beteiligung der Bürger*innen an politischen Prozessen und damit den Abbau der oft kritisierten
23 Distanz der Europäischen Union von den Alltagsanliegen der in Europa lebenden Menschen.

24 **Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit**

25 Ein solches Anliegen ist unter anderem der Kampf gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa.
26 Nach wie vor sind 3,7 Millionen junge Menschen unter 25 Jahren arbeitslos. In Griechenland, dem am
27 stärksten von der Finanz- und Wirtschaftskrise gebeutelten Land, herrscht sogar eine
28 Jugendarbeitslosigkeit von 45 Prozent. Gleichzeitig sprechen sich 31 Prozent der jungen Griech*innen
29 für einen Austritt aus der Europäischen Union aus. Das Schaffen neuer Perspektiven für Jugendliche
30 und junge Erwachsene ist die zentrale Herausforderung für die europäische Politik, wenn sie
31 vermeiden möchte, eine abgehängte Generation ohne Aussichten auf ein Leben in Teilhabe zu
32 produzieren. Die europäische Jugendgarantie markiert in diesem Zusammenhang eine positive
33 Entwicklung, bei der es allerdings einiger Nachschärfungen bedarf. Es muss gewährleistet werden, dass

1 genug Mittel zur Verfügung stehen (Statt der 6,4 Milliarden Euro hätte es bis 2020 eigentlich weiterer
2 20 Milliarden Euro bedurft.) und diese von den betroffenen Staaten so in Maßnahmen umgesetzt
3 werden, dass effektiv und präventiv gegen Jugendarbeitslosigkeit vorgegangen werden kann.
4 Außerdem muss die Altersgrenze der Anspruchsberechtigten von 25 auf 30 Jahre erhöht werden. Zum
5 Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit gehört schließlich auch der Einsatz gegen Kinder- und
6 Jugendarmut. Diese liegt in Europa auf einem skandalösen Niveau. Deshalb fordern wir in Anlehnung
7 an die Jugend- eine separate Kindergarantie, von deren Mittel Programme finanziert werden sollen,
8 die jedem in Armut lebendem oder von Armut bedrohtem Kind freien Zugang zu Gesundheitsvor- und
9 fürsorge, Bildung, Betreuung, einer guten Wohnung und Ernährung zur Verfügung stellen.

10 **Investitionen statt Spardogma**

11 Europa gibt's nicht für lau. Wohin die Austeritätspolitik und Neoliberalisierung der letzten Jahre
12 geführt haben, sehen wir an der sozialen Schieflage in Europa, dem Erstarken der politischen Rechten
13 oder der Perspektivlosigkeit, mit der viele Menschen konfrontiert sind. Wir Jusos fordern an dieser
14 Stelle einen radikalen Politikwechsel, der bereits vereinzelt von sozialdemokratischen und
15 sozialistischen Parteien in Europa angestoßen wurde. Wir sind der Überzeugung, dass eine solche
16 Politik durch Investitionen soziales Wachstum anregen muss, um der wirtschaftlichen Krise und dem
17 wachsenden Elend der Menschen Einhalt gebieten zu können. Sie muss Arbeitslosigkeit und Armut
18 bekämpfen, den weiteren Kahlschlag des Sozialstaats verhindern und insbesondere der Jugend wieder
19 Perspektiven geben. Dabei wird es nicht reichen, einzelne, für sich getrennte Investitions- und
20 Wachstumsimpulse zu setzen. Vielmehr braucht es ein politisch-wirtschaftliches Programm für Europa,
21 das in seiner Größenordnung und ideellen Strahlkraft dem Marshallplan entspricht. Dessen Ziel muss
22 sein, die zunehmend einseitige Konzentration wirtschaftlicher Kraft auf wenige Wirtschaftszentren
23 (vornehmlich im Korridor zwischen London, Paris, West- und Süddeutschland und Norditalien) zu
24 überwinden und eine polyzentrische Struktur in der EU zu schaffen. Nur ein solches
25 gesamteuropäisches Projekt ist in der Lage, die auch von Sozialdemokrat*innen eingerissenen Brücken
26 wieder aufzubauen.

27 **Schule und Hochschule**

28 Eine qualitativ gute Bildung von der Kita über die Schule, die berufliche Bildung bis hin zur Hochschule
29 ist der Schlüssel dafür, dass möglichst alle Menschen gleiche Chancen haben, etwas aus ihrem Leben
30 zu machen. Wir wollen deshalb eine gemeinsame Bildungspolitik innerhalb der EU. Diese kann nur
31 durch gemeinschaftliche Programme und Initiativen in der Bildung erreicht werden. Zukünftig muss
32 die europaweite Anerkennung von erworbenen Qualifikationen eine Selbstverständlichkeit sein.

1 Bisherige Erfolgsprojekte wie der europäische Freiwilligendienst und Austauschprogramme wie
2 Erasmus+ wollen wir finanziell stärken und so auch für Auszubildende öffnen. Wir sind davon
3 überzeugt, dass es ein gemeinsames europäisches Verständnis nur mit einer gemeinsamen
4 europäischen Erinnerungskultur gegeben kann. Nationale Geschichtsschreibung muss zunehmend
5 durch eine gesamteuropäische ersetzt werden. Außerdem ist Europa immer in einem globalen
6 Kontext, gleichberechtigt mit anderen internationalen Akteur*innen zu denken.

7 **Betriebliche Mitbestimmung in Europa**

8 Mit der Grenzüberschreitung der wirtschaftlichen Tätigkeit dürfen auch die Rechte von
9 Arbeitnehmer*innen nicht länger an den Grenzen der Mitgliedsstaaten Halt machen.
10 Mitbestimmungsstandards in europäischen Unternehmen und bei internationalen
11 Unternehmensaktivitäten wollen wir ausbauen und die europäische Betriebsrichtlinie verbessern. Das
12 geht nur im Dialog mit Gewerkschaften. Auch die digitalen Umbrüche und die Zukunft der Arbeit
13 können nur durch Gewerkschaften und Sozialdemokratie im Gleichschritt bekräftigt werden. Für uns gilt
14 deshalb: Auch in der Europäischen Union müssen Kapital und Arbeit sich auf Augenhöhe begegnen.

15 **Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

16 Wir wollen mit einer sozialdemokratisch geprägten gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und
17 Verteidigungspolitik den Grundstein für eine verlässliche Sicherheitsarchitektur in Europa und darüber
18 hinaus legen, um einen gemeinsamen Raum der Freiheit und des Rechts zu schaffen. Ein wichtiger
19 Schritt auf diesem Weg ist die Verstärkung der Zusammenarbeit im militärischen Bereich auf dem Weg
20 zu einer gemeinsamen europäischen Armee. Dabei stehen wir als Europäer*innen zu unseren
21 internationalen Verpflichtungen und fordern die stärkere Einbindung der EU als Institution in die NATO
22 und die Vereinten Nationen. Rüstungsexporte wollen wir nur an demokratische und rechtsstaatliche
23 Drittstaaten zulassen. Insgesamt zielen wir auf eine Begrenzung der Rüstungsexporte, was uns nicht
24 daran hindert, unseren internationalen Verpflichtungen zu entsprechen. Gleichzeitig setzen wir
25 nachdrücklich auf die Vernunft der Diplomatie. Wir wollen und müssen gegenüber der Welt mit einer
26 gemeinsamen außen- und sicherheitspolitischen Stimme sprechen.

27 **Flucht und Migration**

28 Wenn Menschen in Not zu uns kommen, die vor Bürgerkrieg, Verfolgung und Tod fliehen, ist es für uns
29 selbstverständlich zu handeln. Wir wollen eine humanitäre Flüchtlingspolitik in ganz Europa. Das Recht
30 auf Asyl muss unangetastet bleiben. Deshalb fordern wir die Abschaffung von Frontex und der Dublin-
31 Regelungen. Es braucht endlich sichere Fluchtwege nach Europa. Bei der Versorgung von Geflüchteten

1 müssen alle Länder der EU Verantwortung übernehmen, was zuallererst die sichere und solidarische
2 Aufnahme von Geflüchteten in die jeweilige Gesellschaft bedeutet. Wir brauchen eine einheitliche
3 Entscheidungspraxis und gleichen Schutz überall in der Europäischen Union. Migration in und nach
4 Europa ist für uns eine Normalität und Selbstverständlichkeit. Daher brauchen wir ein einheitliches
5 europäisches Einwanderungsrecht, das die Freizügigkeit aller Menschen sicherstellt. Wir streiten für
6 ein Europa, für eine Welt – ohne Grenzen!

7 **Umwelt- und Energiepolitik**

8 Wir wollen eine Umwelt- und Energiepolitik, der die ökologische Transformation der Wirtschaft
9 gelingt. Klima-, Umwelt- und Naturschutz sind für uns kein Gegensatz zu wirtschaftlichem Wachstum
10 und Beschäftigung. Es braucht ehrgeizige und feststehende Ziele für den Ausbau der erneuerbaren
11 Energien. Wir streiten für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie in ganz Europa. Daneben gilt
12 es die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 Prozent zu reduzieren. Wir wollen die Energiewende
13 gemeinsam mit der Wirtschaft und den Beschäftigten gestalten. Es geht uns um keine Energiewende
14 um jeden Preis, uns geht es um eine sozial gestaltete Energiewende.

15 **Währungs- und Finanzpolitik**

16 Wir stehen nach wie vor zum Euro. Wir brauchen eine starke Währungspolitik – gerade in schwierigen
17 Zeiten. Wer den Euro in Frage stellt, stellt die ökonomischen, sozialen und politischen Grundlagen in
18 Europa in Frage. Die gemeinsame Währung hat aber nicht alle finanzpolitischen Schwierigkeiten in
19 Europa beseitigt. Sie hat neue Schwierigkeiten – gerade im Bereich der Staatsverschuldungen
20 hervorgerufen. Wir wollen diesen Verschuldungen mit einer progressiven Investitionspolitik
21 entgegentreten. Die EU muss endlich als Solidargemeinschaft statt als Neoliberalisierungsagentur
22 auftreten.

23 Zugleich stehen wir für eine verantwortliche Finanzpolitik. Das bedeutet nicht nur die Einrichtung eines
24 europäischen Finanzministers mit eigenem Haushalt unter Kontrolle des Europäischen Parlaments. Vor
25 allem gilt es den Bankensektor endlich zu regulieren, eine Finanztransaktionssteuer europaweit
26 einzuführen, eine gemeinsame Untergrenze für Unternehmenssteuern festzulegen, den gemeinsamen
27 Kampf gegen Steuerflucht aufzunehmen und die Abschaffungen der Steuervergünstigungen für
28 Großunternehmen durchzusetzen.

29 **Fair- statt Freihandel**

30 Wenige Themen haben die Sozialdemokratie in den letzten zwei Jahren so auf Trapp gehalten, wie die
31 Auseinandersetzungen um die Freihandelskommen CETA und TTIP. Wir Jusos lehnen die vertiefte

1 Zusammenarbeit in einer globalisierten Welt nicht ab und fallen auch nicht in antiamerikanische
2 Reflexe und verkürzten Antikapitalismus zurück. Wir sind allerdings der Überzeugung, dass die
3 Globalisierung Spielregeln braucht, die sich nicht nach wirtschaftlichen Interessen richten, sondern das
4 Wohlergehen jedes einzelnen Menschen in den Fokus rücken. Uns geht es um eine solidarische
5 Handelspolitik, die asymmetrische Strukturen nicht ausnutzt, sondern gleichberechtigten Handel auf
6 Augenhöhe ermöglicht. Diese Politik muss sozialverträglich sein und sozialen, ökologischen und
7 demokratischen Prinzipien und Standards genügen.

8 **Abschluss**

9 Europapolitik ist Jugendpolitik. Wenn du fragst, wohin es mit Europa gehen soll, frag das Europa von
10 morgen. Bei allen inhaltlichen Forderungen müssen wir uns dessen bewusst sein, dass eine andere
11 Europapolitik in weiten Teilen nur mit und durch die jungen Generationen von heute wird zustande
12 kommen und nicht nur mit den – zu erhaltenden und zu erkämpfenden – linken Mehrheiten. Eine
13 nachhaltige europäische Identifikation, eine Wende gegen den wieder aufkeimenden und salonfähigen
14 Rassismus und Nationalismus in Deutschland und Europa, wird nur von unten und mit einer Stärkung
15 der jungen Stimme einhergehend erreichbar sein. Das Feld der europäischen Jugendpolitik mit den
16 zentralen Themen Mobilität, Bildung und Beschäftigung muss daher Querschnittsthema sein und
17 dennoch auch institutionell verankert werden. Die Ziele hierfür müssen verbindlicher vereinbart
18 werden – die Umsetzung von Maßnahmen darf nicht im Wesentlichen von den national verfügbar
19 gemachten Ressourcen abhängen. Die diversen Verfahren (offene Methode der Koordinierung,
20 Europäischer Pakt für die Jugend, Ressort- und Querschnittsansätze) müssen zu einer einheitlichen
21 Strategie geführt werden in der die direkte Beteiligung von jungen Menschen und Verbänden der
22 Jugendpolitik und -arbeit eine noch substanzielle Bedeutung erfährt. Daneben müssen wir darauf
23 achten, dass unsere Wahllisten zur Europawahl die Gesellschaft abbilden. Dafür müssen stärker als
24 bisher junge Menschen bei der Listenaufstellung in allen Mitgliedsländern der EU Berücksichtigung
25 erfahren.

26 Das europäische Projekt kann nur erfolgreich fortschreiten, wenn wir es endlich schaffen die
27 wirtschaftliche Integration durch eine stärkere politische, demokratische, rechtsstaatliche und vor
28 allem auch soziale Integration zu erweitern. Europa muss allen Menschen das Versprechen geben, sie
29 vor den Auswüchsen des Kapitalismus geschützt werden. Europa darf kein Handlanger des Kapitals
30 sein, sondern muss noch stärker Anwältin der Bürger*innen werden.

31 Deshalb gilt es als europäische Sozialdemokratie gemeinsam zu kämpfen. Wir müssen ein
32 gemeinsames Wahlprogramm zur Europawahl 2019 erarbeiten, an dessen Erstellung alle Ebenen und
33 Arbeitsgemeinschaften der europäischen Sozialdemokrat*innen und Sozialist*innen zu beteiligen

1 sind. Neben dem gemeinsamen Wahlprogramm braucht es auch einen gemeinsamen Wahlkampf
2 sowie eine gemeinsame Spitzenkandidatur der europäischen Sozialdemokratie.

3 Wir wollen ein offenes, freies und vielfältiges Europa. Den Rechtsstaat, die Toleranz und die Freiheit
4 verteidigen wir aber nicht mit Waffen und Mauern. Wir streiten für ein demokratisches und
5 solidarisches Europa, das sich seiner internationalen Verantwortung bewusst ist. Dafür muss sich die
6 Europäische Union verändern, aber sie ist der richtige Weg nach Jahrhunderten des Krieges in Europa.

7 Wir nehmen die Auseinandersetzung über die Rolle Europas in einer instabiler werdenden Welt an und
8 sind bereit, um den politischen Charakter der Europäischen Union zu streiten.

I2 Nieder mit der islamischen Republik! Solidarität mit den progressiven und demokratischen Kräften im Iran!

1 Seit Tagen protestieren im Iran zehntausende Menschen gegen das Regime von Ajatollah Khamenei
2 und Präsident Rohani. Beginnend als lokaler Protest gegen Korruption und Armut, breiteten sich die
3 Demonstrationen schnell landesweit aus und erfassen mittlerweile eine breite und heterogene Masse
4 an Menschen, die aus unterschiedlichen Motiven gegen die Klerikalautokratie auf die Straße gehen.
5 Ethische und religiöse Minderheiten, frustrierte junge Menschen ohne Arbeit, Studierende und
6 andere, die sich gegen die Unterdrückung des Regimes wenden, sind ebenso an den Protesten
7 beteiligt, wie konservativere Gegenspieler Rohanis und sunnitische Islamisten. Bisher gab es
8 mindestens 19 Todesopfer, sowie hunderte Festnahmen. Lippenbekenntnisse des Regimes zur
9 Meinungsfreiheit werden durch die brutale Unterdrückung der Proteste und Zensur und Drosselung
10 des Internets als Propaganda entlarvt.

11 Die Appeasement-Politik Deutschlands und anderer westlicher Staaten gegenüber – bei weitem nicht
12 nur, aber auch – dem Iran hat in den vergangenen Jahren ausschließlich zu Stabilisierung und
13 Legitimierung der Diktatoren geführt. Weder Handelsverträge, noch Atomdeals haben zur
14 Demokratisierung des Regimes beigetragen. Weiterhin wird die Todesstrafe verhängt, werden
15 Oppositionelle gefoltert und eingesperrt, werden Minderheiten, Homosexuelle, Frauenaktivistinnen,
16 Journalist*innen und viele andere verfolgt und bedroht, werden die Medien zensiert und das Regime,
17 das von höchster Stelle die Shoah leugnet, stellt eine wachsende und keine sinkende Bedrohung für
18 die Existenz Israels dar. Auch jetzt wird von den meisten europäischen Staaten eine angebliche
19 Stabilität dem Drang nach Freiheit der Menschen im Iran vorgezogen.

20 Wir erklären uns solidarisch mit allen progressiven Kräften, die im Sinne der Freiheit und der
21 Demokratie im Iran gegen die islamische Republik kämpfen! Wir fordern die Bundesregierung und die
22 anderen europäischen Regierungen auf, sich klar auf die Seite der Unterdrückten Menschen im Iran zu
23 stellen, die für ihre Freiheit auf die Straße gehen.

24 Nieder mit der islamische Republik!

25 Für Proteste ohne Eskalation und Tote, für den Dialog des Volkes mit der Regierung und umgekehrt,
26 für die Freiheit der Versammlung und des Wortes, gegen Diskriminierung jeglicher Art und die
27 Einhaltung der Menschenrechte!

I3 Solidarität mit Sharon! Antisemitismus und Rassismus der AfD entlarven!

1 Alles begann damit, dass Sharon Fehr – seit mehr als 25 Jahren Vorsitzender der jüdischen Gemeinde
2 in Münster – öffentlich auf einen Tweet der AfD-Politikerin von Storch reagierte und den
3 antimuslimischen Rassismus darin bloßstellte und kritisierte. Damit trat er unbeabsichtigt eine Lawine
4 an Reaktionen los, die beispielhaft sowohl den Antisemitismus, als auch den Rassismus dieser Partei
5 und ihrer Köpfe entlarvt. Die Facebookseite der AfD-Ratsgruppe Münster – Ratsherr und AfD-
6 Kreisvorsitzender Martin Schiller gab sich als Autor zu erkennen – antwortete in reinster „Stürmer“-
7 Rhetorik: „Es wäre wahrscheinlich auch zu viel verlangt von Ihnen zu erwarten, dass Sie die große Sorge
8 um unser deutsches Vaterland mit uns teilen! [...] Schauen Sie ruhig weiter weg, aber wahrscheinlich
9 genießen Sie den schleichenden Verfall eines Landes welches Sie verachten!“ (Fehlerhafter Gebrauch
10 der deutschen Sprache aus dem Original beibehalten).

11 Das Absprechen der Staatszugehörigkeit sowie die Unterstellung Deutschland zu „verachten“ und
12 seinen angeblichen „Verfall“ zu „genießen“ sind Sprachbilder, die sich in jeder Epoche des deutschen
13 Antisemitismus finden. In einer Rede von 1920 hat Adolf Hitler die gleichen Unterstellungen anders
14 ausgedrückt: „Wo zwei Deutsche sich streiten, lacht der Jude!“ Fast 100 Jahre später zeigt also die AfD
15 erneut, wes Geistes Kind sie ist.

16 Wohl aus berechtigter Angst vor der öffentlichen und gesellschaftlichen Reaktion versuchte der stellv.
17 AfD-Bezirkssprecher Helmut Birke die Diskussion in eine andere Richtung zu lenken, erklärte den
18 ursprünglichen Kommentar von Sharon Fehr kurzerhand zu einem Versuch der Kontaktaufnahme und
19 lud ihn zu gemeinsamen Gesprächen ein. Doch zu durchsichtig war der Versuch, die berechtigte Sorge
20 der jüdischen Gemeinde und ihres Vorsitzenden über muslimischen Antisemitismus mit dem plumpen
21 antimuslimischen Rassismus der AfD gleichzusetzen. Sharon Fehr ließ sich nicht beirren, lehnte das
22 „Angebot“ mit einem offenen Brief ab und setzte seine richtigen Attacken gegen die widerlichen
23 Menschenfeindlichkeiten unbeirrt fort.

24 Wir Jusos Münster begrüßen die breiten öffentlichen Reaktionen in der Münsteraner
25 Stadtgesellschaft, die sich hinter Sharon Fehr und die jüdische Gemeinde Münster stellen. Erst vor
26 wenigen Wochen haben wir im Rahmen unserer „Aktionswoche gegen Antisemitismus“ die jüdische
27 Gemeindegemeinde in Münster besucht und über die Erfahrungen mit Antisemitismus diskutiert. Wir begreifen
28 jeden Angriff gegen Menschen jüdischen Glaubens als Angriff gegen uns alle.

29 Wir stehen solidarisch an der Seite von Sharon Fehr, der jüdischen Gemeinde Münster und allen von
30 Antisemitismus betroffenen Menschen weltweit. Der AfD und anderen Antisemit*innen, Rassist*innen
31 und Menschenfeind*innen erklären wir unsere höchste Verachtung. Eurem widerwärtigen Hass setzen
32 wir – aus purer Liebe – unseren konsequenten Antifaschismus entgegen.